

12. Sitzung

am Freitag, dem 30. Januar 2004

Inhalt

Eingang gemäß § 21 der Geschäftsordnung	585	Bericht und Antrag des Ausschusses für Informations- und Kommunikationstechnologie und Medienangelegenheiten zum Sonderbericht des Rechnungshofs der Freien Hansestadt Bremen gemäß § 99 LHO über die wirtschaftliche und finanzielle Situation Radio Bremens vom 3. April 2003 (Drs. 15/1451) vom 19. Dezember 2003	
Gesetz zu dem Vertrag zwischen der Freien Hansestadt Bremen und dem Heiligen Stuhl		(Drucksache 16/107)	
Mitteilung des Senats vom 16. Dezember 2003 (Drucksache 16/100)			
1. Lesung			
Staatsrat Professor Dr. Hoffmann	585	Abg. Strohmann, Berichterstatter	599
Abg. Kastendiek (CDU)	586	Abg. Frau Stahmann (Bündnis 90/Die Grünen)	600
Abstimmung	586	Abg. Schildt (SPD)	602
Überweisungspannen offenbaren Strukturfehler		Abg. Strohmann (CDU)	603
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und der CDU vom 29. Januar 2004 (Drucksache 16/131)		Bürgermeister Dr. Scherf	604
Abg. Köhler (Bündnis 90/Die Grünen)	586	Solidarität mit der Lloyd-Werft in Bremerhaven!	
Abg. Frau Wiedemeyer (SPD)	588	Antrag des Abgeordneten Tittmann (DVU) vom 19. Januar 2004 (Drucksache 16/118)	
Abg. Pflugradt (CDU)	589	Unterstützung der Lloyd-Werft in Bremerhaven	
Abg. Wedler (FDP)	591	Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 28. Januar 2004 (Drucksache 16/130)	
Senator Dr. Nußbaum	593	Abg. Tittmann (DVU)	605
Abg. Frau Linnert (Bündnis 90/Die Grünen)	595	Abg. Bödeker (CDU)	607
Abg. Pflugradt (CDU)	596	Abg. Breuer (SPD)	608
Abg. Frau Wiedemeyer (SPD)	597	Abg. Lehmann (Bündnis 90/Die Grünen)	609
Abg. Wedler (FDP)	598	Abg. Tittmann (DVU)	610
Abstimmung	599	Abg. Wedler (FDP)	610
Sonderbericht des Rechnungshofs gemäß § 99 LHO über die wirtschaftliche und finanzielle Situation Radio Bremens vom 3. April 2003		Abg. Bödeker (CDU)	611
(Drucksache 15/1451)		Bürgermeister Perschau	612
		Abg. Tittmann (DVU)	612
		Abstimmung	612

Baumschutz wiederherstellen

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 20. Januar 2004
(Drucksache 16/119)

Abg. Frau Dr. Mathes (Bündnis 90/Die Grünen) 613

Abg. Dr. Schuster (SPD) 614

Abg. Imhoff (CDU) 616

Abg. Tittmann (DVU) 618

Senator Eckhoff 618

Abg. Wedler (FDP) 620

Abg. Frau Dr. Mathes (Bündnis 90/Die Grünen) 620

Abstimmung 621

Wahl eines Mitglieds der staatlichen Deputation für Kultur

..... 621

Entschuldigt fehlen die Abgeordneten Günthner, Jägers, Frau Kauertz,
Frau Koestermann, Frau Reichert, Frau Sauer.

Präsident Weber

Vizepräsident Ravens

Schriftführerin Arnold-Cramer

Vizepräsidentin Dr. Trüpel

Schriftführerin Hannken

Schriftführerin Marken

Bürgermeister **Dr. Scherf** (SPD), Präsident des Senats,
Senator für kirchliche Angelegenheiten
und für Justiz und Verfassung

Bürgermeister **Perschau** (CDU), Senator für Wirtschaft und Häfen und für Kultur

Senator für Bau, Umwelt und Verkehr **Eckhoff** (CDU)

Senator für Finanzen **Dr. Nußbaum**

Staatsrat **Professor Dr. Hoffmann** (Senatskanzlei)

Staatsrat **Logemann** (Senator für Bau, Umwelt und Verkehr)

Staatsrat **Lühr** (Senator für Finanzen)

Präsident des Rechnungshofs **Spielhoff**

(A) Präsident Weber eröffnet die Sitzung um 10.00 Uhr.

Präsident Weber: Ich eröffne die zwölfte Sitzung der Bürgerschaft (Landtag).

Ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und die Vertreter der Presse. Wie schon gestern begrüße ich recht herzlich eine Gruppe Studierender der International University Bremen.

(Beifall)

Gemäß Paragraph 21 der Geschäftsordnung gebe ich Ihnen folgenden Eingang bekannt: Nachträglich hat die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen noch um eine Wahl für die staatliche Deputation für Kultur gebeten.

Ich schlage Ihnen vor, diese Wahl am Schluss der Tagesordnung aufzurufen.

Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist die Bürgerschaft (Landtag) damit einverstanden.

(B) Meine Damen und Herren, ich möchte Ihnen jetzt noch zu dem Ablauf Folgendes mitteilen: Hinsichtlich der Abwicklung der Tagesordnung der Bürgerschaft (Landtag) wurde nachträglich vereinbart, dass heute zu Beginn der Sitzung der Tagesordnungspunkt sechs, hier handelt es sich um das Gesetz zu dem Vertrag der Freien Hansestadt Bremen mit dem Heiligen Stuhl, danach der Punkt außerhalb der Tagesordnung „Überweisungsplan offenbaren Strukturfehler“ und im Anschluss daran die miteinander verbundenen Tagesordnungspunkte zehn und elf behandelt werden.

Meine Damen und Herren, wir treten in die Tagesordnung ein.

Gesetz zu dem Vertrag zwischen der Freien Hansestadt Bremen und dem Heiligen Stuhl

Mitteilung des Senats vom 16. Dezember 2003
(Drucksache 16/100)
1. Lesung

Dazu als Vertreter des Senats Staatsrat Professor Dr. Hoffmann.

Meine Damen und Herren, wir kommen zur ersten Lesung.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort Herr Staatsrat Professor Dr. Hoffmann.

Staatsrat Professor Dr. Hoffmann: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Senat legt Ihnen jetzt die Bitte um abschließende Zustimmung zu dem ausgehandelten Vertrag zwischen der Freien Hansestadt Bremen und dem Vatikan vor. Wie Sie aus der

(C) vorangegangenen Befassung wissen, ist dies zwar einerseits die Parallele zu dem Staatsvertrag mit der Evangelischen Kirche und auch dem Staatsvertrag mit der Jüdischen Gemeinde, aber es hat auch seine Besonderheiten insoweit, als es ein Vertrag mit dem Vatikan ist. Deswegen ist es ein völkerrechtlicher Vertrag, der aber ausnahmsweise vom Land allein und nicht mit Zustimmung der Bundesregierung, die ja ansonsten die völkerrechtliche Vertretung der Bundesrepublik inne hat, beschlossen werden kann. Das resultiert aus der besonderen Rolle des früheren Reichskonkordats, das bekanntlich nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zwar noch gilt, aber andererseits die Länder im Einzelnen nicht bindet.

Der Inhalt dieses Vertrags ist im Wesentlichen deckungsgleich insbesondere mit dem Vertrag mit der Evangelischen Kirche, und insoweit finden Sie meistens sogar identische Formulierungen. Wenn die Formulierungen auch bei inhaltlich identischer und gleicher Regelung gelegentlich etwas abweichen, so sind das, auch in Absprache mit den jeweils zuständigen Ressorts, keine weiteren Besonderheiten, sondern wenn man mit einem neuen Vertragspartner redet, dann gibt es da besondere Wünsche, aber inhaltlich ist es eigentlich im Wesentlichen deckungsgleich.

(D) Ich weise nur darauf hin – das steht dann in den Schlussprotokollen –, dass die Freie Hansestadt Bremen mit Abschluss dieses Vertrages dann auch auf frühere Rechte, die aus alten Regelungen stammen, verzichtet. Dabei erlebt wahrscheinlich mancher von Ihnen Überraschungen, genauso wie ich das auch zunächst wahrgenommen habe, welche Rechte wir eigentlich bis zum Abschluss dieses Vertrages haben, nämlich dass ein Bischof den Treueeid gegenüber der jeweiligen Landesregierung leisten muss.

Wenn ich das richtig verstehe, ist das noch nie, soweit ich das feststellen konnte, praktiziert worden. Wir haben allerdings in früheren Jahrzehnten, muss man dazu sagen, nach Auskunft unserer Registratur durchaus einen entsprechenden Schriftwechsel zwei oder drei Mal geführt seit etwa 1960 und zum Teil bis in die achtziger Jahre hineinreichend, aber der Treueeid ist, glaube ich, noch nicht abverlangt worden. Ich war sehr überrascht, als ich feststellte, dass wir darauf überhaupt verzichten können, meinte aber nach Beratung im Senat, dass der Verzicht wohl angemessen ist und in das heutige Zeitalter und insbesondere in unsere bremische Situation hineinpasst. Das finden Sie hier auch ausgeführt. Sonst enthält eigentlich der Vertrag, der ja auch mit Billigung durch die Bürgerschaft öffentlich zusammen mit dem Nuntius, dem jetzigen Außenminister des Vatikans, im Nebenraum unterzeichnet wurde, nichts an Besonderheit.

Es ist aber der notwendige Ergänzungsschritt, dass wir eben auch für die dritte große Religionsgemeinschaft aus diesem Bereich, nämlich neben der Evan-

(A) gelischen Kirche und der Jüdischen Gemeinde die katholischen Gemeinden und Diözesen, hier uns um das kooperativ gemeinschaftliche Umgehen miteinander bemühen bei Wahrung der jeweiligen Eigenheiten und eigenen Rechte. Insoweit wäre das der Abschluss einer Reihe von kirchenrechtlichen Regelungen, die wahrscheinlich mehr durch ihren Symbolgehalt wirken als durch die Regelungen selbst, weil die Regelungen überwiegend auch Regelungen sind, die in anderen Vorschriften schon enthalten sind. Deswegen möchte ich Sie im Namen des Senats bitten, heute in der ersten Lesung über die abschließende Zustimmung zu befinden, damit dann mit dem Plazet der Bürgerschaft und der letztlich noch einmal einzuholenden Zustimmung des Vatikans dieser Vertrag in Kraft treten kann. – Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Kastendiek.

Abg. **Kastendiek** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Im Namen aller drei Fraktionen möchte ich erklären, dass wir diesen Vertrag zwischen der katholischen Kirche und der Freien Hansestadt Bremen ausdrücklich begrüßen. Wir begrüßen ihn auch aus dem Grunde, weil hiermit ein Einklang mit den anderen großen Kirchen hier im Land hergestellt worden ist. Wir begrüßen es auch, weil die vielfältige und sehr gute Zusammenarbeit zwischen Bremen und der katholischen Kirche sehr gut funktioniert und jetzt hier in einen Rahmen, auf eine Basis gesetzt worden ist, die eine Verlässlichkeit darstellt, die dann auch, falls einmal die Zusammenarbeit nicht mehr ganz so gut sein sollte, einen Handlungsfaden gibt, wobei wir davon ausgehen, dass dies nicht eintreten wird. Ich denke aber, dass hier der Gleichklang in sinnvoller Weise hergestellt worden ist.

Dass man nun auf das Mitspracherecht und das Treuegebot der jeweiligen Bischöfe hier vor der Landesregierung verzichtet, ich denke, das fällt uns relativ leicht. Auch ich kann mich nicht daran erinnern, dass dies jemals stattgefunden hat. Wir vom CDU-Landesvorstand hatten ja vor einigen Tagen ein Gespräch mit dem Bischof Bode, auch er hatte da kein größeres Problem. Von daher finde ich es auch ganz sinnvoll, da die Realitäten ein wenig einfließen zu lassen. In diesem Sinne begrüßen wir das im Namen aller drei Fraktionen außerordentlich und unterstützen hier auch den Senat in seinem Handeln gegenüber der katholischen Kirche. – Vielen Dank!

(Beifall)

Präsident Weber: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Gesetz zu dem Vertrag zwischen der Freien Hansestadt Bremen und dem Heiligen Stuhl, Drucksachen-Nummer 16/100, in erster Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

(Einstimmig)

Überweisungspannen offenbaren Strukturfehler

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und der CDU
vom 29. Januar 2004
(Drucksache 16/131)

Dazu als Vertreter des Senats Senator Dr. Nußbaum, ihm beigeordnet Staatsrat Lühr.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Köhler.

Abg. **Köhler** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Jeder, der mit mir in den letzten Tagen über diese Reihe von Fehlüberweisungen gesprochen hat, hat mich gefragt: Wo muss ich meine Kontonummer abgeben? Wie kann man das organisieren, dass ich auch eine Million abkomme? Ihnen ist das wahrscheinlich ähnlich gegangen.

Wo gelacht wird, ist auch Humorkritik nicht weit. Wenn in der Freien Hansestadt Bremen mit Kaufmannstraditionen und seriösem Image Millionen Euro einfach so vom Staat verfumft werden, bedeutet das nicht nur einen finanziellen Schaden in einer Zeit, in der die Unterstützung für Sozialhilfeempfänger gekürzt wird, es bedeutet auch einen Verlust an Vertrauen. Wenn der Eindruck entsteht, dass der Staat nicht in der Lage ist, seine eigenen finanziellen Angelegenheiten zu regeln, und wenn das bettelarme Bremen bundesweit Verbündete für eine Verbesserung der finanziellen Lage suchen muss, dann macht es auch nicht den besten Eindruck, wenn es heißt, Bremen überweist unser Geld munter in die Welt.

Seit gestern wissen wir, dass es vier Fälle von Fehlüberweisungen in Millionenhöhe gegeben hat. Sie haben alle gemeinsam, dass Menschen Fehler gemacht haben, ansonsten unterscheiden sie sich.

Erstens: 124 Millionen Euro sind kurz vor Weihnachten an 33 Empfänger doppelt überwiesen wor-

(C)

(D)

(A) den. Das wurde sofort entdeckt, und innerhalb von 48 Stunden war das Geld zurück. Auch wenn es kein Computerfehler im engeren Sinne ist, war das Ganze im Wesentlichen ein technisches Problem an der Schnittstelle Mensch/Technik gewesen. Ob es da etwas zu verbessern gibt, wollen wir vom Senat wissen.

Zweitens: 1,8 Millionen Euro sind im Rahmen des Jahresabschlusses für 2002 doppelt an die Bremer Entsorgungsbetriebe überwiesen worden. Schaden ist nicht entstanden, das Ganze ist, wenn auch viel zu spät, rückabgewickelt worden. Genau genommen haben zwei Leute Umbuchungen vorgenommen, wo nur eine hätte passieren sollen. Wenn zwei Leute dasselbe tun und nichts voneinander wissen, dann ist das schon interessant. Dazu wollen wir Aufklärung.

Drittens: Rund zwei Millionen Euro sind im Oktober 2002 an Bürgerhäuser ausgezahlt worden, obwohl eigentlich bloß eine buchhalterische Umstellung vorgesehen war. Die Überzahlung ist im Rahmen des Controllings der KMB entdeckt worden. Das Geld haben die Verantwortlichen der Bürgerhäuser sofort zurücküberwiesen, vielen Dank dafür! Wir wollen wissen, was anders laufen muss, damit so ein Fehler nicht noch einmal passiert.

(B) Viertens: Am interessantesten ist der Fall der Fehlüberweisung an die privatisierte Bundesdruckerei. 1,68 Millionen Euro hat Bremen verloren. Es gibt im Wesentlichen vier Beteiligte in Bremen. Die erste ist die Bremische. Sie ist tätig in der wirklichen Welt. Sie bewirtschaftet die Immobilien, sie gibt Geld für Unterhaltung aus, sie nimmt Mieten ein. Sie wickelt das Finanzielle dann mit der zweiten Beteiligten ab, das ist die Bremer Gesellschaft für Immobilien, die GBI. Für sie ist das aber kein eigenes Geld, sondern sie verwaltet treuhänderisch einen öffentlichen Sonderhaushalt.

Bei der GBI wird im Dezember 2002 per Zahlendreher statt einer Überweisung vom regulären, dem Kernhaushalt, an den Sonderhaushalt das Geld an die privatisierte Bundesdruckerei überwiesen. Die GBI merkt, dass das Geld nicht im Sonderhaushalt gutgeschrieben wird und wendet sich an die dritte Beteiligte, die Landeshauptkasse. Die schickt zwei Faxe an die Druckerei, nichts weiter passiert. Im Januar 2003 macht die vierte Beteiligte, nämlich die Finanzbehörde, den Jahresabschluss für 2002. Da wird alles so umbucht, dass die Lücke im Haushalt 2002 im Vorgriff auf 2003 gestopft wird.

Wenn die Bundesdruckerei 2003 gezahlt hätte, dann hätten wir niemals von dieser Fehlüberweisung erfahren. Das Problem ist: Sie hat aber nicht gezahlt. Erst Ende September 2003 hat ein Mitarbeiter der Finanzbehörde den Fehler zufällig entdeckt. Es wurden dann die weiteren Schritte eingeleitet. Die privatisierte Bundesdruckerei meldete Insolvenz an, nachdem sie damit rechnen musste, das Geld tat-

sächlich zurückzahlen zu müssen. Vier Beteiligte, ein Bermudaviereck der Unverantwortlichkeit! (C)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das Problem ist, dass es keinen einzigen Bericht über den Sonderhaushalt gibt, in dem über den Vorgang etwas hätte stehen müssen. Es gibt auch kein Gremium, das hätte informiert werden müssen, auf keiner Aufsichtsratssitzung hätte berichtet werden müssen. Dass das Controlling der GBI wirklich schlecht ist und der letzte reguläre Bericht sich mit dem Jahresabschluss 2002 beschäftigt, ist eine Katastrophe. Aber im vorliegenden Fall ist es so, dass die GBI den Sonderhaushalt lediglich treuhänderisch bewirtschaftet hat. Zu berichten hat die GBI aber nur über ihr eigenes Geschäft.

Wenn man sich den Namen des Sonderhaushaltes vor Augen hält, nämlich „Grundstücksverkehr und Verwaltung des öffentlichen Grundvermögens“, dann könnte man meinen, dass genau das die Aufgabe der GBI ist. Dann könnte man auch meinen, dass genau darüber die GBI Rechenschaft abzulegen hat. Das ist aber nicht der Fall. Sie muss im Controllingbericht nur Rechenschaft ablegen über das, was sie selbst wirtschaftlich betrifft. Dass das nicht vernünftig ist, leuchtet jedem unmittelbar ein. Die Gesellschaft für Bremer Immobilien ist 1999 errichtet worden, der gesamte öffentliche Immobilienbereich ist neu geordnet worden. Wie kann es sein, dass da eine Struktur entstanden ist, die mit Vernunft nichts zu tun hat? (D)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Hier wird dann auch deutlich, dass das Risiko nicht auf mögliche Fehlüberweisungen begrenzt ist. Wenn schon so etwas passieren kann, wie sieht es dann aus mit der strategischen Steuerung? Immerhin hat der gesamte Sonderhaushalt einen Umfang von 90 Millionen Euro. Das Unangenehme ist, dass wir nicht wissen, wo überall ähnliche Fehler in der Struktur bestehen. Deshalb würde es nicht ausreichen, wenn man als Konsequenz aus diesen Pannen einfach ziehen würde: Da haben ein paar Menschen Fehler gemacht, die zufällig im zeitlichen Zusammenhang stehen, ein paar Sicherungen im Computersystem werden eingebaut, und die Mitarbeiter werden künftig gebeten, weniger Fehler zu machen.

Deshalb geht auch der gemeinsame Antrag darüber hinaus, sich lediglich die Abläufe vom Senat berichten zu lassen. Wir wollen gemeinsam, dass eine Risikoanalyse erstellt wird. Der Senat soll Vorschläge unterbreiten, wie die Struktur der Aufgabenerledigung so vereinfacht werden kann, dass in ihr eine wirksame Kontrolle und Steuerung bereits angelegt ist. Es ist nicht die Struktur die beste, die am meisten Controllingberichte erforderlich macht,

- (A) sondern die Verwaltungsstruktur, die am klarsten, übersichtlichsten und einfachsten ist.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Im so genannten Konzern Bremen existieren über die ganzen Verschachtelungen der Gesellschaften, Sondervermögen, Sonderhaushalte so vielfältige und sich überlagernde Hierarchien und Verwaltungsebenen, dass ein organisiertes Chaos entstanden ist. Es müssen Lücken geschlossen werden in der laufenden unterjährigen Kontrolle durch parlamentarische Gremien, eine vernünftige Kontrolle muss her! Wir wollen auch, dass bei künftigen Neustrukturierungen Steuerung und Kontrolle bereits im Reformprozess selbst eine wesentliche Rolle spielen. Wir haben nach wie vor ein Kontrolldefizit. In wenigen Pilotgesellschaften sollten grundlegende und selbstverständliche Steuerungsinstrumente neu eingeführt werden. Über die Pilotgesellschaften wissen wir momentan weniger als über die Nicht-Pilotgesellschaften. Da ist noch viel Arbeit zu tun. Wir sollten nicht erst später Kaputt reparieren, sondern von Anfang an die richtigen Strukturen schaffen. – Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Wiedemeyer.

- (B) Abg. Frau **Wiedemeyer** (SPD)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Köhler hat es eben geschildert, die Fehlbuchungen sind in der Stadt in aller Munde, und auch wir sind ähnlich angesprochen worden. Ich glaube aber, so dramatisch 1,7 Millionen Euro auch sind, und da ist auch nichts schönzureden, das ist ein riesiger Betrag, muss man sich dennoch vor Augen führen, mit welchen Summen wir es zu tun haben. 35 Milliarden Euro werden jährlich bewegt durch die öffentliche Hand über die Landeshauptkasse. 1,7 Millionen Euro dürften dann 0,001 Prozent ausmachen.

Wo gearbeitet wird, werden auch Fehler gemacht. Ich glaube, wir müssen uns auch vor die Mitarbeiter stellen und müssen auch jedem das Recht zugestehen, während seiner Arbeit Fehler machen zu dürfen, aber wenn Fehler entstehen und man diese entdeckt, glaube ich, haben diese Fälle alle gezeigt, dass irgendwo etwas nicht richtig funktioniert hat, was die Informationsstränge angeht.

Herr Köhler hat den Fall geschildert der 1,7 Millionen Euro, die nun unglücklicherweise auch noch anscheinend weg sind. Alles zu einer Zeit, in der es eine große Belastung aller damit beschäftigten Mitarbeiter, aller Mitarbeiter im öffentlichen Dienst gegeben hat, wir haben die gesamte EDV auf SAP umgestellt! Es hat diese Fehlbuchung gegeben, sie ist

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

- auch relativ schnell erkannt worden. Herr Köhler hat dargestellt, welche Beteiligten es gegeben hat. (C)

Ich glaube, durch eine aus meiner Sicht erst einmal unglückliche Verkettung von Ereignissen ist es an allen diesen Stellen versäumt worden, weitere Schritte zu unternehmen, beziehungsweise die ersten Schritte waren richtig, es ist der Betrag angemahnt worden. Es kann sicher sein, dass die Mitarbeiterin auch nach Rücksprache mit der Bundesdruckerei erst einmal davon ausgehen konnte, dass der Fehler auch behoben wird. Aber warum all diese Mahnverfahren eingestellt worden sind, das, glaube ich, muss noch Gegenstand einer weiteren Untersuchung sein.

Wir haben uns im Haushaltsausschuss mit einem ersten Bericht des Finanzsenators zu diesen Fragen beschäftigt. Wir haben gleich am Anfang des Berichtes in den Vorbemerkungen lesen können, dass es nicht auszuschließen ist, dass sowohl in diesem Zeitraum als auch in dem nachfolgenden noch weitere Fehlüberweisungen oder Fehlbuchungen stattgefunden haben. Es ist eben schon gesagt worden, wir haben gestern eine weitere entdeckt, bei der Gott sei Dank der Schaden für die Stadt und das Land Bremen abgewendet werden kann.

Für uns ist es klar, dass all diese Fehlbuchungen und die Umstände darum herum lückenlos aufgeklärt werden müssen. Wir haben deshalb auch dafür plädiert, diesen Antrag der Grünen zu einem interfraktionellen Antrag zu machen. Ich glaube, dieses Thema eignet sich nicht, um ideologische Büttenreden zu halten, sondern wir gemeinsam als Parlamentarier sind gefordert, auch zu hinterfragen, wo wir eigentlich in diesem System stehen und wo wir tangiert sind. Was können wir dazu beitragen, dass so etwas nicht mehr passiert? (D)

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Festhalten möchte ich noch einmal, dass die konkreten Einzelfälle, sobald sie der Hausspitze des Finanzressorts bekannt waren, sofort zum Anlass genommen worden sind, Folgendes zu veranlassen: die Sicherung der Ansprüche und Durchsetzung der Forderungen – wie erfolgreich das ist, das werden wir noch sehen –, die Untersuchung der konkreten Einzelfälle und darüber hinaus die Prüfung der Geschäftsprozesse und Organisationsstrukturen auf mögliche Schwachstellen, um für die Zukunft eine maximale Verfahrenssicherheit zu erreichen.

Auch das war Gegenstand der Erörterungen im Haushaltsausschuss, und der Rechnungshof hat mir noch einmal bestätigt, dass er unmittelbar nach Kenntnis an dieser Stelle informiert wurde und dass es auch fortlaufend eine umfassende gemeinsame Prüfung gibt. Ich begrüße ausdrücklich, dass der Rechnungshof zwei Berichte auffertigen wird, den einen, wenn ich es richtig verstanden habe, der sich

(A) mit den konkreten Fällen beschäftigt, die bekannt geworden sind, und den anderen, was sowieso Gegenstand einer geplanten Prüfung war, über diese ganzen Strukturen, mit denen wir es zu tun haben, Landeshauptkasse, Gesellschaften, Sonderhaushalte und so weiter. Ich glaube, dass wir uns dann auch intensiv damit beschäftigen sollten. Vielleicht werden wir ja auch als Parlamentarier die eine oder andere Anregung erhalten, die wir dann ins Haushaltsgesetz zur Aufstellung der nächsten Haushalte aufnehmen können.

Wir haben es mit solchen Konstrukten zu tun wie dem Sonderhaushalt, wo sich kaum jemand etwas darunter vorstellen kann. Das ist erst einmal ein technisches Konstrukt. Dass es einen Ausgleich zum Jahresende gibt, liegt in der Natur der Dinge. Sonderkonten werden nicht wie Girokonten eines Privatmannes oder eines Unternehmens fortgeführt mit Plus und Minus, sondern es gibt die Ausgleichs am Ende des Jahres.

Aber ich glaube, sagen zu können, dass wir über diese Konstrukte noch einmal nachdenken müssen. Die Sonderhaushalte stellen sich für uns Parlamentarier zurzeit so dar, sie begegnen uns einmal bei der Aufstellung des kameralen Haushaltes. Da beschließen wir gemeinsam, Sie alle hier im Hause, eine bestimmte Summe, die wird einem Sonderhaushalt zugewiesen, und dann wird der jemandem übergeben, der ihn treuhänderisch verwaltet. Das heißt für mich auch, dass dieser natürlich eine besondere Verantwortung hat für die Einnahmen- und Ausgabenüberwachungen auf diesem Konto. Die Differenz zum Schluss wird am Jahresende wieder mit der öffentlichen Hand abgerechnet. Das heißt, Überschüsse werden abgeführt, Defizite werden ausgeglichen.

(B) Uns Parlamentariern begegnet dieser Sonderhaushalt, soweit ich mich erinnern kann, dann erst wieder, wenn wir den Jahresabschluss bekommen. Die Haushaltsrechnung ist nun ein Werk, von dem sogar ich behaupte, dass ich das nicht mehr besonders gründlich anschau, denn das ist lediglich ein Zahlenfriedhof und ist nicht geeignet, parlamentarische Kontrolle auszuüben. Im Übrigen erreicht sie uns mit einer Verzögerung von nahezu zwei Jahren.

Ich glaube, dass wir an dieser Stelle nachdenken müssen bei den nächsten Haushalten, wie wir mit Sonderhaushalten umgehen, dass wir darüber nachdenken müssen, wie wir Verantwortlichkeiten definieren, dass wir vor allen Dingen, und da ist eine Schwachstelle, schauen müssen, wo es diese Schnittstellen gibt, wie man Fehler vermeiden kann. Die Landeshauptkasse hat ganz ordnungsgemäß gearbeitet, sie hat eine Überweisung oder eine Anordnung gehabt, auf der stand ein Empfänger, auf der stand eine Summe, und das hat sie abgewickelt, so wie das darauf stand. Die anordnende Stelle hat ihre Arbeit auch getan, die hatte aus irgendeinem Ressort Meldung, was sie denn nun überweisen sollte.

Leider hatte es dann bei der Ausfüllung dieses Datenträgers oder Papiers einen Fehler gegeben, eine Zahl war falsch übermittelt worden. Da muss man jetzt schauen, gibt es da irgendwelche Fehler im System in der Abarbeitung dieser Verwaltungsabläufe, die es zu verbessern gilt. Kann es uns sogar gelingen, im Rahmen der Einführung neuer EDV irgendwelche elektronischen Sicherungen einzubauen, die so etwas ausschließen oder helfen zu verhindern?

Ich bin dafür, dass wir aufklären, dass wir nicht nur fragen, was in der Vergangenheit war, sondern uns muss vielmehr interessieren, wo eigentlich die Risiken sind, die es gilt zu beseitigen, um in der Zukunft so etwas zu verhindern, und dass wir uns dann nach Vorlage dieser umfassenden Berichte noch einmal mit dieser Thematik auseinander setzen. Erst dann ist der Zeitpunkt gekommen zu entscheiden, welche Konsequenzen vielleicht auch personeller Art das haben kann. Ich bin dagegen, dass wir hier Vorverurteilungen machen. Ich glaube, wir müssen uns vor die Mitarbeiter stellen, die da gearbeitet haben, wir müssen uns fragen, was wir als Gesetzgeber verändern können, um zukünftig so etwas auszuschließen.

Zu dem Antrag möchte ich noch einen kleinen Hinweis geben. Uns ist gestern bei der Änderung in einen interfraktionellen Antrag ein kleiner Fehler passiert. Eine Absicht, die wir hatten, ist nicht aufgenommen worden. Wir fordern den Senat auf, bis zum 31. März 2004 zu berichten. Wir hatten uns darauf verständigt, dass wir das in der Bürgerschaftssitzung im Mai debattieren wollen, das ist die Sitzung, die nach dem 31. März folgt, so dass man auch vielleicht dem Senat gegenüber hier signalisieren sollte, dass wir diesen Zeitpunkt meinen, wenn da steht der 31. März. – Danke!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Als nächster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Pflugradt.

Abg. **Pflugradt** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Alle vier in Rede stehenden Fehler, die dort passiert sind, sind ärgerlich. Sie schaden auch, aber trotzdem muss man, wie Frau Wiedemeyer das getan hat, darauf hinweisen: Wo Menschen arbeiten, passieren auch Fehler. Sie hat auf den Jahresumsatz hingewiesen, auf die Zahl der Buchungen, und ich will in dem Zusammenhang noch darauf hinweisen und da aus einer Vorlage für den Haushaltsausschuss vom 28. März 2003 zitieren, dass im Zusammenhang mit der Umstellung auf SAP Schwierigkeiten aufgetreten sind. Darauf ist der Haushaltsausschuss hingewiesen worden, und es hat – ich habe das Protokoll auch dabei – keinerlei kritische Anmerkungen gegeben, die dazu geführt haben, dass sie ins Protokoll hätten aufgenommen werden müssen. In dieser Vorlage des Senators für Finanzen steht:

(C)

(D)

(A) „Mit der Aufnahme des Produktbetriebes haben sich erwartungsgemäß verschiedene Problemstellungen ergeben.“ Es heißt dort weiter: „Aufgrund dieses Mengengerüsts ist bis frühestens im Mai 2003 die Zahlungsverwaltung aktiviert. Deshalb wird vorgeschlagen, die Berichte für das zentrale Finanzcontrolling sowie das Produktgruppencontrolling dem Haushalts- und Finanzausschuss nicht zum Stichtag 31. März 2003, sondern zu einem späteren Zeitpunkt, gegebenenfalls erst zum Stichtag 30. Juni 2003, vorzulegen.“ Dann heißt es an anderer Stelle: „Die Arbeitsrückstände bei der Landeshauptkasse haben dazu geführt, dass den Eigenbetrieben und Gesellschaften, die den Zahlungsverkehr über die LHK abwickeln, bisher noch kein Belegmaterial über die auf den Konten durchgeführten Buchungen zur Verfügung gestellt worden ist.“ Das ist auch das Problem bei der BEB gewesen. Das kann man ein Stück weit damit erklären, aber diese Aussage macht deutlich, dass es da Probleme gegeben hat.

Ich will mich im Wesentlichen auf die Frage der 1,7 Millionen Euro konzentrieren, und da gibt es für mich drei Zeitabschnitte. Der erste Abschnitt ist der Zeitpunkt, von dem an die Fehlbuchung getätigt worden ist. Das ist ein Fehler im Eingeben. Auf der Tastatur hat man nicht eine Fünf, sondern eine Acht gedrückt, und die Acht liegt genau über der Fünf. Dass solch ein Fehler passieren kann, ist erst einmal nachvollziehbar. Ich will mich auf diesen einen Zeitraum beziehen, das ist der Zeitraum bis zum 30. September 2003. Dann gibt es den Zeitraum vom 30. September bis zum 4. November, und dann gibt es den Zeitraum vom 4. November an.

(B) Im Zeitraum des Fehlers, entstehend bis zum 30. September, gibt es das Problem, dass bei der GBI gemerkt worden ist, dass da Geld fehlt, und man hat auch die Landeshauptkasse angesprochen, wo das Geld denn bleibt. Die Landeshauptkasse hat festgestellt, dass das Geld zu dieser Firma in Bonn gegangen ist, hat dort auch zwei Mal gemahnt, aber man ist davon ausgegangen, das ist wohl unstrittig festzuhalten, das sei eine Behörde und nicht eine privatisierte Firma, und hat geglaubt, das Geld käme zurück. Das ist nicht passiert, und man hat nicht den Senator für Finanzen informiert, was hätte getan werden müssen. Dies ist bedauerlich, und das muss geklärt werden, warum man das nicht getan hat.

Ich füge ein, vor dem Hintergrund dessen, was ich eben aus der Vorlage des Senators für Finanzen zitiert habe, vor dem Hintergrund der SAP-Umstellung, so ist das auch in einer dienstlichen Erklärung der Mitarbeiterin der GBI ausgeführt worden, hat man dieser Mitarbeiterin damals gesagt, wir haben Probleme bei der SAP, und deswegen möchte sie sich im Moment zufrieden geben. Trotzdem ist die Frage: Warum sind weitere Vorgesetzte an verschiedenen Stellen der GBI, bei der Landeshauptkasse und beim Senator für Finanzen nicht informiert worden? In allen drei Bereichen ist dies nicht passiert.

Dann hat am 30. September ein Mitarbeiter im Finanzressort entdeckt, dass dieses Geld fehlgeleitet worden ist. Es hat über einen Monat gedauert, bevor die Ressortspitze informiert worden ist. Auch hier ist die Ressortspitze nicht sofort informiert worden, nicht nur im ersten Zeitraum, sondern auch im zweiten Zeitraum genauso wenig, über einen Monat! Zwei Abteilungsleiter im Finanzressort haben davon gewusst, keiner hat die Ressortspitze informiert. Am 4. November hat die Ressortspitze davon erfahren: Herr Staatsrat Lühr und Herr Senator Nußbaum.

Vom 4. November an bis jetzt zur regulären Sitzung des Haushaltsausschusses am letzten Freitag ist der Haushaltsausschuss, der mehrfach getagt hat, nicht informiert worden, ist der Aufsichtsrat der Performa, der für die Landeshauptkasse zuständig ist, der Aufsichtsratsvorsitzende ist Herr Senator Nußbaum, nicht informiert worden. Der Aufsichtsrat der GBI, der am 5. Dezember getagt hat unter dem Vorsitz von Senator Nußbaum, ist nicht informiert worden. Der Senat ist in diesem Zeitraum nicht informiert worden. Die Staatsräterunde ist erst Anfang dieses Jahres informiert worden, und einen schriftlichen Bericht zu diesem Vorgang hat es erst auf Antrag in der Sondersitzung des Haushaltsausschusses am Mittwoch gegeben.

Für mich gibt es mehrere Fragen, die ich dazu noch zu stellen habe, mehrere! Wenn man am 30. September entdeckt, dass das Geld fehlgeleitet ist, man zwar sofort telefonisch und per E-Mail mahnt, aber über eine Woche braucht, um einen schriftlichen Bescheid hinauszuschicken, dann, meine ich, hätte man schneller tätig sein können. Man hätte sofort schriftlich mahnen müssen aus meiner Sicht, mit einer kurzen Fristsetzung. Man hätte auch sofort, nachdem man festgestellt hat, dass die LHK sich schon zwei Mal vergeblich bemüht hat, das Geld zu bekommen, einen Mahnbescheid hinausschicken können. Man hätte auch sofort, was man bis heute alles nicht getan hat, eine Klage einreichen können. Als man entdeckt hat, dass das Geld von der privatisierten Firma auf die beiden Gesellschafter umgeleitet worden ist, hätte man sofort das tun müssen, was man jetzt erst getan hat: Man hat nämlich jetzt erst am 22. Januar – das steht in unserem Bericht, den wir bekommen haben –, also fast drei Monate später, einen Rechtsanwalt beauftragt, der die Durchgriffshaftung auf diese Gesellschafter prüfen sollte. Warum hat man das nicht früher gemacht?

Ich sage das alles vor dem Hintergrund, dass es diese Woche eine Pressemitteilung gegeben hat nach dem Motto, der Senator für Finanzen hat alles getan, was man tun konnte. Bei diesem Sachverhalt frage ich mich: Hat man wirklich alles getan, was man tun konnte? Ich habe bisher noch nicht diesen Eindruck. Der Vorgang ist ja am 8. Januar dieses Jahres in der Zeitung veröffentlicht worden. Meine

(C)

(D)

(A) Vermutung, wer das der Presse zugeleitet hat, habe ich schon im Haushaltsausschuss geäußert.

(Glocke)

Zwei Minuten noch, Herr Präsident, um das eben kurz und vollständig darzustellen!

Man hat ja sofort eine bestimmte Fährte gelegt, nämlich im Hinblick darauf, dass die GBI hier der eigentlich Schuldige sei, und hin und wieder kam das ja bei den entsprechenden Bewertungen durch. Es wurde von Frau Linnert und einem anderen Kollegen indirekt – Frau Linnert hat es deutlich gesagt – der Rücktritt gefordert, personelle Konsequenzen.

(Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Personelle Konsequenzen sollen geprüft werden!)

Ohne zu wissen, wie der eigentliche Vorgang ist, ohne eine einzige schriftliche Zeile zu sehen, hat man sofort einen Rücktritt gefordert. Eine Vorverurteilung von den Grünen!

(Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Das haben wir nicht! Es soll geprüft werden!)

(B)

Ich will in dem Zusammenhang darauf hinweisen, dass die Geschäftsführung der GBI von dem Senator für Finanzen erst Anfang dieses Jahres durch eine schriftliche Stellungnahme auf den Vorgang aufmerksam gemacht worden ist. Ansonsten hat der Senator für Finanzen diese Gesellschaft, die so in den Mittelpunkt der Diskussion gerückt worden ist, erst über den Rechnungshof informiert. Das Schreiben vom Rechnungshof, datiert auf den 9. Dezember 2003, ist bei der Gesellschaft über den Senator für Finanzen am 29. Dezember 2003 eingegangen mit den Fragestellungen des Rechnungshofes. Auf diese Art und Weise hat die Geschäftsführung der GBI von diesem Vorgang erfahren. Ich meine nicht, dass das ein zügiges Verfahren ist. Meines Erachtens kann man so nicht mit einer Gesellschaft, die einem zugeordnet ist, umgehen!

Also, es gibt diverse Fragen, die aus meiner Sicht beantwortet werden müssen. Der Rechnungshof wird da tätig werden. Ich gehe auch davon aus, dass wir entsprechend ergänzende Vorschläge und Vorstellungen vom Finanzsenator erfahren, um diesen Vorgang vollständig aufzuklären. – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU – Unruhe bei der SPD)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Wedler.

Abg. **Wedler** (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Dringlichkeitsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen war Auslöser für diesen interfraktionellen Antrag, an dem ich leider wieder nicht beteiligt wurde, obwohl ich gestern den ganzen Tag hier war und theoretisch auch hätte gefragt werden können.

(Abg. Frau H ö v e l m a n n [SPD]: Das können Sie ja hier zum Ausdruck bringen!)

Ich wollte das eigentlich nur feststellen. Nicht, dass ich Ihnen das Recht abstreite, dass Sie das hier tun können, das will ich gar nicht, aber ich hatte das beim letzten Mal so verstanden, dass Sie in solchen Fällen doch gelegentlich auch mich einmal fragen, ob ich da eventuell mitmache. In diesem Fall hätte ich natürlich mitgemacht, denn das Ganze ist ja ein Sachverhalt, der uns alle hier tangiert und uns auch im Haushaltsausschuss beschäftigt hat. Da war ja im Prinzip auch schon meine Meinung erkennbar, wie denn zu votieren ist.

Im Haushalts- und Finanzausschuss vorgestern ist ja ein vorläufiger Sachstandsbericht gegeben worden. Deshalb, denke ich, ist es heute verfrüht, jetzt schon über Verantwortlichkeiten im endgültigen Sinne zu urteilen und hier zu reden. Es ist auch erfreulich, dass nicht nur die Exekutive, also der Senat, tätig werden soll beziehungsweise schon tätig geworden ist, sondern eben auch der Landesrechnungshof hier berichtend tätig werden will, so dass wir als Parlamentarier dann über weitgehende Informationen über diese Situation verfügen können.

Für mich ist das so, und einige Feststellungen, denke ich, kann man da schon machen, es sind Fehler passiert, die zum Teil auch zu Gespött in der Öffentlichkeit geführt haben, was ich äußerst bedauerlich finde. Diese Fehler sind nun einmal da. Wir müssen sie nicht nur erkennen, sondern auch analysieren und nach Ursachen forschen, was da gewesen ist und warum das passiert, und dann natürlich das schnellstmöglich korrigieren. Das ist in drei bekannt gewordenen Fällen passiert, wie man weiß. In einem Fall ist das Ganze wohl nicht mehr korrigierbar.

Ich denke, dass diese Fehlüberweisung, die nach Bonn gegangen ist, sehr wohl abzuschreiben ist. Das ist etwas, was uns nachdenklich machen sollte, denn es geht nicht um Portokassenbeträge, sondern tatsächlich um größere nennenswerte Beträge. Wenn Fehler passieren, wir sind alle Menschen und machen Fehler, dann muss man im Grunde genommen Mechanismen haben sowohl in der Technik als auch in der Organisation, die dazu führen, dass solche Fehler erkannt werden können und dass man möglichst schnell dann auch sich daran machen kann, Fehler zu korrigieren und eventuell abzustellen. Das ist ein Punkt, der hier noch offen ist, über den man

(C)

(D)

(A) nachdenken muss und der dann auch vielleicht zu Konsequenzen führt.

Es ist in dem vorläufigen Bericht geschrieben worden, dass weitere Pannen bei der Systemumstellung möglicherweise passiert sind. Das ist offen, das wissen wir noch nicht. Wie ich gehört habe, ist gestern etwas offenbar geworden, es ist nicht auszuschließen, dass wir auch noch weitere Dinge feststellen müssen. Ich hoffe, dass das genauso schnell nicht nur erkannt, sondern auch korrigiert werden kann, so dass für uns in Bremen kein Schaden entsteht. Das muss man auch festhalten, dass nicht nur bei der Systemumstellung, was immer ein sehr schwieriger Arbeitsprozess ist, aber eben auch in den Organisationen, in der Ablauforganisation und in der Aufbauorganisation Fehlerquellen festzustellen sind, und da muss man nachdenken, was passiert ist.

Die bekannt gewordenen Fehler fanden alle, so stellt sich das mir dar, in der zweiten Jahreshälfte 2002 statt. Sie wurden Ende 2002, in der ersten Jahreshälfte 2003 im Wesentlichen erkannt, und dann gab es auch gewisse Zuordnungen und Kommunikationsprozesse zwischen den beteiligten Stellen. Dann aber entstand für mich ein fast unverständliches Timelag, eine zeitliche Verzögerung, die sicherlich erklärt werden kann, die man im Grunde genommen aber nicht akzeptieren kann. Es liegt ein halbes Jahr bis dreiviertel Jahr zwischen dem Erkennen eines Fehlers und der Tatsache, dass man diesem Fehler nachgeht. Dass ein Timelag von einer so großen Spanne entsteht, ist nicht hinnehmbar. Hier müssen wir nachdenken, ob man das künftig verbessern kann.

(B) Ein weiterer Punkt, der für mich klar ist: Die Systemumstellung Ende 2002/Anfang 2003 ist nicht allein die Ursache oder einer der Auslöser für die Fehler. Es gibt auch Fehlerquellen, die in der Aufbau- und Ablauforganisation liegen und in der, wie ich das einmal vorsichtig formulieren will, relativ extremen Dezentralisierung an der Stelle. Es gibt verschiedene Beteiligte, die hier tätig gewesen sind, und da ist die Frage, ob das, was die Verantwortlichkeit des Tuns, vielleicht des Fehlermachens anbelangt, vielleicht nicht so sauber dezentralisiert wurde, sondern dass jeder sozusagen in seinem Schächtelchen gedacht und gehandelt hat und dabei bestimmte Kommunikationsprozesse und Gesamtverantwortlichkeiten für Vorgänge auf der Strecke geblieben sind. Das ist ein Problem. Darüber muss man auch einmal nachdenken. Das sollte man an der Stelle dann auch sagen.

Ich habe auch Mängel gesehen, das ergab sich ebenfalls in der Diskussion im Haushaltsausschuss, Controllingmängel, über die man natürlich nachdenken sollte. Mir ist im Verlauf der Haushalts- und Finanzausschusssitzung aufgefallen, dass Verantwortlichkeiten zwischen Landeshauptkasse und GBI hin und her geschoben werden und wir noch keine endgültige Klarheit haben. Ich finde das etwas misslich,

dennoch man könnte jetzt etwas polemisch formulieren, dass das eine organisierte Verantwortungslosigkeit, die zutage getreten ist.

(C) Dieses Hin- und Herschieben von Verantwortung und von Nichtzuständigkeiten ist eigentlich nicht hinnehmbar, denn es handelt sich nicht um Portokassenbeträge, sondern um nennenswerte Beträge. Hier muss man schon überlegen, wie man die Steuerung einerseits, aber auch das Controlling und die Verantwortlichkeiten andererseits vernünftig organisiert und gestaltet, damit man bei den richtigen Stellen landet und das auch richtig handhaben kann.

Was mich bei der Diskussion geärgert hat im Haushalts- und Finanzausschuss, muss ich ganz offen sagen, war die Tatsache, dass hier diejenigen, die am Ende einer Kette gearbeitet haben, die möglicherweise auch Fehler gemacht haben, die man ihnen vorwerfen kann oder auch nicht, je nachdem, das ist völlig offen, im Grunde genommen sich jetzt hier irgendwelchen Dingen ausgesetzt sehen, ohne dass diejenigen, die fachliche oder aber funktionelle Verantwortung haben, tangiert werden. Ich kann nicht einsehen, dass eine Geschäftsführung oder Abteilungsleitung hier ungeschoren davon kommt, diejenigen aber, die am Ende einer Kette arbeiten müssen und zwangsläufig möglicherweise Fehler machen, dann im Grunde genommen sich Vorwürfen ausgesetzt sehen. Ich denke, darüber müssen wir auch nachdenken. Die Verantwortlichkeiten, die es natürlich gibt, müssen benannt werden, und auch die müssen wir ins Auge fassen und anfassen, denn es kann nicht richtig sein, dass nur diejenigen, die arbeiten, betroffen sind und die anderen möglicherweise nicht.

(D) Was die Einrichtung der Sonderkonten und ihre Bewirtschaftung anbetrifft, halte ich das ebenfalls für sehr überprüfungsbedürftig. Ich denke, der Verlauf mit dieser Kettung von verschiedenen Institutionen, die beteiligt sind, und dann auch die Bewirtschaftung, GBI macht nur die Bewirtschaftung der Sonderkonten, ist aber möglicherweise gar nicht richtig verantwortlich, das muss überprüft werden. Das kann nicht richtig sein, so wie es derzeit läuft. Dann sollten, ich glaube, das ist schon gesagt worden, diese Sonderkonten tatsächlich in die Verantwortung der GBI übergehen, so dass dort dann auch klar und ordentlich damit umgegangen wird. Dann ist auch klar, wer Verantwortung hat und wer nicht. Ich denke, da ist auch noch Regelungs- und Prüfungsbedarf.

Die Fehler wurden, das möchte ich hier auch deutlich sagen, in der Amtszeit von Herrn Perschau gemacht, der leider heute nicht da ist. Herr Pflugradt, ich finde, Sie machen es sich etwas sehr einfach, wenn Sie jetzt die Chronologie Ihrer Schilderung in die zweite Hälfte des Jahres 2003 verschieben. Sie wissen, dass es dazwischen eine Wahl, eine Regie-

- (A) rungsneubildung gegeben hat und dass jetzt andere Personen verantwortlich sind.

(Beifall bei der SPD)

Herr Perschau ist hier genauso zu nennen wie der jetzige Finanzsenator, und von der Gewichtung her, aber ich will noch kein endgültiges Urteil abgeben, denke ich, die Fehler sind zu Zeiten von Herrn Perschau gemacht worden. Jetzt findet die Aufklärungsphase statt.

(Beifall bei der SPD)

Ob darin Timelags sind, unnötigerweise, das kann man noch einmal diskutieren. Ich sehe im Moment keine nach dem vorläufigen Bericht. Insofern können Sie sich hier als CDU-Fraktion nicht aus dem Geschehen herausziehen.

(Beifall bei der SPD)

Zusammenfassend muss man natürlich sagen, dass die große Koalition insgesamt verantwortlich ist, denn vorher hat die große Koalition regiert, jetzt regiert sie. Insofern liegt die politische Verantwortlichkeit natürlich bei den Regierungsparteien insgesamt. Das, denke ich, muss man auch anerkennen und sehen, selbst wenn jetzt die Subverantwortlichkeit im Detail etwas anders ist.

- (B)

(Glocke)

Ich werde dem Antrag zustimmen und kann dem auch zustimmen, und ich freue mich schon, dass wir im März vielleicht einen weitergehenden, vielleicht vollständigen Bericht bekommen. – Vielen Dank!

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort Senator Dr. Nußbaum.

Senator Dr. Nußbaum: Sehr geehrter Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Gestatten Sie mir, bevor ich zur Sache komme, eine Vorbemerkung! Dass die Vorgänge, über die wir hier sprechen, nicht akzeptabel sind, dass das nicht in Ordnung ist, was dort passiert ist, dass diese rückhaltlos aufgeklärt werden müssen, dass wir auch dann, wenn der Bericht des Rechnungshofs vorliegt, auch über Verantwortlichkeiten reden müssen, das ist für mich unbestritten, und es gehört zu meinen Aufgaben in der jetzigen Aufklärungsphase, diese Vorgänge schonungslos aufzudecken.

Aber genauso inakzeptabel ist für mich, das sage ich Ihnen, wenn Sie dieses Thema parteipolitisch instrumentalisieren,

(Beifall bei der SPD – Abg. Dr. Sieling [SPD]: Und das als Sprecher des Haushaltsausschusses!)

- und das auf dem Rücken von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die ganz am Ende der Kette stehen, die hier, und das möchte ich noch einmal deutlich auch für mein Ressort sagen, im Jahr mehrere Millionen Buchungsvorgänge durchführen müssen, die über 35 Milliarden Euro hin und her bewegen müssen, wenn dann einfach auf diese Ebene gestellt wird und in der Öffentlichkeit die Mitarbeiter insgesamt in ein Licht gerückt werden, was einfach abträglich ist. (C)

Deswegen möchte ich hier noch einmal klarstellen, es muss um Aufklärung gehen, es muss um Fehlerbeseitigung, es muss um neue Kontrollmechanismen gehen, aber es kann nicht darum gehen, Mitarbeiter an den Pranger zu stellen. Es kann ja sein, dass es für manch einen befriedigend ist, hier mit Beamtenbeschimpfungen zu arbeiten, aber ich sage ganz klar, für mich ist das schlichtweg nicht akzeptabel.

(Beifall bei der SPD – Abg. K a s t e n - d i e k [CDU]: Hat ja auch keiner getan!)

Ich möchte jetzt nicht mehr im Detail auf die einzelnen Vorgänge eingehen, wir haben es ausführlich berichtet, das ist ein Zwischenbericht. Wir werden daran weiter arbeiten zusammen mit dem Rechnungshof. Wenn dann der endgültige Bericht vorliegt, ist auch für mich der Punkt gekommen, wo man das auch bewerten kann. Wir haben umfassend informiert. Das ist auch hier bestätigt worden, und deswegen kann ich Ihnen auch nicht ganz folgen. (D)

Aus meiner Sicht gibt es zwei Probleme. Das eine ist das konkrete Problem einer Softwareumstellung, die am Ende des Jahres 2002, Anfang 2003 gelaufen ist. Diese Umstellung war sehr ambitioniert. Die ist unter der Amtsführung meines Vorgängers initiiert und durchgeführt worden. Herr Pflugradt, Sie haben es angesprochen, Sie haben aus dem Bericht zitiert. Die Probleme bei dieser Umstellung waren der Führung bekannt. Dann, sage ich, muss man auch entsprechend sensibel damit umgehen, wenn sie bekannt sind. Das ist nicht geschehen. Wir haben diese Fehler, die damit zusammenhängen.

Ich sage auch an dieser Stelle deutlich, ich schließe nicht aus, dass weitere Fehler auftreten werden, und sie werden auftreten. Sie werden an Stellen auftreten, wo wir es heute noch nicht erwarten. Sie werden kommen, und es geht dann nicht darum, sich daran wieder aufzureiben, sondern die Frage ist, wie können wir diese Fehler in Zukunft beseitigen, wie können wir damit umgehen, wie können wir sicherstellen, dass die Kontrollmechanismen dann funktionieren! Das ist für mich der zentrale Punkt. Dass Fehler auftreten in einer Massenverwaltung, ist klar, das sehen Sie, wenn Sie auf Ihr Bankkonto schauen, da passiert es auch, dass Sie Fehlüberweisungen haben. Das soll es nicht entschuldigen, aber die Frage ist, wie gehen wir damit in den Kontrollmechanismen um! Ich sehe es, das sage ich Ihnen auch ganz

(A) offen, als ein sehr komplexes Thema. Sie haben das im Haushaltsausschuss gesehen, dass es hier in diesem konkreten Fall in einem Bermudadreieck quasi von drei Gesellschaften hin und her gegangen ist. Es lässt sich eben nicht so einfach identifizieren, wo es zuzuordnen ist. Deshalb warne ich nochmals davor, hier sehr vorschnell zu meinen, man habe den Fehler gefunden. Ich glaube, diese Fehler, die damals mit der Umstellung passiert sind, werden uns noch auf längere Sicht begleiten, und wir werden auch in Zukunft von solchen Problemen hören. Ich wünsche mir, dass wir damit dann verantwortungsvoll umgehen.

Zum zweiten Punkt, der hier auch angesprochen ist und der auch Gegenstand dieses Antrags ist, den ich ausdrücklich begrüße, zur Frage der Struktur des Konzerns Bremen! Das ist ja ein Thema, das ich sehr frühzeitig angesprochen habe, und ich bin froh, dass dieser Antrag mit dieser inhaltlichen Fragestellung jetzt auch in dieser Breite akzeptiert wird. Als ich das anfangs ansprach, hatte ich bei dem einen oder anderen den Eindruck, als wenn er einen gewissen Pawlow'schen Reflex hat und sofort reagieren muss, wenn man einmal Fragen stellt, die im Zusammenhang mit dieser Konzernstruktur, ihrer Umsetzung und ihrem Controlling zu stellen sind. Deswegen freue ich mich jetzt auch, dass wir in dieser Breite, auch parlamentarisch, diese Basis dafür schaffen, diese Fragen zu stellen.

(B) Für mich, und das sage ich ganz offen und deutlich, kann es nicht darum gehen, wenn wir uns den Konzern Bremen betrachten, dass wir Aufgaben dezentralisieren, zu dezentralisierten Aufgabenstellungen und Freiheiten kommen, aber andererseits Verantwortung konzentrieren und den Konzern nicht mehr in seiner Gesamtheit einheitlich steuern.

Ich möchte hier nur, ohne dem Abschlussbericht oder diesem Sachstandsbericht, der von Ihnen auch zu Recht angefordert ist, vorgreifen zu wollen, einfach einmal einige Fragen stellen, die sich unabhängig davon ergeben und die uns sicherlich auch in Zukunft beschäftigen werden. Man muss sich doch einmal fragen: Ist heute in diesem Konzern Bremen eine einheitliche und wirksame Steuerung, die auf die öffentlichen Belange Bremens ausgerichtet ist, möglich? Diese Frage muss man sich stellen. Ich denke, man wird zu einer sehr differenzierten und kritischen Antwort kommen.

Es muss aus meiner Sicht herausgearbeitet werden, wo denn die Grenzen der Koordinationsfähigkeit sind, wenn wir neben dem Kernhaushalt über 200 rechtlich selbständige Gebilde haben, die zum Teil unterschiedlich geführt werden, zum Teil unterschiedlich gesteuert werden. Wie kann man ein solches Gebilde koordinationsmäßig überhaupt am Gesamtinteresse ausrichten? Der konkrete Fall, der jetzt Gegenstand ist, zeigt beispielsweise, dass die Frage der Leistungsbeziehungen zwischen Gesellschaften und dem Kernhaushalt, also hier die Frage

des Sonderhaushalts, den die GBI verwaltet, nicht geklärt ist. Es gibt hierüber keine schriftlichen Geschäftsbesorgungsverträge, die genau definieren, was die Pflichten sind, was die Rechte sind und wo die Verantwortungen liegen. Das wird sicherlich, wenn wir das analysieren, auch noch in anderen Bereichen der Fall sein.

Man muss sich auch die Frage stellen: Sind möglicherweise ökonomische Interessen in einzelnen Gesellschaften, in einzelnen Bereichen überzogen, und hat man in bestimmten Bereichen so eine Art Vorratsmentalität, indem man Reserven bildet, die dann auch im Sinne des Gesamten nicht zielgerichtet gebraucht werden? Wir haben selbst festgestellt, dass das Zusammenwirken zwischen den einzelnen Einheiten, die Kommunikation, die Abstimmung, die Schnittstelle zwischen dem kameralen Kernhaushalt und den nach Doppitz, also nach doppelter kaufmännischer Buchhaltung geführten Betrieben nicht hundertprozentig abgestimmt ist. Das muss gelöst werden.

Ich sage, ein weiterer zentraler Punkt, der aus meiner Sicht möglicherweise nicht in vollem Umfang gelöst ist, ist die Frage: Hat man sich denn mit den steuerlichen Auswirkungen der Gesellschaften wirklich befasst? Hat man diese Fragestellung wirklich so abgeklärt, dass nicht auch aus diesem Bereich eines Tages Fragestellungen und Risiken auf uns zukommen, die wir dann auch beantworten müssen und es schwierig ist?

Last, but not least, mir ist auch aufgefallen, dass, wenn ich mir den Konzern anschau, ich zum Beispiel auch eine einheitliche Personalpolitik vermisse. Ich habe das in Teilen bei der Ausbildung angesprochen, dass ich feststelle, dass einzelne Konzerngesellschaften eben nicht das Maß an Ausbildung bringen, das man erwarten könnte, das wir uns hier für den Kernhaushalt vorgenommen haben.

Man muss sich insgesamt immer wieder fragen, wenn man das betrachtet: Ist das der richtige Weg – ich sage noch einmal deutlich, diese Konzernstruktur ist für mich der richtige Weg, und ich glaube auch, dass der Senat hier den richtigen Weg gegangen ist, das ist aber ja kein statischer Vorgang, sondern das ist ein organischer Vorgang –, ist dieser Prozess korrekturfähig? Müssen wir gewisse Korrekturen vornehmen? Ich meine, ja, wir müssen an der einen oder anderen Stelle Korrekturen vornehmen. Das haben diese Vorgänge exemplarisch gezeigt.

Ich glaube aber, die Fragestellungen reichen tiefer als die Fehlbuchungen und Fehlüberweisungen, die wir heute diskutiert haben. Wir müssen uns weiterhin die Frage stellen: Sind die Koordination und Kontrolle im Gesamtkonzern, die Ausrichtung auf die Interessen Bremens hier nachhaltig gelungen, oder müssen wir hier zu Reformen kommen?

(Beifall bei der SPD)

(C)

(D)

(A) Deswegen begrüße ich, und das sage ich nochmals ausdrücklich, das, was hier jetzt angestoßen worden ist, und dass wir hier weiter eine parlamentarische Debatte haben werden.

Ich sage Ihnen aber auch, dieser Vorgang wird mit dem Sachstandsbericht, den wir im Frühjahr vorlegen, nicht beendet sein. Das wird meines Erachtens eine viel länger andauernde Diskussion sein, die uns auch für längere Zeit beschäftigt und wo wir auch, das muss man fairerweise sagen, im Umgang mit den Vorgängen lernen müssen. Wir werden immer an diesen Strukturen arbeiten müssen. Wir werden immer wieder Fehler entdecken. Wir müssen dann aber handeln, und wir müssen dann auch bereit sein, ohne dass wir jedes Mal gleich die Grundsatfrage stellen, diese Strukturen so anzupassen, dass sie optimal werden. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Linnert.

Abg. Frau **Linnert** (Bündnis 90/Die Grünen)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte gern eine Sache zurückweisen, die Herr Pflugradt hier mit seinem nicht unbekanntem Verhältnis zur Wahrhaftigkeit kundgetan hat.

(B) (Unruhe bei der SPD und bei der CDU)

Herr Pflugradt, Sie haben behauptet, die Grünen hätten gefordert, dass der Geschäftsführer der GBI entlassen werden soll. Das ist eindeutig falsch! Wir haben gesagt, dass der Vorgang aufgeklärt werden soll, dass geprüft werden soll, wo welche Verantwortungen sind, und dass man, wenn man zu dem Ergebnis kommt, dass es auch Verantwortung in der GBI gibt – das hat Herr Bongartz im Haushaltsausschuss übrigens eingeräumt, dass auch in der GBI Fehler passiert sind, sehen wir einmal, wie es weitergeht –, auch dazu kommen muss, personelle Konsequenzen bei den Gesellschaften zu ziehen.

Ich bleibe dabei, dass das auch so richtig ist, weil wir nämlich bei dem Gesellschaftsgestrüpp, das in Bremen in der Gesamtverantwortung der großen Koalition angerichtet wurde, den Eindruck haben, dass es erstens der Verschleierung von Verantwortung dient und dass es zweitens geklappt hat, was manche gern wollten, nämlich dass die Geschäftsführer sakrosankt sind. Das geht so nämlich nicht.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir möchten gern, dass diese Personen, die hohe Gehälter erhalten, zum Teil sehr hohe Gehälter, die

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

mit Dienstwagen und einer überaus komfortablen Alterssicherung ausgestattet werden, die keinerlei unternehmerisches Risiko tragen, weil in aller Regel Rückkehransprüche in den öffentlichen Dienst verankert werden mit den Verträgen, die wir nicht kennen, die zum Teil der Finanzsenator noch nicht einmal kennt und die zeigen, dass der Konzern Bremen zumindest im Moment in einem Zustand ist, in dem er gar nicht zentral gesteuert werden kann, wir möchten, dass die Geschäftsführer Verantwortung übernehmen für das, was in ihren Gesellschaften passiert, und dass nicht das eine stimmen kann, nämlich Absicherung, ohne das Zweite, unternehmerisches Risiko, sondern dass sie sich irgendwann für eines entscheiden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Wir möchten nicht, dass Geschäftsführer von Gesellschaften sich wie kleine Könige benehmen, dem Parlament die Auskunft verweigern – man hört ja, wie lange man braucht, bis man endlich Pilotgesellschaften dazu bekommt, das zu berichten, was der Haushalts- und Finanzausschuss verlangt hat –, wir ihnen mühsam beibringen müssen, dass die Ausschreibungsrichtlinien des öffentlichen Dienstes auch für sie zu gelten haben, und es ein ziemlicher Kampf ist, sie dazu zu bringen, ihren Berichtspflichten nachzukommen. Das alles geht so nicht! Ich wünsche mir da ein Zusammenwirken aller Parlamentarier, dass keine Botschaften nach außen gehen, das sei ja alles gar nicht so schlimm.

Der Haushaltsausschuss hat eine gemeinsame Verantwortung, dass Regelwerke eingehalten werden und dass man nicht jeweils parteipolitisch motiviert bei dem einen Projekt, das einem mehr, und bei dem anderen Projekt, das einem weniger passt oder weil der eine Senator diese Farbe und der andere Senator jene Farbe hat, mehr oder weniger dann doch nicht so genau hinsieht und das alles im Koalitionsproporz geregelt wird. Der Haushalts- und Finanzausschuss hat eine Mitverantwortung dafür, dass es immer noch Personen in der Verwaltung gibt, die glauben, man müsse die Spielregeln nicht einhalten, man müsse sich nicht an Regelwerke halten.

Der Haushalts- und Finanzausschuss muss die Kontrolle auch ausüben und nicht so tun, als könnte man es getrost allen anderen überlassen. Das Parlament hat eine Kontrollaufgabe und Verpflichtung. Wir müssen als Haushaltsausschuss auf der Präsenz der Geschäftsführer bestehen und nicht finden, dass man vielleicht irgendwann einmal einen Anhang an das Protokoll machen kann. Wir müssten uns selbst Übersicht darüber verschaffen, wie der Konzern Bremen aufgestellt ist und welche Regelungslücken es gibt.

Deshalb, finde ich, kann man diese Panne als Chance nutzen. Was man jetzt hier erfährt, war ja lange vermutet, denn bei all den Fragen, wie das Ver-

(C)

(D)

(A) hältnis jetzt genau geregelt ist zwischen dem Sondervermögen, dem Sonderhaushalt, dem Kernhaushalt und der GBI, gab es ständig sich widersprechende Antworten. Wenn man jetzt hier heute erfährt, dass in der Vergangenheit keine schriftlichen Geschäftsbesorgungsverträge geschlossen wurden, halten zu Gnaden, auf welcher Basis wird denn da eigentlich agiert?

Das können Sie hier nicht verschweigen, das ist auch eine Verantwortung aus der letzten Legislaturperiode, dass viele dazu beigetragen haben, dass so etwas überhaupt möglich war. Welcher Geldbetrag steht denn eigentlich im Geschäftsbesorgungsvertrag? Wenn das so ist, dass es diesen Vertrag noch nicht einmal gegeben hat, dann wundert es einen auch nicht, dass niemand gewusst hat, dass er oder sie verantwortlich dafür ist zu kontrollieren, wo denn eigentlich das Geld geblieben ist.

Diese Panne hat gezeigt, dass es allerhöchste Zeit ist, dass hier alle Verantwortung dafür übernehmen, wie es anders weitergehen kann, nämlich klarer, transparenter und strukturierter. Eine Politik, die darauf hinausläuft, dass niemand verantwortlich ist, die werden wir Ihnen zumindest nicht durchgehen lassen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

(B) **Präsident Weber:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Pflugradt.

(Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Presseerklärung ist anders als der Zeitungsartikel, Herr Pflugradt!)

Abg. **Pflugradt** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Was die Wahrheit betrifft, Frau Linnert, will ich mit Genehmigung des Präsidenten einige Presseartikel zitieren. Ich fange mit einer Stellungnahme an, die unser Fraktionsvorsitzender abgegeben hat. Da heißt es: „CDU-Fraktionschef Jörg Kastendiek warnt indes vor voreiligen Schlussfolgerungen. ‚Es ist derzeit noch völlig unklar, ob es hier um mangelhafte Kontrolle geht oder ob sich jemand bewusst außerhalb der Kontrolle bewegt. Wir sollten erst einmal den Abschlussbericht abwarten, so lange kann das ja nicht mehr dauern.‘“ Meine Damen und Herren, das ist der rote Faden gewesen, den wir von Anfang an gehabt haben. Wir wehren uns dagegen, jemanden voreilig vorzuverurteilen.

Sie haben das getan, Frau Linnert! Ich zitiere mit Genehmigung des Präsidenten aus diversen Presseberichten. Am 8. Januar ist der Vorgang veröffentlicht worden. Am 9. Januar steht es im „Weser-Kurier“, wörtliches Zitat, und Sie haben sich bis heute nicht distanziert.

(Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Brauche ich auch nicht!)

Brauchen Sie auch nicht! Also stimmt das, was hier steht: „Offenkundig geht es bei der GBI drunter und drüber,

(Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Ist ja auch so!)

folgt die grüne Fraktionsvorsitzende Karoline Linnert und fordert personelle Konsequenzen. ‚Das ist ein Armutszeugnis für die Geschäftsführung. Private Firmen mit einer solch desolaten Buchführung wären schnell pleite.‘“

Erstens ist es nicht die Buchführung der GBI, das wissen Sie!

(Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Mittlerweile wissen wir das, ja!)

Das haben Sie mitbekommen. Sie haben zwar noch dreimal versucht, das dem Haushaltsausschuss hinzustellen, das ist aber nicht die Buchführung der GBI.

Zweitens hat die Geschäftsführung das nicht gewusst. Das kann man kritisieren, das kritisiert auch der Geschäftsführer, aber wenn Sie das kritisieren, dass der Geschäftsführer das nicht gewusst hat, dann müssen Sie, wenn Sie diesen Vorgang kritisieren – kann man tun! –, aber auch genauso den Finanzsenator kritisieren, der vom 30. September bis zum 4. November von seinen Abteilungsleitern nicht darüber informiert worden ist. Dann müssten Sie genauso in diese Richtung personelle Konsequenzen fordern.

(Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Oder bei Herrn Perschau vielleicht einmal!)

Warum gehen Sie hier nach vorn und sagen kein einziges Wort dazu, dass Herr Nußbaum vom 4. November bis Anfang dieses Jahres etwas davon gewusst hat, in die Gremien geht, kein Wort darüber verliert, hier nach vorn geht und dazu noch nicht einmal einen Satz sagt, noch nicht einmal ein einziges Wort dazu sagt? Wo sind da Ihre Forderungen zu personellen Konsequenzen? Auf dem Rücken von Mitarbeitern von Gesellschaften hier eine Kritik zu äußern, sich hinzustellen, in der Presse und auch hier noch nach vorn zu gehen und davon zu reden, dass ein Kollege es nicht so genau mit der Wahrheit nimmt,

(Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja, das ist auch so!)

tut mir Leid, Sie nehmen das nicht genau mit der Wahrheit! Sie verdrehen die Tatsachen,

(Beifall bei der CDU)

(C)

(D)

(A) wie es Ihnen passt, weil Sie ein Problem mit den Gesellschaften haben, die hier gebildet worden sind.

(Abg. Frau **L i n n e r t** [Bündnis 90/Die Grünen]: Allerdings!)

Das kann man haben mit diesem Konzern Bremen, dass wir da in einem Prozess sind, dass sich das fortentwickelt hat und weiter fortentwickeln wird, das Controlling des Konzerns Bremen, dieser Gesellschaften, aber auch unseres eigenen Haushalts, wir bekommen dicke Wälzer! Ich habe manchmal den Eindruck, dass das, was wir an Papier bekommen, viel zu viel ist,

(Abg. Frau **L i n n e r t** [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja, das ist auch so!)

weil man das gar nicht mehr richtig durchschauen und überblicken kann. Das ist schon zu viel von dem, was wir bekommen. Wir müssen das konzentrieren, und wir müssen natürlich auch – das ist auch unbestritten – feststellen, wenn es solche Fehler gibt, dann müssen die irgendwo auftauchen. Das ist doch unbestritten. Darüber haben wir doch gemeinsam geredet und reden auch in der Zukunft darüber. Das ist völlig klar! Wenn solches Geld verloren geht, dann muss das irgendwo einmal auftauchen.

(B) Ich habe bloß zu Recht auf die Schwierigkeiten mit der SAP-Umstellung hingewiesen. Ich habe auf den Bericht hingewiesen. Da ist auf die Probleme aufmerksam gemacht worden, und keiner hat es für nötig befunden, in weiteren Haushaltsausschusssitzungen darauf zurückzukommen. Es hat auch keine großen kritischen Anmerkungen zu diesem Bericht gegeben, sonst stünde das nämlich im Protokoll. Der Senator für Finanzen, damals Hartmut Perschau, hat auf die Probleme mit der Umstellung auf SAP aufmerksam gemacht. Mehr kann man ja wohl nicht tun.

(Unruhe bei der SPD)

Wenn solche Fehler dann passieren, müssen sie aufgeklärt werden.

Ich komme noch einmal zurück zur Rede von Herrn Dr. Nußbaum. Das Problem im Hinblick auf die Struktur anzusprechen, das kann man tun, aber ich hätte schon erwartet, Herr Senator, dass Sie ein Wort darüber verlieren, wenn Sie über Strukturen reden, warum Sie die Gremien nicht informiert haben. Das ist auch ein strukturelles Problem.

Ich gehe davon aus, dass auch dazu zukünftig Lösungen gefunden werden, dass die Abgeordneten in den Gremien, im Parlament, im Senat, die Gremienmitglieder in den Aufsichtsräten rechtzeitig informiert werden, wenn solche Probleme auftauchen. Das ist hier nicht der Fall. Ich gehe davon aus, dass auch zu dieser Frage eine Lösung gefunden wird,

denn das ist auch ein Strukturproblem, das gelöst werden muss. – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Wiedemeyer.

Abg. Frau **Wiedemeyer** (SPD)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Pflugradt, ich hätte mir gewünscht, dass Sie sich an das gehalten hätten, was Ihr Fraktionsvorsitzender in dem Zusammenhang gesagt hat, dass wir aufklären und dass wir dann beraten und das Ganze sachgerecht machen. Ich glaube, das ist an Populismus nicht mehr zu überbieten.

(Beifall bei der SPD)

Ich schäme mich dafür, dass wir mittlerweile dieses Niveau als haushaltspolitische Sprecher erreicht haben. Ich habe in den ganzen acht Jahren Haushaltspolitik so etwas in diesem Haus noch nicht erlebt.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte noch einmal zu einigen Punkten zurückkommen, wo Sie glaubten, hier in der Sache Kritik üben zu müssen. Ich habe es mir vorhin erspart, Ihre Pressemitteilung zu zitieren. Ich dachte, es reicht, wenn man es einmal in der Zeitung gelesen hat. Man muss dummes Zeug nicht noch einmal wiederholen. Sie haben vorhin den langen Zeitraum kritisiert, 30. September! Sie selbst haben in Ihrer Pressemitteilung geschrieben, Sie haben es vorhin noch einmal gesagt, am 30. September wurde es entdeckt. Wir haben mittlerweile gehört, dass es eher zufällig entdeckt worden ist.

Am 1. Oktober wurde telefonisch und per E-Mail die Rückzahlung angemahnt. Am 30. September hat man entdeckt, dass etwas nicht stimmt, am 1. Oktober hat man bereits gewusst, wo der Fehler lag, und hat per E-Mail angemahnt. Dann kommt der nächste Satz: „Trotzdem ist nach bisherigen Informationen erst am 8. Oktober eine schriftliche Zahlungsrückforderung erfolgt.“ Ich weiß nicht, wie Sie E-Mail-Verkehre erledigen. E-Mail ist mittlerweile auch ein rechtlich anerkannter schriftlicher Vorgang.

(Beifall bei der SPD)

Telefon und E-Mail heißt unverzüglich schriftlich.

Sie haben weiter bemängelt, dass der betreffende Mitarbeiter sich nicht unverzüglich an die Spitze gewandt hat. Ich glaube, es gibt zu Recht Strukturen, die auch sagen, wie Dienstwege einzuhalten sind.

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

(C)

(D)

(A) Wenn ich in dem Bericht lese, dass der zuständige Mitarbeiter, der Referatsleiter 21, das Referat 01 unverzüglich informiert hat, dann ist er seiner Pflicht nachgekommen, und zwar unverzüglich.

Sie haben bemängelt, und auch das ist ein Widerspruch, dass eine Aufsichtsratssitzung der GBI eingefordert wurde, dass personelle Konsequenzen gefordert wurden und dass die Zuständigkeit der GBI überhaupt ins Spiel gebracht wurde. Die GBI verwaltet treuhänderisch den Sonderhaushalt. Ich habe vorhin schon gesagt, dass sie verantwortlich für Einnahmen und Ausgaben ist, und darüber hat sie Rechenschaft abzulegen. Es ist richtig, dass dieser Haushalt nicht Bestandteil des Haushaltes der GBI ist. Für den ist auch der Aufsichtsrat zuständig. Da findet sich dieser Sonderhaushalt höchstens insofern wieder, wenn die GBI Vergütungen aus ihrer Tätigkeit der treuhänderischen Verwaltung erhält. Warum – das hat Herr Köhler vorhin richtig gesagt –, wenn der Aufsichtsrat nicht tangiert ist, hätte dann eigentlich der Aufsichtsratsvorsitzende über diesen Vorgang informieren sollen? Das ist auch Ihrerseits ein Widerspruch, über den man noch einmal nachdenken muss. So geht das nicht!

Ein Punkt noch! Sie haben eben beiläufig erwähnt, Sie hätten schließlich schon im Haushaltsausschuss darauf hingewiesen, was denn Ihre Vermutung wäre, wer etwas an die Presse gegeben hat. Ich glaube, das ist unterstes Niveau. Wir sollten uns hier mit Fakten beschäftigen und uns nicht dazu herablassen, irgendwelche Pressemitteilungen zu interpretieren und dann Mutmaßungen darüber anstellen, und Sie haben es vorher mit einem gewissen Stolz verkündet, dass Sie im Haushaltsausschuss Ihre Vermutung ausgesprochen haben. Ich glaube, so geht das nicht, hier Mitarbeitern zu unterstellen, sie hätten die Presse informiert, sie hätten mutwillig irgendwelche Informationen gestreut.

(B)

Was die Informationen gegenüber dem Haushaltsausschuss anbelangt, da haben alle drei Fraktionen gemeinsam kritisiert – Herr Wedler war an dem Freitag nicht da –, dass wir die Vorgänge über die Zeitung erfahren haben. Das ist ein Zustand, den ich als Parlamentarierin und als Haushälterin nicht akzeptieren kann, das tue ich auch nicht! Der Finanzsenator beziehungsweise der Staatsrat haben sich noch in der Sitzung dafür entschuldigt und haben gelobt, dass das nicht wieder passiert. Was die gestrigen Fälle anbelangt, glaube ich zu wissen, dass wir zeitnah informiert worden sind, und zwar unverzüglich. Die einzige Zeitverzögerung, die es gab, war, weil wir erst noch gewisse Abgeordnete suchen mussten.

Sie haben in Ihrer Pressemitteilung dem Finanzsenator unterstellt, dass die bekannt gewordenen Informationen die Vermutung nahe legen, dass Finanzsenator Nußbaum von dem Verschulden seines eigenen Ressorts ablenken wolle. Ich glaube, Ihre Pressemitteilung legt die Vermutung nahe, dass Sie

einfach davon ablenken wollen, wer eigentlich für alle Beteiligten bei der Entstehung der Fehler und bei dem Verschwinden des Geldes die Verantwortung getragen hat. Ich wollte es nicht tun, aber nach Ihrem Redebeitrag gerade werde ich es tun. Beteiligt waren der Finanzsenator, Senator Perschau, CDU, die GBI, zuständig Senator Perschau, CDU, beteiligt war die Landeshauptkasse, Performa Nord, zuständig Senator Perschau, CDU. So einfach funktioniert das Spiel nicht, und ich hoffe, dass wir im Mai dazu kommen, hier eine sachliche Debatte zu führen, und dass diese Art der Diskussion unter uns Haushaltssprechern eine einmalige Entgleisung war.

(C)

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Wedler.

Abg. **Wedler** (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich begrüße auch Herrn Senator Perschau, der mitverantwortlich für die Vorgänge ist, über die wir hier debattieren. Ich bin etwas irritiert und verwundert, dass die Koalitionäre, die eigentlich eine politische Zusammenarbeit vereinbart haben, sich hier heute öffentlich über einen Vorgang streiten, den wir eigentlich in einer sachlichen Atmosphäre im Ausschuss, vielleicht aber auch hier hätten beraten können. Insofern kann ich mich da nahtlos dem anschließen, was Frau Wiedemeyer hier eben gesagt hat. Ich möchte nur noch darauf hinweisen, Herr Dr. Nußbaum hat uns ja einen Bericht angekündigt, und ich denke, das sollte die Basis für weitere Diskussionen sein, die man zunächst im Haushaltsausschuss führen kann und, wenn man will, dann später auch hier.

(D)

Frau Linnert hat, glaube ich, etwas Richtiges gesagt, und das klang ja auch in der Rede von Herrn Dr. Nußbaum an, dass der Konzern Bremen insgesamt einmal ins Auge gefasst werden muss, was die Strukturierung, was die Verantwortlichkeiten, die verschiedenen Aufgabenbereiche und Funktionen der einzelnen Gesellschaften anbetrifft. Auch mich ärgert das maßlos, ich habe das vorhin schon einmal gesagt, dass hier, wenn man so will, sich eine organisierte Verantwortungslosigkeit wiederfindet und niemand im Grunde genommen für etwas eintreten will, wo er möglicherweise falsch gehandelt hat.

Deswegen möchte ich insbesondere Sie Koalitionäre auffordern, dass Sie hier wieder zu einer sachlichen, konstruktiven Arbeit zurückkehren. Wir alle können und müssen das hier von Ihnen verlangen. Wir können als Opposition sicherlich den Finger in die Wunden legen, aber ich denke, Sie regieren, Sie handeln, Sie müssen uns dann auch in diesem Zusammenhang vernünftig mit ins Boot hinein nehmen. – Vielen Dank!

(A) **Präsident Weber:** Meine Damen und Herren, nun liegen wirklich keine weiteren Wortmeldungen mehr vor.

Damit ist die Beratung geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und der CDU mit der Drucksachen-Nummer 16/131, Neufassung der Drucksache 16/127, seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag zu.

(Einstimmig)

Sonderbericht des Rechnungshofs gemäß § 99 LHO über die wirtschaftliche und finanzielle Situation Radio Bremens vom 3. April 2003

(Drucksache 15/1451)

Wir verbinden hiermit:

(B) **Bericht und Antrag des Ausschusses für Informations- und Kommunikationstechnologie und Medienangelegenheiten zum Sonderbericht des Rechnungshofs der Freien Hansestadt Bremen gemäß § 99 LHO über die wirtschaftliche und finanzielle Situation Radio Bremens vom 3. April 2003 (Drs. 15/1451) vom 19. Dezember 2003**

(Drucksache 16/107)

Dazu als Vertreter des Senats Bürgermeister Dr. Scherf, ihm beigeordnet Staatsrat Professor Dr. Hoffmann.

Meine Damen und Herren, der Sonderbericht des Rechnungshofs gemäß Paragraph 99 der Landeshaushaltsordnung über die wirtschaftliche und finanzielle Situation Radio Bremens vom 3. April 2003, Drucksachen-Nummer 15/1451, ist von der Bürgerschaft (Landtag) in ihrer dritten Sitzung am 9. Juli 2003 zur Beratung und Berichterstattung an den Ausschuss für Informations- und Kommunikationstechnologie und Medienangelegenheiten überwiesen worden. Dieser Ausschuss legt nunmehr mit der Drucksachen-Nummer 16/107 seinen Bericht dazu vor.

Die gemeinsame Beratung ist eröffnet.

Als erstem Redner gebe ich das Wort dem Abgeordneten Strohmann als Berichterstatter.

Abg. **Strohmann**, Berichterstatter*): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben den Sonderbericht des Rechnungshofs im

*) Vom Redner nicht überprüft.

(C) April 2003 bekommen. Ich muss vorweg sagen, dies war einmal ein Sonderbericht, mit dem man gern arbeitet, und normalerweise ist es ja immer anders. Wenn Herr Spielhoff einen Sonderbericht vorlegt, dann ist das für uns ja nicht immer so erfreulich. Gut, der Bericht an sich ist auch nicht so erfreulich, aber uns trifft diesmal nicht so die Schuld, und wir mussten uns nicht rechtfertigen. Wir konnten diesen Sonderbericht stattdessen dazu nutzen, uns ein besseres Bild zu machen, und ich hoffe, dem Senat hat es in der weiteren bundespolitischen Diskussion auch geholfen, etwas für Radio Bremen zu erreichen.

Wir haben diesen überwiesenen Sonderbericht im Ausschuss für Informations- und Kommunikationstechnologie und Medienangelegenheiten diskutiert und haben einen Bericht gemacht, der Ihnen vorliegt. Weil ich davon ausgehe, dass Sie den wahrscheinlich alle sehr verinnerlicht haben, kann ich mich auch kurz fassen. In diesem Bericht hat der Rechnungshof festgestellt, dass der Finanzbedarf von Radio Bremen bis zum Jahr 2000 in ausreichendem Maße, insbesondere durch die Rundfunkgebühren einerseits und die Ausgleichszahlungen andererseits gedeckt waren, dass dann Radio Bremen in den Jahren 1995 bis 2001 seinen Verpflichtungen auch nachgekommen ist, wirtschaftlich und sparsam zu arbeiten, und das in erheblichem Umfang.

(D) Des Weiteren erkennt der Rechnungshof auch an, dass die Einsparungen durch die von Radio Bremen durchgeführten Rationalisierungsmaßnahmen weit über dem Durchschnitt aller übrigen Landesrundfunkanstalten liegen. Nach weiteren Feststellungen, aber das war uns eigentlich allen klar nach dem Ministerpräsidentenbeschluss von 1999, hat der Rechnungshof jetzt auch in Zahlen festgestellt, dass in der Gebührenperiode 2001 bis 2004 die Gebührenerträge und die Finanzausgleichszahlung, um die es ja hauptsächlich geht, nur noch 80 Prozent der von der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs, kurz KEF, anerkannten Finanzbedarfs für den Etat von Radio Bremen deckt. Da liegt so ein bisschen das Problem. Jede Rundfunkanstalt stellt ja ihren Finanzbedarf dar, und der wird von dieser unabhängigen Kommission berechnet. Die KEF sagt dann, was die Rundfunkanstalten ihrer Meinung nach brauchen, und danach wird die Gebühr festgelegt.

Das Problem ist nur, dass sie zentral an die ARD überwiesen und dann quasi auf die Einwohner, die im Bereich dieses Senders wohnen, verteilt wird. Somit bekommt Radio Bremen nie den Bedarf, den es eigentlich bräuchte, der auch anerkannt ist, weil Radio Bremen eben weniger Zuhörer hat als zum Beispiel der WDR in einer Großstadt in Nordrhein-Westfalen. Das ist normal, diese föderale Struktur ist auch so gewollt gewesen, und über den Finanzausgleich – Finanzausgleich hört sich immer so ein bisschen nach Almosen an, das ist ja im Grunde genommen nur eine Umschichtung – wurde das geregelt. Dies

(A) wurde geändert, und somit ist Radio Bremen in diese Bredouille gekommen. Zwar würden sich die Aufwendungen Radio Bremens durch die Neuausrichtung des Senders mit Konzentration auf einen Standort, das ist ja im Moment auch in heißer Diskussion, etwa in dem Maße reduzieren wie die Mittel des Finanzausgleichs gekürzt wurden, allerdings würden die Einsparungen bis zum Jahr 2006 fast zur Hälfte wieder aufgezehrt durch steigende Personal-, Programm- und Sachkosten.

Das ist ein Sachstand, der anhand der Zahlen festgelegt wurde, wie individuell die Preissteigerung war. Man muss abwarten, wie sich das in den Jahren entwickelt, und ich glaube auch, der KEF-Bericht, darauf komme ich dann nachher noch einmal in meinem zweiten Redebeitrag, hat gezeigt, dass da noch Potentiale sind.

Grundsätzlich, um damit auch schon zum Schluss zu kommen, stimmen wir mit dem überein, was der Landesrechnungshof sagt. Wir meinen, der Rechnungshof hat eine sehr gute Analyse gemacht, die wir auch so teilen, aber was er daraus schließt, ist theoretisch auch richtig, dass man eine Neustrukturierung des Rundfunkfinanzausgleichs machen sollte, aber da gehen wir nicht so richtig mit. Weil wir nun einmal ein föderales System haben, ist es natürlich schwierig, so etwas einfach als kleine Rundfunkanstalt, auch als kleines Bundesland zu fordern. Da braucht es eben auch noch ein bisschen Fingerspitzengefühl und politische Kommunikation, dass da etwas gelingt.

(B) Ich glaube aber, dass die Protokollerklärung ganz wichtig ist, und darauf sollten wir auch noch einmal drängen. Wie gesagt, Herr Scherf und auch Herr Müller aus dem Saarland, der ja für den Saarländischen Rundfunk zuständig ist, den das ja ähnlich betrifft, haben diesem veränderten Finanzausgleich nur mit einer Protokollnotiz zugestimmt. Ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten:

„Die Regierungschefs der Länder gehen davon aus“, gemeint sind das Saarland und Bremen, „dass die ARD einvernehmlich den internen Leistungs- und Gegenleistungsaustausch zugunsten der Funktionsfähigkeit der kleinen Anstalten gestaltet einschließlich einer Neuregelung des Fernsehvertragschlüssels. Er soll der Abfederung der Folgen des finanzierten Finanzausgleichs für die Finanzausgleichsempfänger dienen.“

Dies in den nächsten Jahren zu realisieren ist, glaube ich, für uns – da sind wir nicht ganz konform mit dem Landesrechnungshof – ein wichtiger Schritt, um dann Radio Bremen auch eine gesicherte Zukunft zu gewährleisten. Ansonsten empfehlen wir Ihnen, diesen Antrag und diesen Bericht zur Kenntnis zu nehmen. – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Stahmann.

(C)

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen)*): Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Im Sonderbericht gemäß Paragraph 99 Landeshaushaltsordnung über die wirtschaftliche und finanzielle Situation Radio Bremens kommt der Landesrechnungshof zu interessanten Ergebnissen. Erfreulich sind sie aus Sicht der Grünen allerdings nicht. Bis zum Jahr 2000, darauf hat Kollege Strohmann hingewiesen, hatte Radio Bremen keine Finanzprobleme. Rundfunkgebühren und Ausgleichszahlungen deckten die Ausgaben. Das ist sehr positiv, aber nicht erst seit Kürzung des Finanzausgleichs arbeitet der Sender nach Auffassung des Rechnungshofs sparsam, und das finde ich auch noch einmal wichtig, hier zu betonen. So haben die Prüfer des Landesrechnungshofes attestiert, ich zitiere mit Genehmigung des Präsidenten:

„In den Jahren 1995 bis 2001 ist Radio Bremen der Verpflichtung zur Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit in erheblichem Umfang nachgekommen. Die Einsparergebnisse der Rationalisierungs- und Sparmaßnahmen liegen weit über dem Durchschnitt aller übrigen Landesrundfunkanstalten.“ Soweit das Zitat des Landesrechnungshofes!

Ich finde, dieses Ergebnis ist bei der weiteren Debatte über die Positionen sehr wichtig ist. Wir hatten uns in Bremerhaven ja schon darüber unterhalten, wie schwierig es ist, mit den anderen Länderparlamenten in einen Kanon einzufallen, um die Strukturhilfe für Radio Bremen auch lockerzumachen, und ich glaube, das ist auch noch einmal ein ganz wichtiges Argument bei der weiteren Debatte.

(D)

So schildert der Landesrechnungshof jetzt aber, dass auf Radio Bremen große finanzielle Probleme zukommen, die auch durch den Finanzausgleich zukünftig nicht gedeckt werden, und dass eine Lücke klafft. Daher empfiehlt der Rechnungshof, ich fasse das jetzt in Kurzform so zusammen, dass auch der Ministerpräsident und das Parlament Schritte unternehmen, um künftig diese Lücke zu schließen. Dafür gibt es verschiedene Möglichkeiten: Man tritt miteinander in Verhandlung, man klagt und sagt, dass die kleineren Anstalten nicht bedarfsgerecht finanziert sind. Es würde politisch also eine Reihe von Wegen geben, die man wählen könnte.

Als Grüne sagen wir, dass für uns im Augenblick Vorrang hat, die Strukturdebatte zu führen. Innerhalb der ARD hat man sich ja darauf geeinigt, dass die Strukturhilfe nur kommt, wenn es eine Gebührenerhöhung gibt, und das macht das ganze Verfahren auch unendlich schwierig. Weil Sie wissen, dass es in allen Länderparlamenten durchaus andere Positionen gibt und dass nicht jedes Länderparlament sagt, okay, eine Rundfunkgebührenerhöhung

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

(A) ist im Augenblick angemessen. Aus Bremer Sicht tun wir uns damit leicht, weil wir natürlich auch ein definiertes eigenes Interesse haben. Alle Fraktionen haben gesagt, Radio Bremen muss erhalten bleiben, und wir haben uns hier alle ganz klar zu einer Zukunft für den Sender innerhalb der öffentlich-rechtlichen Gemeinschaft bekannt.

Aus grüner Sicht hat also in dieser Gemengelage zuallererst die Erhöhung Priorität, also die Einlösung der Strukturhilfe, die ist notwendig, das sind 64,4 Millionen Euro, die nur bei der nächsten Gebührenerhöhungsrunde kommen. Das wird sich wahrscheinlich noch verzögern und nicht wie geplant kommen. Das macht es nicht gerade einfach. Herr Kastendiek hatte beim letzten Mal gefordert, das Junktim müsse aufgehoben werden, und gesagt, dass Radio Bremen auf alle Fälle die Strukturhilfe braucht. In der Tat, das meinen wir alle, aber ich glaube, es ist nicht realistisch, dass innerhalb der ARD das Junktim aufgehoben wird, dass die anderen Länderanstalten sagen, die Gebührenerhöhung kommt nicht, und trotzdem bekommt Radio Bremen diese 64,4 Millionen Euro. Ich glaube, das ist zwar ein sympathischer Gedanke, aber der ist sehr unrealistisch.

(B) Deshalb müssen wir mit guten Argumenten, so hatte es der Ministerpräsident gefordert, für Radio Bremen kämpfen, und ich kann eine Erfolgsmeldung verkünden. Herr Dr. Scherf hatte sich ja ein bisschen mit mir gekabgelt und gesagt, Frau Stahmann, nun weiß ich ja, die Grünen sind auch nicht immer alle so von Radio Bremen begeistert. Ich kann heute verkünden, dass ich es als Sprecherin der Bundesarbeitsgemeinschaft Medien vom Bündnis 90/Die Grünen geschafft habe, die Kolleginnen und Kollegen aus den anderen Ländern mit guten Argumenten zu überzeugen. Es gibt ein Bekenntnis der Grünen zu dem Verfahren mit der KEF, der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs. Die Grünen sagen, dass das Verfahren sich bewährt hat. Die KEF, das sind strenge, professionelle Prüfer, die keinen Quatsch machen und sich jede Sendeminute anschauen: Was hat ein Sender da gemacht? War das sinnvoll, war das wirtschaftlich, war das sparsam? Die Grünen finden dieses Verfahren richtig und sagen, die Politik soll ihre Finger davon lassen!

Die Grünen trennen auch künftig die Debatte der Gebührenerhöhung von einer Strukturdebatte, und das ist, denke ich, der Punkt, der ganz wichtig ist. Es muss jetzt darum gehen, was die KEF in ihrem umfangreichen Bericht vorgelegt hat. Die KEF hat sich bis ins Detail mit allen Sendeanstalten auseinander gesetzt und gesagt, Radio Bremen hat die Hausaufgaben gemacht, ist wirtschaftlicher als alle anderen Anstalten, und deshalb erkennen wir auch den Bedarf, den Radio Bremen angemeldet hat, voll an. Auch das ist noch einmal ein weiteres gutes Argument, um für die Strukturhilfe und auch für die Gebührenerhöhung, die die KEF ja befürwortet, einzutreten.

(C) Ja, Herr Dr. Scherf, nun hoffe ich, dass auch die SPD und die CDU vielleicht gleiche Erfolge vermelden können und dass es da auch Bewegung auf Seiten der CDU gibt. Ich weiß auch, dass innerhalb der CDU die Debatte der Gebührenerhöhung nicht gerade leicht ist, und ich würde mir auch wünschen, dass die CDU gerade diese Argumente nutzt, um ihre Kollegen in den anderen Ländern zu überzeugen.

Ich finde, die Einlösung der Strukturhilfe hat Priorität, das habe ich eben gesagt, aber ich glaube auch, dass man sich keine Denkverbote auferlegen sollte, man muss auch frei bleiben. Der Rechnungshof hat darauf hingewiesen, dass jährlich eine Lücke von 18 Millionen Euro klafft. Wir behalten uns als Parlament des Bundeslandes Bremen vor, Rat zu holen, und Professor Dr. Dürr hat schon vor Jahren darauf hingewiesen, dass nach seiner Einschätzung die kleineren Sendeanstalten nicht bedarfsgerecht finanziert sind und dass es durchaus Grund für sie geben könnte, mit einer Normenkontrollklage auch vor das Bundesverfassungsgericht zu ziehen, um die Gebühren noch einmal anders verteilen zu lassen. Das ist ein schwieriges Pflaster. Ich glaube, man muss sich das gut überlegen und auch noch einmal intensiv innerhalb des Medienausschusses diskutieren, auch mit der Senatskanzlei, um überhaupt abschätzen zu können, ob es Bündnispartner gibt, zum Beispiel beim Saarländischen Rundfunk, beim RBB, und ob es überhaupt Möglichkeiten gibt, wo wir innerhalb der ARD und wo wir auch politisch Bündnispartner für diese Sache finden.

(D) Auch die KEF begrüßt den Strukturausgleich für Radio Bremen. Die Gelder sind ja aufgrund des Beschlusses der Ministerpräsidenten abgesenkt worden. Die KEF hat gesagt, das ist richtig, Radio Bremen muss sich strukturell verändern, braucht diese Strukturhilfe, um die Standorte zusammenzulegen, baut wirklich viel Personal ab, nimmt im Programm Einschnitte vor, die auch nicht ohne Weiteres so zu leisten sind. Die KEF befindet, und da zitiere ich aus diesem dicken KEF-Bericht, der auf meinem Platz liegt, Seite 196: „Ob die mit den einmaligen Strukturhilfen angestrebten Ziele dauerhaft erreicht werden, wird zu überprüfen sein.“ Das ist aus Sicht der Grünen eigentlich ein sehr wichtiger Satz, ein Schlüsselsatz sozusagen.

Ich sage hier abschließend: Der Rechnungshof liefert uns wertvolle Munition bei einer weiteren politischen Auseinandersetzung über die bedarfsgerechte Finanzierung kleinerer Rundfunkanstalten. Wir wissen, dass die Verteilung der Rundfunkgebühren im Augenblick nicht gerecht ist, dass die kleineren Anstalten nicht das Geld herausbekommen, das sie bekommen müssten. Wir sagen, zuallererst die Strukturhilfe einlösen und dann in einer weiteren Diskussion sorgfältig abwägen, ob wir rechtliche Schritte gehen. Die Frage des Finanzausgleichs ist eine sehr schwierige Frage, das wird Herr Dr. Scherf auch sa-

(A) gen, dass es bestimmt nicht einfach ist, da mit den anderen Ländern ins Geschäft zu kommen. Wir sollten uns aber über diese Frage noch einmal im Medienausschuss unterhalten und gegebenenfalls noch einmal Professor Mahrenholz oder andere einladen, um dort die Möglichkeiten zu diskutieren, wie wir politisch als Bundesland Bremen vorgehen können, um Radio Bremen eine öffentlich-rechtliche Zukunft auch auf längere Sicht gewährleisten zu können. – Danke schön!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Schildt.

(B) Abg. **Schildt** (SPD): Herr Präsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Der uns vorgelegte Bericht, den wir im Medienausschuss beraten haben, ist gut und gleichzeitig gefährlich. Gut ist er in dem Teil, in dem er das aufschreibt, was uns seit langem hier als Parlamentariern schon bekannt ist, denn wir debattieren ja heute nicht zum ersten Mal über Radio Bremen und die rundfunkpolitischen Probleme, sondern bei der Lektüre der Drucksachen stellt man fest, dass wir dies schon seit fast drei Jahren machen. Der Bericht ist also gut, weil er all das zusammenschreibt, was in mehreren Debatten einzeln gesagt wurde. Er ist gefährlich, weil er, wenn man ihn dann interpretieren will, auch dazu führt, dass man fragt: Welche Chancen hat Radio Bremen eigentlich noch, wenn das alles so schwierig ist? Deswegen muss man beides aushalten. Der Intendant hat das in einem Zeitungsartikel als einen Ritt auf der Rasierklinge beschrieben. Ich glaube, wir müssen als Parlamentarier sicherstellen, dass es kein Ritt auf der Rasierklinge wird, sondern dass wir nach vorn gerichtet zu den Beschlüssen der Vergangenheit stehen.

Insoweit ist der Bericht des Rechnungshofs gut, aber er gibt in einem Teil nicht alles wieder, was wir politisch wissen. Er blendet ein Stück weit das aus, was politischer Wille war, Leistung und Gegenleistung bei Abschmelzung des Finanzausgleichs. Dazu steht in dem Rechnungshofbericht nichts. Deshalb will ich mich darauf auch beziehen. Insoweit, Frau Stahmann, ist es nicht Munition, die wir gebrauchen können, sondern wir wussten das schon. Es ist aber ein guter Bericht, um alles zusammenfassend debattieren zu können.

Die Verantwortung haben wir nicht nur in Bremen bei der Abschmelzung des Finanzausgleichs durch unseren Bürgermeister auf uns genommen, sondern die anderen Parlamentarier haben die gleiche Aufgabe, diese Klausel, Leistungen und Gegenleistungen mit Leben zu erfüllen. Die Parlamentarier in den Ländern, deren Ministerpräsidenten die Abschmelzung wollten, müssen jetzt sicherstellen, dass in den jeweiligen Landesparlamenten die öffentlich-rechtlichen Anstalten auch dazu verpflichtet werden,

soweit man es kann, den Leistungs- und Gegenleistungstransfer auch sicherstellen zu können.

(C)

Wenn der parlamentarische Wille war, dass die Beträge heruntergefahren werden, erwarte ich heute von hier aus, und das hat die SPD-Fraktion schon vor langem erklärt, dass auch die anderen Landesparlamentarier darauf hinwirken, dass Radio Bremen beim Leistungs- und Gegenleistungsbereich geholfen wird. Unter der Prämisse ist damals auch der Beschluss einstimmig gefasst worden. Aus dieser Verantwortung hat sich Bremen nicht hinausgestohlen, und es dürfen sich dort auch die anderen Parlamentarier der Länder nicht hinausstellen.

Wenn man sich die Mühe macht, einmal nachzuvollziehen, seit wann es die Debatte um die kleinen Anstalten in den Berichten der KEF-Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs eigentlich gibt: Im zehnten Bericht, das ist also schon ziemlich lange her, weil wir heute den 14. Bericht vor uns haben, kommen ähnliche und gleiche Textpassagen zum Vorschein, die sinngemäß formuliert sind, die ARD ist als Gesamtanstalt und muss als Gesamtanstalt in der Lage sein, die Finanzprobleme der kleinen Anstalten lösen zu können. Auch der 14. Bericht, der aktuell vorgelegte Bericht, sagt es wieder: Die kleinen Anstalten sind wichtig für die Verschiedenheit des gemeinsamen Systems, und die ARD als Gesamtanstalt muss und ist in der Lage, die Probleme bei Leistung und Gegenleistung lösen zu können. Sie sehen daran, dass es also auch für die KEF immer wieder ein wichtiger Punkt ist, der eben im Rechnungshofbericht nicht vorkommt. Für die KEF ist es ein wichtiges Signal, wir akzeptieren das Abschmelzen, und im gleichen Moment erwarten wir aber, dass die ARD-Anstalten Radio Bremen helfen.

(D)

Wenn man das wiederholt, was mein Fraktionsvorsitzender in Bremerhaven schon gesagt hat, dann ist noch einmal zu betonen, dass Radio Bremen und das Saarland die größten personellen Einsparmaßnahmen in der ARD bringen. Ich glaube, das macht Radio Bremen nicht, weil dort jemand Spaß daran hat, etwas herunterzufahren und Personal freizusetzen, und wir haben auch kein Interesse, dass am Ende keiner mehr da ist, der für uns ab 2006 Programm macht. Insoweit will ich sagen, Radio Bremen bemüht sich sehr stark, auf seinem Sektor Kosten zu sparen. Diese Spareffekte haben die anderen öffentlich-rechtlichen Anstalten noch nicht annähernd erreicht. Nun ist es nicht mein Ziel, hier heute zu erklären, es wäre schön, wenn alle 20 Prozent abbauen, und dann wird das Programm schon klappen. Das geht nicht, denn wenn man abbaut, verliert man auch an Qualität.

Bei Radio Bremen, ich glaube, da sind wir uns auch alle einig: Wenn noch mehr Personal abgebaut werden müsste, um zur Finanzierung des Senders beizutragen, wird irgendwann auch das Programm noch nachhaltiger darunter leiden, als es vielleicht jetzt schon leidet. So ist es für uns als SPD-Fraktion wich-

(A) tig, und ich will da die anderen Punkte nicht alle wiederholen, die Frau Stahmann und Herr Strohmann erwähnt haben, für uns politisch wichtig, dass die ARD innerhalb ihres gesamten öffentlich-rechtlichen Systems den Leistungs- und Gegenleistungsbereich finanziell sicherstellt.

Eines muss sich die ARD als öffentlich-rechtliche Anstalt vor Augen führen: Es gibt noch eine Einheitsgebühr, und diese Einheitsgebühr wäre gefährdet, wenn die ARD nicht in der Lage wäre, diese Probleme, die in Prozenten auf das Ganze eigentlich gar nicht zu messen sind, innerhalb der ARD nicht zu lösen. Insoweit hat die ARD aus der Sicht, glaube ich, aller Parlamentarier hier im Hause noch genug zu tun, um die kleinen Anstalten entsprechend finanziell absichern zu können.

Für uns als Fraktion ist der Bericht, ich habe es anfangs gesagt, eine gute Lektüre dessen, was wir politisch schon länger hier diskutiert haben. Den Strukturhilfereich hat Frau Stahmann angesprochen, da gilt das, was die SPD-Fraktion hier schon länger erklärt hat, wir stützen Radio Bremen bei den Strukturmaßnahmen, die nötig sind.

(B) Zum Abschluss dieser Debatte will ich nur ganz kurz auf die aktuelle Rundfunkgebühr hinweisen, die ich nur streifen möchte. Ich begrüße die Resolution des NDR-Rundfunkrates und –Verwaltungsrates, der die Länder nachhaltig auffordert, der Rundfunkgebührenerhöhung zuzustimmen. Herr Plog hat in dieser Woche in der Direktorenkonferenz klar gesagt, wir sind bereit, auch an bestimmten Prozessen, die die drei Ministerpräsidenten zum Vorschein gebracht haben, mitarbeiten zu können. Deswegen begrüße ich sehr stark und wünsche ich mir das auch, aus Radio Bremen heraus die Unterstützung zu bekommen, dass die Parlamentarier im Lande die Strukturdebatte, die man nötigerweise führen soll, von der Rundfunkgebührendebatte zu trennen, denn für uns ist es nicht nur lebenswichtig für Radio Bremen, sondern ich glaube, dass bei einer tiefer gehenden Debatte um die Gebühren und des Auseinanderdividierens der öffentlich-rechtlichen Anstalten auch eine Gefahr bestehen könnte, dass die ARD als Gesamtheit gefährdet ist. Soweit mein Beitrag für die SPD Fraktion! – Herzlichen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Das Wort hat der Abgeordnete Strohmann.

Abg. **Strohmann** (CDU)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Eben war ich neutraler Berichterstatter, und jetzt spreche ich für die CDU-Fraktion. Ich will nur auch ein paar kurze Anmerkungen machen zu der ganzen Gefechtslage. Wir haben jetzt auch gehört, wie die Zahlen und die Fakten sind,

*) Vom Redner nicht überprüft.

aber letztlich wird es mehr oder weniger politisch entschieden, ob auf Ministerpräsidentenebene, auf Länderparlamentsebene oder auch auf Intendantenebene. Es sind doch politische Entscheidungen und nicht immer kaufmännische oder betriebswirtschaftliche Entscheidungen, denn dann hätte ich wirklich jetzt keine Hoffnungen mehr. Aber weil man ja weiß, wie solche Entscheidungen laufen, bin ich doch optimistisch, dass nach dem ganzen Wahlkampfgetöse, was natürlich auch eine Rolle spielt in einigen Bundesländern, ob das Nordrhein-Westfalen oder auch Sachsen ist, dass man hoffentlich danach dann wieder zu einer sachgerechten Diskussion kommen wird, dass man die Gebührenerhöhung auch abkoppelt von der Strukturverbesserung der einzelnen ARD-Anstalten.

Eines ist auch klar, wir pochen immer darauf, dass Radio Bremen ein Bestandteil des föderalen Rundfunksystems innerhalb der Bundesrepublik Deutschland ist. Das ist, glaube ich, ein gutes Argument, was bei den anderen auch greift, denn wenn zum Beispiel der Bayerische Rundfunk oder auch der WDR oder wer auch immer, das ist jetzt keine parteipolitische Gewichtung, sondern mehr eine landsmännische Gewichtung, Radio Bremen oder den Saarländischen Rundfunk in Frage stellen, stellen sie auch ihre eigene Rundfunkanstalt mit in Frage und das gesamte föderale System. Der einzige Weg wäre dann eine zentral geführte ARD, die müsste dann auch umbenannt werden, denn ARD heißt ja Arbeitsgemeinschaft der Rundfunkanstalten Deutschlands. Von daher habe ich wieder Hoffnung, dass wir da etwas hinbekommen.

Ich habe auch zur Finanzlage, speziell für Bremen, große Hoffnungen, dass wir mit dem Umzug, wie er dann auch immer aussehen wird, wie er uns gelingen wird, es wird ja alles sehr knapp, da noch einen Strukturschub bekommen, dass wir eine moderne oder die modernste Rundfunkanstalt dann in der Bundesrepublik Deutschland haben und somit auch noch Synergieeffekte in den Produktionskosten erwirtschaften können. Eines ist klar, Radio Bremen wurde im KEF-Bericht sehr gelobt für die Umstrukturierung, für die Kostenersparnisse, sie haben ja einen Großteil innerhalb der ARD geleistet, das sind aber absolute Zahlen. Das zeigt aber auch, dass Radio Bremen in den letzten Jahren oder Jahrzehnten auf einem relativ hohen Level war.

Wenn man sich den KEF-Bericht ein bisschen genauer ansieht und auf Sendeminuten und solche Sachen eingeht, ich will das jetzt nicht bewerten, denn man muss da ein bisschen vorsichtig sein und das relativieren – glaube keiner Statistik, die du nicht selbst gefälscht hast –, aber selbst wenn nur die Hälfte stimmt, sehe ich da noch Potenziale, wirklich auch ohne das Programm zu beeinträchtigen, Kostenminderung hinzubekommen und wirklich effektiver zu arbeiten, gerade im digitalen Bereich, ob das jetzt im

(C)

(D)

(A) Hörfunk ist oder auch im Fernsbereich, kann man im Digitalbereich ungemein Arbeitersparnis – –.

(Zuruf der Abg. Frau S t a h m a n n
[Bündnis 90/Die Grünen])

Ich sage, wenn das dann so in dem neuen Funkhaus mit der ganzen Technik, wo es dann immer sein wird, passiert ist, dann sehe ich da noch große Einsparpotenziale, dass diese Differenz, die der Rechnungshof auch dargestellt hat, dann auch trotz des geminderten Finanzausgleichs dargestellt werden kann und wir dann in eine vernünftige Zukunft für Radio Bremen schauen können.

Ich glaube, dass dann Radio Bremen auch als Pilotprojekt für andere Rundfunkanstalten gelten kann, und dann müssen wir einmal sehen, in welcher Position wir dann sind. Es wird wahrscheinlich nicht die letzte Diskussion über Radio Bremen oder die Struktur kleiner Rundfunkanstalten sein. – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Das Wort hat Herr Bürgermeister Dr. Scherf.

(B) **Bürgermeister Dr. Scherf:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir machen das ja nun schon zum wiederholten Male, dass wir uns hier im Parlament den Kopf zerschlagen über Radio Bremen und über die schwierigen Verhandlungen mit den Gebühren und mit dem Ausgleich. Ich finde gut, was Frau Stahmann gesagt hat, dass sie da inzwischen auf ihrer Ebene die grünen Landtagsfraktionen gewonnen hat, hoffentlich alle, die in NRW ist ganz wichtig. In Bayern kommt es nicht auf sie an, aber in NRW kommt es auf sie an.

Ich wünsche uns allen, dass auch die Fraktionen der großen Koalition gleichermaßen erfolgreich sind. Wenn Sie das schaffen, dann ist das ein richtiger Schritt, das ist eine große Hilfe, dann danke ich richtig dafür. Alle wissen, dass das eine mühselige und schwierige Arbeit ist, denn da hat man mit Wahlkämpfern zu tun, und die glauben, ausgerechnet an diesem Punkt schwierige Wahlentscheidungen beeinflussen zu können. Trotzdem ist es richtig, dass wir auf dieser Schiene fahren.

Wir machen parallel Anstrengungen um die Selbständigkeit des Landes. Sie wissen alle, wie eng diese beiden Fragen miteinander verbunden sind. Ich weiß nicht, ob Sie diese Woche in der „FAZ“ gelesen haben, wie mein Kollege Stoiber sich über die Selbständigkeitsfrage und die Neuregelungsfrage äußerte. Das war eine gute Rückmeldung. Nun hört er endlich auf, von der Zusammenlegung von Bundesländern zu reden. Er fragt, was macht eigentlich der Bund, wenn es nachher zwei Bundesländer gibt? Dann haben wir den Bund gar nicht mehr nötig. Ich

find das eine gute Unterstützung unserer eigenen Argumentation. Wir sind in der gegenwärtigen Struktur auch so etwas wie die Voraussetzung dafür, dass es überhaupt den Bund und die Bundeskompetenzen gibt. Man kann diesen Föderalismus auch über Gleichschalterei der Länder abschaffen.

Das Gleiche kann man übertragen auf die ARD-Landschaft, und ich denke, dass wir auf dieser Basis zuversichtlich über die Selbständigkeit, sowohl des Landes wie des Senders, auf diese Auseinandersetzung zugehen können, auch nicht immer defensiv argumentieren müssen. Das fände ich nicht gut, wenn wir uns immer wieder entschuldigen und immer als diejenigen, die nun eine Last sind für die anderen, auftreten, sondern ich finde, wir sollten uns alle in diesen schwierigen Vermittlungen und schwierigen Verständigungsrunden couragiert auf die vitale und gut begründete Rolle, die historisch gewachsen ist, und die wir leben, besinnen und vom Erfolgsmodell der ARD und vom Erfolgsmodell des Föderalismus reden. Wenn wir diese Zuversicht ausstrahlen, da bin ich optimistisch, kommt es nicht zu Killermentalitäten in anderen Ländern.

Wenn das klar ist, dann müssen wir Fairness einfordern und sagen, wenn wir uns auf diese Struktur verständigt haben, dann muss es einigermaßen fair zugehen. Da ist der KEF-Bericht, da teile ich alles, was Sie gesagt haben, eine gute Basis. Das ist auch eine Leistung, das ist eine Radio-Bremen-Leistung. Das war früher ganz anders. Die haben sich richtig Reputation und Renommee erarbeitet beim Sender und haben einen großen Verbündeten gewonnen, nämlich die Gutachter, die über die Gebührenstrukturen zu befinden haben, und die sind zurzeit alternativlos. Auch unser Landesrechnungshof hat keine prinzipielle Gegenposition zu diesem KEF-Gutachten, sondern eher eine Unterstützungsposition. Wir sind gut begründet, wir müssen uns nicht fürchten. Wir müssen uns nicht als Ertappte darstellen.

Auf dieser Basis setze ich an und versuche, alles zu tun, klar – das wissen Sie auch, da müssen wir uns gar nicht immer wieder in die Hand versprechen, dass wir das tun –, damit es zu einer erfolgreichen nächsten Gebührenerhöhungsrunde kommt, und setze darauf, dass das die Basis ist für die von der ARD zugesagte 64-Millionen-Euro-Strukturhilfe, die die Voraussetzung ist für unseren Neubau, und der Neubau ist wieder Voraussetzung dafür, dass wir überhaupt mit unseren Kostenstrukturen und mit unseren Programmstrukturen mithalten können. Wir können so vielleicht sogar Motor sein, dass in einer solchen schwierigen Strukturanpassung, in einer solchen schwierigen Lage zusätzliche Energien frei werden, die eben belegen, dass das auch für die anderen attraktiv ist.

Weil ich sonst so stöhne über den Landesrechnungshof: Lieber Herr Spielhoff, ich finde es gut, dass Sie in einem solchen Prozess Argumente mit zusammentragen, das ist eine Unterstützung. Es ist immer

(C)

(D)

(A) schwierig, wenn die Kiste schon gelaufen ist und wir Rechtfertigungsschlachten gegeneinander führen. Man kann sowieso nichts mehr ändern, man kann nur noch Schwarzer-Peter-Spiele veranstalten. In diesem Fall hat der Rechnungshof sich wirklich eingeschaltet mit diesem Gutachten und hat den Parlamentariern, aber auch dem Senat und allen, die uns darüber hinaus begleiten, belastbare Argumente zusammengetragen, dafür wollte ich danken.

Das ist hier keine Begräbnisveranstaltung, das ist hier nicht auf Raten das Beerdigen der Selbständigkeit des Senders, sondern wir kämpfen uns, couragiert aufeinander verlassend, in dieser mühseligen Schlacht durch, und ich bin optimistisch, dass wir das sowohl für das Radio-Bremen-Projekt als auch für die Selbständigkeit des Landes auch in Zukunft für unsere Kinder und Kindeskiner mit positiven Ergebnissen angehen können. Ich bin nicht resigniert, ich bin nicht enttäuscht, ich lasse die Ohren nicht hängen, sondern ich bin zuversichtlich, dass wir das schaffen und dass wir sogar ein Stück dabei besser geworden sind. Das ist meine tiefe Überzeugung. – Danke schön!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

(B) Damit ist die Beratung geschlossen.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Sonderbericht des Rechnungshofs gemäß Paragraph 99 Landeshaushaltsordnung über die wirtschaftliche und finanzielle Situation Radio Bremens und dem Bericht des Ausschusses für Informations- und Kommunikationstechnologie und Medienangelegenheiten Kenntnis.

Solidarität mit der Lloyd-Werft in Bremerhaven!

Antrag des Abgeordneten Tittmann (DVU)
vom 19. Januar 2004
(Drucksache 16/118)

Wir verbinden hiermit:

Unterstützung der Lloyd-Werft in Bremerhaven

Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD
und Bündnis 90/Die Grünen
vom 28. Januar 2004
(Drucksache 16/130)

Dazu als Vertreter des Senats Bürgermeister Perschau.

Meine Damen und Herren, die gemeinsame Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Tittmann. (C)

(Vizepräsidentin Dr. Trüpel übernimmt den Vorsitz.)

Abg. **Tittmann** (DVU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kastendiek ist zwar nicht da, aber er kann das ja im Protokoll nachlesen. Herr Kastendiek hat lauthals erklärt, dass ich es nicht wert bin,

(Abg. Frau Wiedemeyer [SPD]:
Recht hat er!)

dass man sich mit mir überhaupt auseinander setzt und mit mir redet. Allein diese Aussage von ihm ist eine Frechheit und zudem auch noch sehr undemokratisch. Komisch – nun sollen die SPD-Genossen auch einmal zuhören! –, ich dachte immer, dass die Zeiten wertlosen, würdelosen und unwerten Lebens schon längst vorbei wären. Die wollen wir doch nicht noch einmal wieder haben, nicht wahr, Herr Kastendiek oder meine lieben Kollegen hier?

Anscheinend ist Herr Kastendiek sich aber nicht zu schade dafür oder fähig, sich mit mir insofern auseinander zu setzen, als er sowie auch andere so genannte demokratische Vertreter meine Anträge einfach abschreiben und hier in einer etwas veränderten Form als eigenen Antrag, natürlich verspätet, einbringen, der heute dann natürlich nach alten Machenschaften, wie so oft, auch zuerst behandelt wird. (D)

Ich kann Sie da aber beruhigen, meine Damen und Herren! Wohlwissend Ihrer undemokratischen Machenschaften wurde dieser Antrag schon von mir hundertfach an die Belegschaft der Lloyd-Werft verteilt. Da kann Radio Hanoi – Entschuldigung, Radio Bremen! – in seinen Sendungen noch so oft berichten: Grüne, CDU, SPD für Solidarität mit der Lloyd-Werft. Die Belegschaft weiß schon lange, wem sie diese Solidarität beziehungsweise diesen Antrag, der zuerst eingebracht worden ist, zu verdanken hat. Da müssen Sie also schon früher aufstehen!

Hinzufügen möchte ich noch, dass die Medienvertreter, Redakteure, vielleicht auch wegen ihrer einseitigen Berichterstattung heute die Folgen einer von Ihnen jahrelang propagierten Politik in Form von arbeitsmäßigen, unsozialen Einschnitten persönlich zu spüren bekommen. Das wird erst der Anfang sein, denn weitere große, unsoziale Einschnitte auch im Presse- oder Medienwesen werden kommen, dessen können Sie sich zu 100 Prozent sicher sein.

Meine Damen und Herren, es ist doch gut und wichtig, dass es die Deutsche Volksunion in Bremen und Bremerhaven in den politischen Gremien gibt. Natürlich wird die hiesige Presselandschaft, und hier insbesondere die Bremerhavener einseitige Familiencomiczeitung, wieder einmal nicht darüber berich-

(A) ten, dass die Deutsche Volksunion – und das nachweislich! – durch unzählige DVU-Anträge als einzige wahre Oppositionspartei konsequent und rigoros die wirklichen Sorgen und Nöte der Bremer und Bremerhavener Bevölkerung vertritt und dass es wieder einmal die DVU gewesen ist, die als Erste die politische Initiative ergriffen hat, damit das hier ein für alle Mal klar ist!

Sofort, als ich von dem schrecklichen Unglück auf der Bremerhavener Lloyd-Werft erfahren habe, war mir vollkommen klar, dass nur durch konsequentes Handeln der Deutschen Volksunion die Bremische Bürgerschaft sowie die Stadtverordnetenversammlung in Bremerhaven bewegt werden können, sich überhaupt mit dem schrecklichen Schicksal der Lloyd-Werft und mit den Beschäftigten parlamentarisch zu befassen.

(Zurufe)

Ja, das ist doch nachweislich! Da können Sie lachen, wie Sie wollen. Sehen Sie sich einmal das Datum an, wann welcher Antrag eingebracht worden ist! Das ist doch klar und eindeutig.

(B) Siehe da, die ersten Erfolge der DVU wurden schon deutlich sichtbar, denn Vertreter der SPD, der CDU und vom Bündnis 90/Die Grünen haben sich wieder einmal mehr als politische Mitläufer demaskiert! Sie haben meinen Antrag, der nachweislich zuerst hier eingebracht worden ist, leicht verändert, abgeschrieben und verspätet in die Bürgerschaft eingebracht. Das macht aber nichts, denn mir als Vertreter der Deutschen Volksunion geht es nämlich nicht um die Urheberschaft, sondern einzig und allein um das Schicksal der Menschen, um die Werft, um Bremerhaven und um die Region!

Meine Damen und Herren, die Folgen des Unglücks der Pride of America sind bei weitem nicht absehbar. Die Frage, wie die Lloyd-Werft die Tragödie übersteht, kann noch keiner beantworten. Gerade deswegen brauchen die Menschen in Bremerhaven ein deutliches Zeichen der Politik. Die Deutsche Volksunion erklärt hier und heute deutlich und ausdrücklich ihre uneingeschränkte Solidarität mit den Betroffenen, und ich übermittele Ihnen auch die uneingeschränkte Solidarität des Bundesvorsitzenden der DVU, Herrn Dr. Frey.

(Senator E c k h o f f : Nicht, dass das Schiff gleich ganz absinkt!)

Es gibt folgende Gefahren für die Lloyd-Werft: Erstens, in welcher Höhe kommt die Versicherung für den Schaden auf, zweitens, welchen Endabnahmepreis zahlt die Reederei noch, drittens, welche Vertragsstrafe muss die Werft bei einer verspäteten Ablieferung zahlen, und viertens, sind alle EU-Auf-

lagen erfüllt, oder kann der Wettbewerbskommissar noch Rückforderungen stellen?

(C)

Meine Damen und Herren, Sie sehen, die Lloyd-Werft befindet sich in sehr schwierigem Fahrwasser. Deshalb braucht sie hier und heute ein Zeichen der Politik, denn wenn die Lloyd-Werft nach diesem Vorfall ihre Arbeit einstellen müsste, wäre das für Bremerhaven und die Region eine Katastrophe. Außerdem würde der volkswirtschaftliche Schaden, der Nebeneffekt, durch eine Arbeitslosigkeit von zirka 500 direkt betroffenen Beschäftigten und sehr vielen unzähligen Menschen bei den Zulieferfirmen in Bremerhaven und in der Region viel größer, als wenn der Staat direkt hilft. Das gilt allerdings nicht nur für die Bremer Landesregierung, das gilt gleichermaßen für die Landesregierung in Hannover, denn es arbeiten zwar sehr viele Menschen auf der Lloyd-Werft in Bremerhaven, wohnen aber in Niedersachsen und zahlen dort ihre Steuern. Es kann nicht für die niedersächsische Landesregierung gelten: in guten Zeiten kassieren, aber in schlechten Zeiten nicht helfen! Wenn Sie meinem Antrag zustimmen, und das sollten Sie uneingeschränkt, geben Sie diesen Menschen auf der Werft ein deutliches, solidarisches, spürbares Signal, ein deutliches, solidarisches Zeichen der Politik!

(D) Meine Damen und Herren, es waren doch – gleich können Sie lachen, meine Damen und Herren von den Sozialdemokraten! – sonst immer die Sozialdemokraten, die durch unfähige politische Entscheidungen skandalös unangenehm aufgefallen sind. Ich erinnere hier nur einmal an den Bremer Vulkan mit Ihrem unfähigen SPD-Apotheker Herrn Hennemann, von dem sehr viele Sozialdemokraten heute behaupten, ihn gar nicht gekannt zu haben, des Weiteren an die AG „Weser“, die Rickmers-Werft in Bremerhaven und so weiter. Diese Werften haben die so genannten Arbeitervertreter, die Sozialdemokraten, niederträchtig und unverantwortlich zerstört. Dafür tragen Sie, meine Damen und Herren von den Sozialdemokraten, die alleinige politische Verantwortung. Damit haben gerade Sozialdemokraten Menschen, Arbeiter, in Not und Elend, in die Arbeitslosigkeit geschickt. Daran sollten Sie denken!

Bei der Lloyd-Werft in Bremerhaven hat sich ein schwerer Unfall ereignet. Machen Sie also nicht wieder den gleichen kaltherzigen Fehler von damals, verweigern Sie nicht Ihre Hilfe! Die Menschen auf der Werft in Bremerhaven und in der Region brauchen gerade jetzt Ihre solidarische Unterstützung, Ihre Hilfe. Die Menschen warten auf ein deutliches Zeichen der Politik. Die Deutsche Volksunion ist dazu bereit. Stimmen Sie also diesem DVU-Antrag zum Wohl dieser Menschen und im Interesse der Stadt Bremerhaven und der Region uneingeschränkt zu! Darüber hinaus werde ich das Protokoll dieser Sitzung eigenhändig kopieren und eigenhändig nachts, mittags und abends zum Schichtbeginn – der An-

(A) trag ist ja schon verteilt – an die Beschäftigten der Lloyd-Werft verteilen.

(Abg. D r . G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Auf Sie haben die gerade gewartet!)

Wer mich kennt, der weiß, dass ich das machen werde und auch schon gemacht habe.

Vizepräsidentin Dr. Trüpel: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Bödeker.

Abg. **Bödeker** (CDU): Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen, meine sehr geehrten Herren! Es fällt immer schwer, nach Redebeiträgen des Abgeordneten Tittmann hier das Wort zu ergreifen. Es ist in Teilen wirklich nicht mehr zu überbieten!

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. T i t t m a n n [DVU])

(B) In der Nacht zum Mittwoch, dem 14. Januar, ist bei der Lloyd-Werft in Bremerhaven an der Ausrüstungskaje das Kreuzfahrtschiff Pride of America nach Wassereinbruch gesunken, drei Decks sind überflutet, einschließlich Maschinenraum. Ein dramatischer Unfall, der sich in Bremerhaven natürlich durch tiefe Betroffenheit der Beschäftigten, der Zulieferer, aber auch der gesamten Bevölkerung bemerkbar gemacht hat! Insofern ist es noch schlimmer, als hier ein Abgeordneter der DVU versucht, und das ist wirklich ein primitiver Versuch, mit den Ängsten der Menschen in Bremerhaven politisches Geschäft zu machen. Dafür sollte sich Herr Tittmann schämen!

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Herr Tittmann sollte sich aber nicht nur deswegen schämen. Herr Tittmann sollte auch Nachhilfestunden nehmen, damit er endlich einmal Anträge schreibt, die zumindest zu diskutieren sind, und Anträge schreibt, die behandelt werden könnten. Dieser Antrag ist es nicht. Er hat vollkommen vergessen, den Senat aufzufordern, und das ist etwas, was wir in unserem Antrag machen, weil es natürlich vernünftig ist.

Ich bin den Kolleginnen und Kollegen der SPD und den Kolleginnen und Kollegen vom Bündnis 90/Die Grünen außerordentlich dankbar, dass wir einen gemeinsamen Antrag stellen,

(Abg. T i t t m a n n [DVU]: Abgeschrieben! Abgeschriebenen Antrag!)

in dem wir den Senat auffordern, alles zu unternehmen, um den Betroffenen zu helfen.

(C) Jetzt komme ich zu einem Punkt, und das ist eben genau das Ärgerliche: Ich weiß nicht, wie lange Herr Tittmann hier noch im Parlament sitzen wird.

(Zuruf des Abg. T i t t m a n n [DVU])

Hier ist ohne DVU über Probleme der Werften diskutiert worden, hier sind erhebliche Hilfen beschlossen worden. Hier hat der Senat erhebliche Hilfen für Bremerhaven und für den Werftenstandort Bremen geleistet, und wir werden in diesem Hause mit Sicherheit auch noch dann über Werften und Werftenstandorte diskutieren, wenn die DVU schon lange vergessen ist.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

(D) Meine sehr geehrten Damen, meine sehr geehrten Herren, die Lloyd-Werft hat in den letzten Jahren schwere Zeiten durchgemacht, sie hat aber auch Erfolge erzielt. Die schweren Zeiten waren natürlich der Vulkan-Konkurs. Am 23. Februar 1996 musste die Lloyd-Werft Vergleich beantragen. Im April 1997 konnte mit Befriedigung der letzten Gläubiger der Vergleich abgeschlossen werden. Drei Geschäftsführer der Lloyd-Werft haben große Verantwortung auf sich genommen, um die Lloyd-Werft weiterzuführen, und ich bin mit dem Betriebsratsvorsitzenden Klaus Rosche vollkommen einig, dass auch erhebliche Leistungen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf der Lloyd-Werft dazu beigetragen haben, die Lloyd-Werft weiterzuführen.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Ich will hier nur einige Stichworte nennen, und auch das darf man nicht vergessen, wenn es zu einem Unglücksfall gekommen ist, von dem wir noch gar nicht bewerten können, welche Ursachen eigentlich vorliegen. Repariert worden sind die Brandenburg, der Ausbau der Costa Victoria ist jedem noch in Erinnerung, Fantasia, Fiesta, Norway, dann die Verlängerung von drei Kreuzfahrtschiffen im schwimmenden Wasser mit Sektionen, die eingeführt worden sind, zweimal mit 39,8 Metern, einmal mit 33,6 Metern, eine Leistung der Lloyd-Werft, bei der weltweit hohe Achtung erfolgt ist! Norwegian Sky, Polarstern, alles Erfolge der Lloyd-Werft, und jetzt dieser dramatische Unfall!

Wir wissen natürlich, und der Senator wird es sicher auch gleich noch erläutern, dass zwischen Senat, Werftführung, dem Reeder, den Versicherungen und den Banken Gespräche geführt werden. Wir warten ab, welche Ergebnisse dabei herauskommen, aber eines ist wichtig, und ich denke, da spreche ich für alle drei Fraktionen: dass Hilfen getätigt werden müssen!

(A) Wir wissen auch, dass bei der Bergung noch große Gefahren entstehen können, und wir wissen, dass das Bergungsunternehmen hier sehr vorsichtig arbeitet, dass sich die Ablieferung verzögern wird, und wir hoffen, dass der Lloyd-Werft kein großer Schaden entstehen wird, weil der Werftenstandort in Bremerhaven auch für die Stadt Bremerhaven ein wesentlicher und wichtiger Wirtschaftsfaktor ist und weil die Zulieferer erheblich mit darunter leiden werden. Insofern ist der Antrag, den wir hier heute eingebracht haben, der Richtige, weil er den Senat auffordert, etwas zu tun. Aber wir wissen alle, dass Senator Hattig als ehemaliger Wirtschaftssenator und jetzt auch Senator Perschau genau die Problematiken kennen, dass der Gesamtsenat natürlich auch weiß, welche Probleme in Bremerhaven bei Schwierigkeiten im Werftbereich entstehen. Insofern müssen wir alle hoffen, dass die Auswirkungen nicht zu dramatisch werden, und alles Erdenkliche tun, damit die Arbeitsplätze in Bremerhaven und im Land Bremen erhalten werden können. – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Trüpel: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Breuer.

(B) Abg. **Breuer (SPD)***): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Lassen Sie mich vielleicht zunächst einmal ein paar Bemerkungen zu Herrn Tittmann machen, der hier eine Rede gehalten hat, in der er zwischendurch zweimal behauptet hat, es diene den Beschäftigten, den Kolleginnen und Kollegen der Lloyd-Werft. Wenn ich das aber einmal zusammenfassen darf, hat er sich zunächst einmal drei Minuten permanent begeistert auf die Schulter geschlagen, weil er einen Antrag eingebracht hat, der mit einem etwas früheren Datum versehen ist als der Antrag, den CDU, SPD und Grüne eingebracht haben. Ich glaube, das lässt die Kollegen auf der Lloyd-Werft ziemlich kalt, ob Sie es geschafft haben, ein etwas früheres Datum einzusetzen als bei dem, was wir hier gemacht haben.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Das Zweite, das Sie hier gemacht haben, finde ich viel schlimmer. Herr Bödeker hat sich sehr vorsichtig ausgedrückt, und wenn Sie die Zeitung gelesen haben, haben Sie verfolgen können, dass die Werftleitung im Einvernehmen mit dem Betriebsrat eine Informationssperre verhängt hat. Das machen sie nicht, weil sie etwas zu verbergen haben, sondern weil sie vermeiden möchten, dass in dieser schwierigen Situation der Werft permanente Spekulationen stattfinden, wie ich heute zum Beispiel in der „Welt“ gelesen habe. Das ist das, was schadet, und genau das haben Sie hier gemacht, Herr Tittmann. Sie spe-

*) Vom Redner nicht überprüft.

kulieren über bestimmte Risiken, über das Ende der Werft, über EU-Beihilfen, ob das alles richtig gewesen ist oder nicht. Darüber spekulieren Sie, und damit schaden Sie den Kolleginnen und Kollegen auf der Lloyd-Werft.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Am Ende haben Sie sich dann noch über den Vulkan-Verbund ausgelassen, der jetzt mit der aktuellen Situation der Lloyd-Werft nichts mehr zu tun hat.

(Zuruf des Abg. **T i t t m a n n** [DVU])

Allerdings will ich da noch hinzufügen, dass die Lloyd-Werft es geschafft hat, auch mit Unterstützung der Landesregierung und mit Unterstützung der Sozialdemokraten, die damals im Senat, in der Bürgerschaft und in der Stadtverordnetenversammlung sowie im Magistrat gewesen sind, in dieser schwierigen Zeit heraus aus dem Vergleich, aus dem Konzern und wieder eigenständig es zu schaffen, Schiffe kostendeckend umzubauen, zu reparieren und teilweise auch neu zu bauen.

Auch diese Spekulation und Beschimpfung von Herrn Hennemann, das glauben Sie doch, das interessiert die Kollegen heute in Bremerhaven nicht mehr, die auf den Werften arbeiten! Das hilft ihnen auch nicht. Von daher, Herr Tittmann, verteilen Sie Ihr Protokoll,

(Zuruf des Abg. **T i t t m a n n** [DVU])

damit die Kolleginnen und Kollegen auf der Lloyd-Werft, wenn sie überhaupt Lust haben, Ihre Pamphlete zu lesen, da wird sich die Begeisterung, glaube ich, in Grenzen halten, einmal sehen, welchen Unsinn Sie hier im Landtag verzapfen und wie Sie eigentlich den Kolleginnen und Kollegen aus populistischen Gründen, um sozusagen Ihre eigene Partei nach vorn zu spielen, am Ende schaden und nicht Arbeitsplätze sichern, sondern durch Ihr unsinniges Tun gefährden!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Ich will noch einmal ein paar Worte, mein Kollege Bödeker hat es schon gemacht, zu der Lloyd-Werft und der Situation sagen und auf die Bedeutung dieser Werft für Bremerhaven, für das Land und für die Region hinweisen. Wir haben uns in den letzten Jahren mit Freude daran gewöhnt, dass die Lloyd-Werft spektakuläre Umbauten und Reparaturen durchgeführt hat, dass sie große Passagierschiffe auseinander geschnitten hat, neue Stücke dazwischen gesetzt hat, und anschließend liefen wunderschöne Kreuzfahrtschiffe in Bremerhaven aus dem Dock, durch die Schleuse, dann auf die Weser und in das Meer hinaus. Darauf waren die Kolleginnen und Kollegen

(C)

(D)

(A) stolz, und ich habe immer das Gefühl gehabt, wenn so ein Schiff fertig wird, ist ganz Bremerhaven stolz darauf, als wenn wir alle daran mitgemalt oder mitgewerkelt hätten. Das war für das Image und das Selbstbewusstsein dieser Stadt, dass wir es wieder geschafft haben, insbesondere natürlich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf der Lloyd-Werft. Solch einen hervorragenden Betrieb mit solch hervorragenden Produkten aus Bremerhaven zu haben, darauf waren alle stolz.

Ganz praktisch ist es so, dass auf der Lloyd-Werft etwa 500 Festbeschäftigte sind, aber in Zeiten, in denen große Aufträge da waren, sind teilweise mehr als 2000 Menschen in Bremerhaven auf dieser Werft in Arbeit. Damit ist sie einer der größten und wichtigsten Arbeitgeber in dieser Stadt. Diese Lloyd-Werft sorgt mit ihren Aufträgen natürlich auch dafür, dass viele kleine und mittlere Betriebe in Bremerhaven und in der Region Arbeit bekommen und davon profitieren. Wir reden im Moment nur über die eine Werft, wir haben noch eine zweite, aber es geht heute um die Lloyd-Werft. Ich erwähne das, weil ich weiß, dass es zwischen den beiden Werften Empfindlichkeiten gibt, und wenn ich mich heute ausdrücklich nur mit der Lloyd-Werft beschäftige, heißt das nicht, dass mich die andere Werft, die Schichau-Seebeck-Werft, nicht interessiert.

(B) Diese Lloyd-Werft hat nicht nur für die Arbeitsplätze eine große Bedeutung für Bremerhaven, sondern ist in den letzten Jahren auch ein großer Imagefaktor geworden. Das, was dort auf der Lloyd-Werft gemacht worden ist, ist nicht nur in Bremerhaven, Bremen, Langen und Schiffdorf zur Kenntnis genommen worden, sondern weit über die Region hinaus hat man in Deutschland immer positive Leistungen der Lloyd-Werft zur Kenntnis nehmen können. Das Image der Lloyd-Werft ist nicht nur in Deutschland, sondern weltweit positiv.

Jetzt haben wir zum ersten Mal seit langem dieses Unglück zur Kenntnis nehmen müssen, das natürlich alle in Bremerhaven und in der Region sehr betroffen gemacht hat. Deshalb bin ich auch froh darüber, dass wir gemeinsam, CDU, Grüne und SPD, hier einen Antrag verabschieden, der deutlich macht, dass der Landtag zu dieser Werft und den Arbeitsplätzen steht, dass wir alles tun werden, wenn es erforderlich sein wird, dazu beizutragen, dass diese Arbeitsplätze und der Betrieb für die Zukunft erhalten bleiben können und solch eine positive Arbeit auch in den nächsten Jahren abliefern können.

Wir wissen alle, darüber braucht man nicht groß zu reden, dass, wenn so etwas passiert, es unterschiedliche Probleme gibt. Es gibt nicht nur das Problem, dass das Schiff noch immer nicht wieder arbeitsfähig an der Kaje liegt, sondern es immer noch voll Wasser ist. Es gibt die große Schwierigkeit, wie bekommt man das Schiff wieder heraus. Wir können noch nichts über die Schäden sagen. Wir brauchen in der Öffentlichkeit darüber überhaupt nicht

zu spekulieren, welche Probleme da im Einzelnen entstehen können, sondern wir müssen ein Stück weit darauf setzen, dass jetzt die Beteiligten, die Werftleitung, der Betriebsrat, die daran beteiligten Banken, der Reeder, alle in einem Boot sitzen, um diese schwierige Situation zu überwinden. (C)

Ich weiß das, und von daher ist so ein Antrag das eine, das andere ist konkretes Handeln sowohl des Magistrats als auch von Senatsmitgliedern, die in engem Kontakt mit der Werftleitung und dem Betriebsrat sind und diese schwierigen Verhandlungen, die auch vertraulich geführt werden müssen, so begleiten, dass sie erstens immer auf dem aktuellen Informationsstand sind und zweitens immer eine Situation besteht, dass, wenn Hilfe erforderlich ist, diese Hilfe dann auch möglichst schnell und zeitnah gegeben werden kann. Das soll der Antrag dieser drei Fraktionen auch ausdrücken, auch in Richtung Landesregierung und Senat, dass hier die Unterstützung des Parlaments da ist, wenn Maßnahmen notwendig werden sollten, um diese Arbeitsplätze und diesen Betrieb in Bremerhaven in eine gute Zukunft zu führen. – Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Trüpel: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Lehmann.

Abg. **Lehmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Werter Herr Tittmann, es ist doch immer wieder sehr interessant, in welcher Frequenz Sie Ihre Anträge in der Bürgerschaft einbringen. Es sind aber nie nur annäherungsweise inhaltlich tiefgehende Beiträge von Ihnen zu vernehmen gewesen. Die Anzahl Ihrer Anträge macht deren Inhalt jedenfalls noch nicht besser. (D)

(Zuruf des Abg. T i t t m a n n [DVU])

Die Zukunft und das Überleben der Lloyd-Werft und übrigens aller Bremerhavener Werften ist viel zu wichtig, als dass dieses Thema nur auf Gemeinplätzen beruhen könnte. Ihren Antrag lehnen wir deswegen ab.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Dafür haben wir, die drei Fraktionen CDU, SPD und Grüne, auch einen Antrag ausformuliert, der in der momentanen Situation der Lloyd-Werft viel mehr auf deren wirkliche Belange eingeht als der von Ihnen, also auch auf die Belange der Mitarbeiter.

(Abg. T i t t m a n n [DVU]: Abgeschrieben!)

Ferner ist ungewiss, ob die Lloyd-Werft für dieses Jahr ihre geplanten Aufträge ausführen kann oder

(A) ob ihr durch die Behebung des entstandenen Schadens so viel Zeit verloren geht, dass eine Termin-einhaltung auch bei Folgeprojekten nicht gewähr-leistet ist und wer dafür wiederum aufkommt.

Fest steht zwar, dass die Werft für solche Unfälle mit einer Versicherung abgesichert ist, aber man kennt ja Versicherungen, und man weiß nicht, ob sie den Schaden voll übernehmen, ob sie überhaupt bezahlen, wann sie zahlen und ob darüber hinaus dann in welcher Höhe trotzdem noch Zahlungen auf die Lloyd-Werft zukommen werden. Das ist noch nicht bekannt, aber wahrscheinlich.

Wichtig ist nun, die genaue Entwicklung der Lage abzuwarten, um ein Urteil über weitere Handlungs-weisen fällen zu können. Heute gibt es bei der Lloyd-Werft ohnehin eine Pressekonferenz zu diesem The-ma, und dann ist unser Kenntnisstand sicher auch etwas weiter. Es hilft hier leider auch nicht, eine De-batte über eventuelle Finanzierungen zu führen, wenn das genaue Ausmaß des Schadens noch gar nicht feststeht. Unsere Unterstützung hat die Werft jedenfalls. – Danke schön!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Dr. Trüpel: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Tittmann.

(B) Abg. **Tittmann** (DVU): Frau Präsidentin, meine Da-men und Herren! Herr Bödeker, wenn die Werfthilfe des Landes so aussieht, dass schon etliche Werften ruiniert worden sind und zumachen mussten, dann kann man getrost auf solche Hilfen des Landes ver-zichten.

Meine Damen und Herren, Ihre Reaktion sowie Ihr Verhalten gegenüber meinem im Interesse der Men-schen eingebrachten Antrag zeigen mir und den Be-schäftigten der Lloyd-Werft deutlich, wie Sie die Ge-fühle, die Sorgen und Ängste der Mitarbeiter auf das Schädigste gefühllos missachten und die Sorgen die-ser Menschen überhaupt nicht ernst nehmen. Dafür sollten Sie sich zutiefst schämen.

Tatsache ist doch, die Geschäftsführung der Werft schweigt beharrlich. Sie verweigert schon seit Wo-chen jegliche Stellungnahme. Man hört nur lapidar, das Unglück sei eine Verkettung unglücklicher Um-stände. Ich sage im Namen der Deutschen Volks-union, dieses Unglück ist nicht nur ein Desaster für den bis dahin guten Ruf der Lloyd-Werft, nein, es führt auch zu einem ungewissen Schicksal der Be-schäftigten. Sie haben berechtigte Angst um ihren Arbeitsplatz. Diese Menschen haben große Sorgen, wie es zukünftig mit der Werft und finanziell mit ih-ren Familien weitergeht. Da erdreisten Sie sich nicht, hier ein solch beschämendes Bild und Verhalten an den Tag zu legen?

So geht man mit diesen Menschen und den Sor-gen dieser Menschen nicht um. Diese Menschen

brauchen unsere volle Solidarität und Unterstützung. Was sie nicht brauchen, das sind Ihre nichtssagen-den Wischiwaschreden. Ich muss Sie doch wohl nicht erst daran erinnern, dass die Lloyd-Werft die Perle unter den Werften in ganz Deutschland ist und dass diese Werft zu den zehn größten Arbeitgebern dieser Region gehört. Aber das scheint Sie alles nicht zu interessieren.

Besonders gespannt bin ich aber schon auf das Ab-stimmungsverhalten von Bündnis 90/Die Grünen. Ich möchte einmal von Ihnen wissen, was an meinem Antrag inhaltlich falsch war, aber das werden Sie mir noch erklären, wenn Sie dazu in der Lage sein sollten. Die Grünen in Bremerhaven fordern groß-spurig eine solidarische Unterstützung für die Lloyd-Werft. Sie fordern öffentlich, auch angesichts der Werftenkrise müsse nun alles unternommen werden, endlich kommen Sie auch einmal auf diese Idee, die international anerkannte Werft zu stützen und zu un-terstützen. So die Grünen in Bremerhaven!

Meine Damen und Herren vom Bündnis 90/Die Grünen, da Sie anscheinend nicht dazu in der Lage sind, hier einen diesbezüglichen eigenen Antrag ein-zubringen, sondern einen von mir abgeschriebenem, fordere ich Sie öffentlich dazu auf, Ihren großartigen und vollmundigen Sprüchen auch effektive Taten folgen zu lassen: Stimmen Sie diesem Antrag der DVU zu!

Herr Bödeker, seien Sie versichert, dass die Deut-sche Volksunion noch sehr lange und auch noch ver-stärkt in der Bremischen Bürgerschaft vertreten sein wird. Ich befürchte allerdings, dass wir uns sehr bald leider nicht mehr über Werfthilfe in Bremerhaven werden unterhalten können, weil durch Ihre Politik, durch Ihre großzügige und großartige Unterstützung für die Bremerhavener Werften wohl auch dann noch die letzte Bremerhavener Werft schließen muss und ruiniert worden ist. – Ich bedanke mich!

Vizepräsidentin Dr. Trüpel: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Wedler.

Abg. **Wedler** (FDP): Frau Präsidentin, meine Da-men und Herren! Herr Tittmann, Ihre Rundumschlä-ge und populistischen Anbietereien und Beschimp-fungen der politischen Gegner sind völlig unange-messen bei einem sehr schwierigen und sehr pro-blematischen Thema, das wir hier gerade zu ver-handeln haben.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen – Zuruf des Abg. T i t t m a n n
[DVU])

Ich finde das unwürdig diesem Thema gegenüber, und ich persönlich empfinde das auch im Grunde ge-nommen als unanständig, was Sie hier machen.

(Abg. T i t t m a n n [DVU]: Ich wusste gar nicht, dass Sie auch etwas dazu zu sagen haben!)

(C)

(D)

(A) Deshalb möchte ich mich hier nicht weiter auf die Details Ihres Antrags einlassen. Sicher ist es richtig, dass der Auslöser des interfraktionellen Antrags Ihr Antrag war. Das ist wohl unstrittig, das habe ich als Einzelabgeordneter auch schon erlebt.

(Abg. T i t t m a n n [DVU]: Wo bleibt denn Ihr Antrag?)

Dass Sie dann aber hier anfangen, den politischen Gegner zu beschimpfen, finde ich an der Stelle völlig unangemessen!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Ich habe mir, als das Unglück passierte, ebenfalls überlegt, ob ich in die Öffentlichkeit gehe oder ob ich möglicherweise einen Antrag vorbereite. Ich habe das damals für mich persönlich so entschieden, dass ich die Schwierigkeiten nicht noch vergrößern wollte, indem ich durch einen solchen Antrag oder durch eine Presseerklärung jetzt die Lloyd-Werft noch zusätzlich in die öffentliche Debatte hineinziehe oder gar in eine Diskussion im Parlament hineinbringe. Das nützt weder der Lloyd-Werft noch nützt das dem Werftenstandort Bremerhaven. Das ist insgesamt schädlich.

(B) Wenn also Ihr Antrag den Auslöser für einen interfraktionellen Antrag abgibt, dann möchte ich diesen Antrag ausdrücklich unterstützen. Auch hier wieder eine Randbemerkung: Ich würde es begrüßen, wenn ich künftig bei solchen Anträgen dabei sein könnte, aber ich will das jetzt nicht weiter vertiefen.

(Abg. Frau H ö v e l m a n n [SPD]: Sie können ja in die SPD eintreten!)

Ich kann umgekehrt selbst initiativ werden, selbstverständlich! Das werde ich vielleicht auch einmal machen.

(Zurufe von der SPD)

Die Lloyd-Werft hat, das ist schon gesagt worden, schwere Zeiten hinter sich, und es ist zu befürchten, dass dieses Unglück, diese Havarie weitere Schwierigkeiten für die Werft bringen wird. Deswegen ist es sicherlich richtig, Solidarität mit der Werft und mit den Beschäftigten und den Zulieferern zu äußern. Das finde ich sehr gut und kann ich auch ohne weiteres hier mittragen. Unterstützungsmöglichkeiten sind, wie Sie alle wissen, Sie auch, Herr Tittmann, oder wissen müssten, natürlich innerhalb der EU begrenzt, so dass wir also die Unterstützung, die wir leisten wollen und vielleicht auch müssen, in einer Form erbringen müssen, die EU-konform ist beziehungsweise den üblichen Modalitäten entspricht.

Der Werftenstandort Bremerhaven muss nach meiner Auffassung erhalten werden. Gerade mit den

Werften verbinden sich anspruchsvolle Beschäftigungsverhältnisse, denn da sind nicht nur Schweißer, sondern auch Konstrukteure und Organisatoren, Betriebswirte da tätig. Da ist ein Konglomerat verschiedenartiger Berufe tätig. Das ist etwas, was wir für Bremerhaven fixieren und auch festhalten sollten. Selbst wenn die Zahl der Arbeitsplätze im Moment relativ gering ist, 500 bis 600 Leute, hängen aber bundesweit sehr viele weitere Arbeitsplätze davon ab. Insofern sind dieses Know-how und dieser Wirtschaftsbereich für Bremerhaven unendlich wichtig. Diesen sollten wir auch landespolitisch unterstützen, und darüber kann man sich freuen, dass wir hier heute solch einen Antrag unterstützen können.

(C)

Die öffentliche Debatte, das ist schon gesagt worden, ist nicht nur für die Lloyd-Werft schädlich, sondern auch für den Standort Bremerhaven. Deswegen sollte man sehr vorsichtig sein, wenn man solche Anträge produziert, Herr Tittmann, damit man hier nicht im Grunde genommen – das ist schon gesagt worden – das, was man eigentlich will, mit Füßen tritt und das Gegenteil davon erreicht.

Dass die Lloyd-Werft eine Informationssperre gemacht hat, darüber kann man diskutieren. Ich finde es in der Sache richtig, denn bevor man Genaues weiß, sollte man nicht in die Öffentlichkeit gehen, und hinterher, wenn man etwas Genaues weiß, kann man, glaube ich, sich sachlich und fundiert äußern und dann auch in der Öffentlichkeit möglicherweise Farbe bekennen oder sich den Diskussionen stellen. Insofern finde ich den Antrag von Herrn Tittmann nicht sachgerecht, und das, was sich damit an Diskussionen, Erörterungen, Beschimpfungen, Beschuldigungen, populistischen Unterstellungen verbindet, finde ich unangemessen. Ich werde den interfraktionellen Dringlichkeitsantrag der drei Fraktionen daher unterstützen. – Vielen Dank!

(D)

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Trüpel: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Bödeker.

Abg. **Bödeker** (CDU): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Lassen Sie mich nur einige ganz kurze Anmerkungen machen! Zunächst einmal, wenn hier die Behauptung aufgestellt wird, es würde nicht geholfen, dann muss man bedenken, dass bei der Übernahme der Werft durch drei Geschäftsführer am 28. März letzten Jahres 70 Prozent einer englischen Kapitalgesellschaft übernommen worden sind, das waren 18 Millionen Euro. Davon sind zehn Millionen Euro über die Kreditanstalt für Wiederaufbau finanziert worden, sechs Millionen Euro über die Aufbaubank und zwei Millionen Euro sogar über die Städtische Sparkasse Bremerhaven. Ich meine, wenn das keine Unterstützung ist, dann weiß ich nicht, was Unterstützung ist.

(A) Eines ist mir aber gerade aufgefallen, und das ist ganz wichtig, und Herr Tittmann hat sich hier gerade entlarvt! Wir werden das Protokoll ganz genau betrachten, und wir werden das Protokoll dann auch genau überwachen. Er hat nämlich gesagt: Die letzte Bremerhavener Werft wird zerstört. Die letzte Bremerhavener Werft! Als Bremerhavener weiß er nicht, dass wir SSW haben, wir haben Bredo und wir haben MWB. Wer nicht einmal den Werftenstandort Bremerhaven als Bremerhavener kennt, sollte in diesem Haus nicht debattieren!

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Frau Hövelmann [SPD]: Richtig!)

Vizepräsidentin Dr. Trüpel: Das Wort hat Herr Bürgermeister Perschau.

Bürgermeister Perschau: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bedanke mich sehr für die Solidarität des Hauses. Der Senat ist davon ausgegangen, dass sie besteht. Wir sind uns gemeinsam darüber einig, dass die Lloyd-Werft eine hervorragende Werft ist, dass sie hervorragende Schiffe baut, dass sie exzellente Facharbeiter hat, dass sie eine hervorragende Führung hat und dass das natürlich, weil das alles so zusammenkommt, die Lloyd-Werft in die Lage versetzt hat, schwierige Zeiten zu überstehen und sich auch nach dem Vulkan-Konkurs ein Renommee aufzubauen, das nur wenige Werften in Europa überhaupt erreichen. Insofern sind wir uns einig, dass wir natürlich den Werftenstandort, die Lloyd-Werft erhalten wollen, die Arbeitsplätze erhalten wollen.

(B)

Wir sind seit dem Tag dieses Unglücks praktisch in Dauergesprächen. Es gibt sehr viele Verfahrensbeteiligte, es gibt sehr viele Versicherer, es gibt Banken, es gibt einen Auftraggeber, es gibt uns, und wir müssen sehr viele Gespräche führen. Es gibt die EU, es gibt die Bundesregierung, insofern denke ich, dass wir diese Gespräche in unmittelbarer, enger Zusammenarbeit weiterführen müssen, bis wir zu Ergebnissen kommen. Sie wissen so gut wie ich, dass es noch eine Weile dauern wird, bis der Umfang des Schadens ermittelt werden kann, und auch für den Ermittlungsprozess wird man erneut Zeit benötigen. Insofern wird sich sicherlich auch für die Werft eine Fülle von Problemen stellen, an denen wir gemeinsam arbeiten.

Hier ist viel darüber gesagt worden, dass es eine Nachrichtensperre gibt. Ich glaube, dass das klug ist und dass das Fabulieren und Spekulieren der Werft nicht hilft, sondern ihr eher schadet. Gerade wenn wir die Familien der Mitarbeiter, die Mitarbeiter selbst, die Werft im Blick behalten wollen, dann müssen wir auch dafür Sorge tragen, dass die Werft nicht ins Gerede kommt, dass die Spekulationen über die Werft nicht ins Kraut schießen. Wir sind da-

ran interessiert, dass wir erfolgreich zu Ende verhandeln können, und ich hoffe, und ich bin mir ganz sicher, dass wir dafür Ihre Unterstützung haben. Der Antrag, der eine große Zustimmung haben wird, signalisiert das, und insofern denke ich, dass die Solidarität in schwieriger Zeit wichtig ist.

(C)

Wir werden die Verhandlungen weiterführen und werden dann, wenn wir die politischen Gremien damit befassen müssen oder sollten, darüber auch im Detail natürlich gemeinsam zu entscheiden haben, denn die Entscheidung über all das, was die Zukunft der Lloyd-Werft ausmacht, soweit es staatliches Handeln betrifft, liegt in Ihrer Hand. Wir werden es gemeinsam vorbereiten, und ich denke, meine Damen und Herren, es ist deutlich geworden, mit welchem Respekt, mit welcher Anerkennung die Lloyd-Werft in Bremerhaven betrachtet wird und dass wir uns über die Bedeutung dieser Werft klar sind und uns bemühen, entsprechend so zu handeln in einer sehr schwierigen und hochkomplizierten Situation. – Herzlichen Dank für die Solidarität!

(Beifall)

Vizepräsidentin Dr. Trüpel: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Tittmann.

Abg. **Tittmann** (DVU): Frau Präsidentin, sehr verehrte Damen und Herren! Herr Bödeker, selbstverständlich weiß ich als Bremerhavener Abgeordneter, dass wir noch mehrere Werften haben.

(D)

(Abg. Grothier [SPD]: Ja, jetzt! – Heiterkeit und Beifall)

Nein, das wusste ich schon immer! Ich wollte nur darauf hinweisen, dass durch Ihre Politik auch noch die letzte Werft in Bremerhaven geschlossen wird, nicht nur die noch bestehenden, sondern auch noch die allerletzte von Ihnen ruiniert wird. Ich weiß nicht, ob man darauf besonders stolz sein kann,

(Zuruf des Abg. Focke [CDU])

und wenn Sie über das Schicksal der Menschen, die Sie schon durch Ihre sozialdemokratische Politik zugrunde gerichtet haben, lachen können, da weiß ich nicht, ob das angemessen ist!

Vizepräsidentin Dr. Trüpel: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Als Erstes lasse ich über den Antrag des Abgeordneten Tittmann, DVU, abstimmen.

Wer dem Antrag des Abgeordneten Tittmann, DVU, mit der Drucksachen-Nummer 16/118 seine Zu-

(A) stimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür Abg. **T i t t m a n n** [DVU])

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und Abg. **W e d l e r** [FDP])

Stimmhaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Jetzt lasse ich über den Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-Nummer 16/130 abstimmen.

Wer diesem Antrag mit der Drucksachen-Nummer 16/130 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmhaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag zu.

(Einstimmig)

(B)

Baumschutz wiederherstellen

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 20. Januar 2004
(Drucksache 16/119)

Dazu als Vertreter des Senats Senator Eckhoff, ihm beigeordnet Staatsrat Logemann.

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort erhält die Abgeordnete Frau Dr. Mathes.

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Seit dem 1. Januar 2003 haben wir hier in Bremen und Bremerhaven eine Baumschutzverordnung, die ihren Namen nicht verdient.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Diese Baumschutzverordnung, und das muss noch einmal ganz klar und deutlich gesagt werden, ist das Ergebnis der politischen Beschlüsse von CDU und SPD, und ich werde sie auch im Folgenden nicht mehr Baumschutzverordnung nennen, sondern Baumfällverordnung, denn das Ergebnis dieser Verordnung ist, dass es, und das ist wirklich bedauerlich, seitdem zu einem erheblichen Fällen von auch besonders ökologisch und naturhistorisch wertvollen

Bäumen gekommen ist. Bremen will Kulturhauptstadt werden und vernichtet seine Naturdenkmäler!

(C)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Bevor weiter mit der Motorsäge Fakten geschaffen werden, muss nun endlich gehandelt werden. Da unsere grüne Position jetzt offensichtlich mehrheitsfähig geworden zu sein scheint, haben wir diesen Dringlichkeitsantrag eingebracht. Es ist schon lange klar, dass es mit dem Außerkraftsetzen des bisherigen Baumschutzes in einem Übermaß zu einer unverantwortlichen Abholzerei auf Privatgrundstücken gekommen ist. Aktuelle Beispiele sind hier die Vernichtung des Rekumer Wäldchens durch die Gewosie und die Fällung von vier alten Eichen im Huchtinger Dorfkern. Dieser Baumfrevler wäre mit der alten Baumschutzverordnung nicht möglich gewesen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich muss auch noch einmal betonen, wir haben das nachher auch noch einmal in der Fragestunde in der Stadtbürgerschaft, deswegen will ich das hier nicht vertiefen, es wurde zwar gestern anderes geäußert, aber es ist in der Tat so, dass es nach der alten Verordnung nicht möglich gewesen wäre, dort einen solchen Kahlschlag zu betreiben.

Noch einmal zur Geschichte: Die neue Baumfällverordnung wurde von der SPD gegen anfänglichen Widerstand der CDU durchgepeitscht, und ich bedauere es sehr, dass damals die CDU umgefallen und dem Willen ihres Koalitionspartners gefolgt ist. Aber nun scheint endlich auch die SPD aufgewacht zu sein und erkennt, was sie angerichtet hat. Mit dieser neuen Erkenntnis erwarten wir die Unterstützung unseres Grünen-Antrags.

(D)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Lieber Herr Kleen, ich kann es mir leider nicht verkneifen. Ich möchte Sie erst einmal an die von uns initiierte Aktuelle Stunde im April 2003 erinnern, und zwar zum Thema „Auswirkungen der neuen Baumschutzverordnung in der Stadtgemeinde Bremen, Baumschutz oder Kahlschlag“. Damals schon haben wir die große Koalition aufgefordert, wegen der Zunahme der Vernichtung ökologisch wertvoller Baumbestände diese Baumfällverordnung zurückzunehmen. Immer und immer wieder habe ich betont, dass Sie, meine Kolleginnen und Kollegen von der großen Koalition, den zweiten Schritt vor dem ersten gemacht haben. Herr Kleen, können Sie sich vorstellen, wie ich mich freute, als ich dann im „Weser-Kurier“ gelesen habe, Herr Kleen: Die vorzeitige Veränderung der Verordnung ohne Baumschutzkataster sei völliger Blödsinn, der zweite Schritt sei vor dem ersten gemacht worden?

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

(A) Herr Kleen, nicht ich! Das hat Herr Kleen gesagt! Nur, leider hat er diesem Blödsinn selbst zugestimmt.

Ich will mich aber damit nicht weiter aufhalten. Das ist Schnee von gestern. Ich freue mich darüber. Wir sind also zu gleicher Erkenntnis gekommen, die einen etwas früher, der andere etwas später. Das Entscheidende ist jetzt das Handeln.

Meine Damen und Herren von der großen Koalition, lassen Sie jetzt den Einsichten auch Taten folgen! Sorgen Sie dafür, dass Bremens wenige Wälder nicht abgeholzt werden, dass diese erhalten bleiben! Handeln Sie, damit nicht die Bäume auf privatem Grund ohne Rücksicht auf ihr Alter, ohne Rücksicht auf ihre Biotopfunktion und ihren das Ortsbild prägenden Charakter einfach so gefällt werden dürfen! Schieben Sie hier jetzt endlich wieder einen Riegel vor!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das, meine Damen und Herren, haben Sie auch versprochen. Daher wurde auch angeblich eine Pilotphase zur Erstellung eines Baumkatasters durchgeführt. Aber wie ich nun gestern von Senator Eckhoff vernehmen musste, wird gar nicht mehr beabsichtigt, auf dieser Grundlage eine neue Baumschutzverordnung zu machen. Nein, vielmehr wird wieder auf Zeit gespielt, und zum wiederholten Mal soll eine Zeitverzögerung stattfinden, jetzt mit der neuen Begründung, es sollen nun Alternativen zum Baumkataster geprüft werden.

(B)

Meine Damen und Herren, ich nehme Ihnen das einfach nicht mehr ab. Offensichtlich soll so lange auf Zeit gespielt werden, bis keine Baumschutzverordnung mehr erforderlich ist, weil nämlich die zu schützenden Bäume weg sind.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Es gab offensichtlich nie den Willen, die jetzige Baumfällverordnung wieder zurückzunehmen, sondern es ging nur darum, den Umweltverbänden, der Bevölkerung und auch vielleicht gutmütigen Abgeordneten Sand in die Augen zu streuen. Ich nehme es Ihnen jedenfalls nicht mehr ab, wenn hier nicht umgehend eine Verbesserung in diesem Land erreicht wird.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen von SPD und CDU, deswegen bitte ich Sie, stimmen Sie unserem Dringlichkeitsantrag zu! Es muss gehandelt werden. Unsere Forderung ist, die alte, vor dem 1. Januar 2003 gültige Baumschutzverordnung umgehend wieder in Kraft zu setzen, aber nur so lange, bis eine vernünftige Regelung verabschiedet ist. Wir wissen, dass das ein pragmatischer Vorschlag ist, um zu retten, was noch zu retten ist. Auch wir Grünen halten

bekanntermaßen diese alte, vor dem 1. Januar 2003 gültige Baumschutzverordnung für reformbedürftig. Deswegen soll sie auch nur wieder zeitlich befristet gelten.

(C)

Ich möchte an dieser Stelle betonen, wir Grünen sind nicht dafür, dass kein Baum abgeholzt werden darf. Wir sind auch nicht die, die sagen, auch Bäume, die Wohnungen verdunkeln oder in anderer Hinsicht unangemessen zur Beeinträchtigung beitragen, dürfen nicht gefällt werden. Darum geht es gar nicht. Wir haben auch nichts dagegen, wenn der Präsident zwei Tannen in seinem Garten fällt. Es geht allein darum, dass ökologisch extrem wertvoller Baumbestand, der auch aus naturhistorischer Sicht nicht wieder herzustellen ist, nicht noch weiter verloren geht, als das bis jetzt schon der Fall ist.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von SPD und CDU, deswegen stimmen Sie diesem unserem Antrag von Bündnis 90/Die Grünen zu, damit Bremen weiterhin grün bleibt! Verlassen Sie sich nicht darauf, dass der Senator, dass die Verwaltungen es schon richten werden! – Danke schön!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Dr. Trüpel: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Dr. Schuster.

(D)

Abg. **Dr. Schuster** (SPD): Frau Präsidentin, sehr verehrte Damen und Herren! Die Dramatisierung, die Sie hineinbringen, Frau Mathes, kann ich nicht ganz nachvollziehen. Es hat einige Fällungen gegeben, das ist gar keine Frage.

(Abg. **Dr. G ü l d n e r** [Bündnis 90/Die Grünen]: Herr Kleen war doch auch ganz erschüttert! – Abg. **K l e e n** [SPD]: Mein Freund, der Baum, ist tot!)

Herr Kleen war auch erschüttert, ja! Das heißt nicht, dass deswegen eine Situation gleich völlig dramatisch ist, weil Herr Kleen es sehr bedauert hat, dass vier Bäume gefällt wurden.

(Heiterkeit)

Nein, ich glaube, man sollte nach wie vor versuchen, diese Debatte rational zu führen. Wir stehen nach wie vor grundsätzlich zu der von uns vor zwei Jahren beschlossenen Novellierung der Baumschutzverordnung, die zentrale Missstände aufgegriffen hat. Es war meines Erachtens richtig, dies zu tun. Diese Baumschutzverordnung war nicht so effektiv, wie Sie jetzt glauben machen wollen. Auch unter der alten Verordnung sind fast alle Bäume, die zum Fällen beantragt wurden, zum Fällen freigege-

(A) ben worden, und es wurde nicht nur für Einzelbäume beantragt, es ging auch um größere Flächen, die nach der alten Baumschutzverordnung gefällt werden konnten.

Zweitens hatte die alte Verordnung Bürokratie entwickelt, die letztendlich häufig zu Nachbarschaftsstreitigkeiten missbraucht wurde. Auch das ist eine Entwicklung, die wir beim Baumschutz nicht haben wollten. Schließlich, auch dazu stehe ich, werden wir nur dann zu einer richtig befriedigenden Lage kommen, wenn wir die Eigenverantwortung der Bürger stärken. Dies erfordert natürlich auch Debatten über die Bedeutung von Bäumen, die man nicht gering schätzen soll.

Man sollte jetzt auch nicht so tun, als ob das Rekumer Wäldchen noch stehen würde, wenn die alte Baumschutzverordnung da wäre. Es würde nur dann stehen, wenn der Vorstand dieser Gesellschaft, um die es da geht, ein bisschen mehr Verantwortung für Grün übernähme, denn es ist in der Tat eine sehr problematische Sache, wie dort vorgegangen wurde. Das haben wir nachher aber auch noch in der Stadtbürgerschaft.

(B) Dennoch gebe ich Ihnen Recht, dass wir einen erheblichen Handlungsbedarf haben. Allerdings ist der Handlungsbedarf nicht völlig neu, sondern lesen Sie die erste Vorlage, die wir im Mai 2002 in der Umweltdeputation hatten! Dort steht, dass wir nicht nur eine Novellierung der Baumschutzverordnung in der Richtung wollen, durch die es auf dem privaten Grund in der Tat erleichtert wird, auch Bäume zu fällen, sondern dass gleichzeitig formuliert wird, einen adäquaten Schutz für besonders ökologisch wertvolle Bäume und auch für entsprechend stadtbildprägende Bäume sicher zu stellen. Wir haben uns damals vorgenommen, ein Baumkataster zu entwickeln. Dieses Baumkataster sollte in einem Zeitraum von zirka zwei Jahren, also spätestens im Mai dieses Jahres, fertig sein. Da ist eine Zeitverzögerung eingetreten, die sehr viele Gründe hat, die aber im Grundsatz nicht entschuldbar ist. Deswegen müssen wir hier auf die Tube drücken, um eine entsprechende Regelung zu verabschieden, was wir alle gemeinsam wollen.

Jetzt könnte es sein – das hatte ich gestern in der Fragestunde schon abgefragt, und meines Erachtens hat der Senator hier eine grundsätzliche Bereitschaft signalisiert –, dass dieses Baumkataster nicht praktikabel sein wird, weil man dort so viele Bäume unter Schutz stellt, dass man erheblich Behördenpersonal einstellen muss, um letztendlich Schutz von individuell ausgewählten Bäumen zu gewährleisten. Wenn dies so ist, dass das ein unpraktikables und noch größere Bürokratie erforderndes Verfahren ist, dann muss man darüber nachdenken, welche Alternativen es gibt.

(Vizepräsident R a v e n s übernimmt den Vorsitz.)

(C) Da ist es relativ einfach, glaube ich, die Punkte zu benennen, über die man nachdenken muss und über die wir auch nachdenken werden. Ich hoffe, dass die CDU da auch entsprechend mitzieht.

Die das Stadtbild prägenden und häufig auch ökologisch sehr wertvollen Bäume stehen zumeist an den Grundstücksgrenzen und bilden häufig einen Alleecharakter. Also muss man über die Frage nachdenken: Kann man eine vernünftige Modifizierung der Regelung zur Grundstücksgrenze zum öffentlichen Raum hin in die Wege leiten? Der zweite Bereich, über den wir nachdenken müssen – aber auch nicht inflationär –, ist, ob man in diesem Zusammenhang das Mittel, Naturdenkmäler auszuweisen, auch für Bäume oder Baumgruppen sinnvoll nutzen kann. Die SPD plädiert dafür, dies zügig voranzutreiben in Kontinuität mit dem, was wir damals gemacht haben, denn diese Maßnahmen waren schon damals vorgesehen.

Der zweite Punkt, wo wir eine deutliche Beschleunigung brauchen – und wir werden auf diese deutliche Beschleunigung drängen –, ist die Frage des Umgangs mit Bäumen im öffentlichen Raum. Die Situation ist nach wie vor nicht befriedigend. Da wird, ich wage einmal die Behauptung, in einigen Bereichen ein größerer Schaden angerichtet als im privaten Raum. Das ist ein Skandal. Das betrifft beispielsweise Baustellen, bei denen Bäume häufig so nachlässig behandelt werden, dass ihre Standfestigkeit in zehn Jahren nicht mehr gegeben sein wird und sie dann gefällt werden müssen. Das ist ein riesiges Problem, das müssen wir angehen. Dafür plädieren wir. Das wird in den nächsten Wochen auch sicherlich so vorangetrieben werden.

(D) Drittens hat sich in der Tat ein neuer Klarstellungsbedarf ergeben, den wir damals bei der Baumschutzverordnung nicht gehabt haben. Wir plädieren nachdrücklich dafür, in der Vegetationsperiode ein generelles Baumfällverbot zu erlassen. Dies existiert rechtlich. Wir sind immer davon ausgegangen, dass in der Vegetationsperiode ohnehin Bäume nicht gefällt werden dürfen. Das ist aber nur in der freien Natur dem Gesetzestext nach der Fall. Wir sind durchaus der Auffassung, dass dies für den gesamten Raum Bremen und Bremerhaven gelten muss. Es ist keine Einschränkung von bürgerlicher Freiheit oder Zurückschrauben von Eigenverantwortung für Bürger, wenn man in einer bestimmten Periode, wo Bäume noch eine ganz besondere Funktion haben, verbietet, sie zu fällen. Im Prinzip ist dies nur eine Klarstellung einer bestehenden rechtlichen Lage. Aufgrund der Artenschutzbestimmungen ist es ohnehin verboten, Bäume zu fällen, wenn sie beispielsweise als Nistplätze dienen. Jeder größere Baum, wenn man im Sommer hineinschaut, hat normalerweise ein Vogelnest oder Tiere, die dort hausen.

(Abg. Frau H ö v e l m a n n [SPD]: Auch Eichhörnchen!)

(A) Selbst das Eichhörnchen könnte es manchmal sein. Von daher ist das Fällen ohnehin verboten. Es ist aber eine völlig unpraktikable Regelung, wie sie im Moment besteht, und solche Klarstellungen, vom 1. März bis zum 30. September dürfen keine Bäume gefällt werden, sind unseres Erachtens richtig.

Weil wir der Auffassung sind, dass wir nicht zur alten Baumschutzverordnung zurückkehren sollten, werden wir den Antrag der Grünen ablehnen. Wir treten allerdings nachdrücklich dafür ein, dass die neuen Maßnahmen, die damals eingeleitet worden sind, jetzt beschleunigt zu Ende geführt werden, damit endlich in diesem Bereich auch Klarheit besteht. Wir bedauern in diesem Zusammenhang, dass sich die CDU nicht bereit finden konnte, in dieser Richtung einen Antrag gleich für diese Sitzung einzubringen. Wir gehen aber davon aus, dass die CDU auch daran interessiert ist, das Verfahren zügig, und zwar im Grundsatz in dieser Richtung, wie ich es dargelegt habe, auch durchzuführen. – Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Imhoff.

(B) Abg. **Imhoff** (CDU)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir behandeln hier heute den Dringlichkeitsantrag der Grünen zum Thema Baumschutz und nicht zum Feldschutz, Frau Dr. Mathes, nur noch einmal zur Aufklärung! Lassen Sie mich eines vorweg sagen: Für die CDU sind Bäume ökologisch wertvoll und ein wichtiger Faktor für Lebensqualität, um sich in Bremen auch wohl zu fühlen. Das sollte eigentlich auch das Ansinnen einer jeden Fraktion hier im Hause sein, und ich denke, das ist es auch.

Was sollen wir also laut Antrag der Grünen hier beschließen? In dem ersten Punkt sollen wir von der neuen Baumschutzverordnung wieder abkehren und die alte Verordnung wieder einsetzen. Also, liebe Kolleginnen und Kollegen von den Grünen, das kann wirklich nicht Ihr Ernst sein!

(Zuruf vom Bündnis 90/Die Grünen: Doch!)

Ich meine, wir haben vor nicht allzu langer Zeit diese neue Baumschutzverordnung und ihre Änderungen diskutiert. Da aber Ihr Gedächtnis in diesem Fall nicht so ausgeprägt zu sein scheint, werde ich Ihnen noch einmal berichten, warum wir diese Baumschutzverordnung auch so beschlossen haben.

Die neue Regelung ist wesentlich bürgerfreundlicher als die alte. Früher waren praktisch alle Bäume mit einem Stammumfang von über 80 Zentimetern geschützt, und man musste einen Antrag stel-

*) Vom Redner nicht überprüft.

len, wenn man einen Baum fällen wollte. Dabei war es egal, ob der Baum ein Haus oder eine Liegenschaft des Nachbarn beeinträchtigt hat. Nachbarschaftsstreitigkeiten, wie Herr Dr. Schuster eben schon sagte, und Gutachten, die Geld gekostet haben, waren dort an der Tagesordnung. Das passiert heute durch die Abstandsregelung nicht mehr, also ein erster Pluspunkt.

Bei der alten Regelung gingen jährlich über 1000 Anträge im Umweltressort ein, um Bäume fällen zu können, ein Verwaltungsvorgang, den es heute in der Form nicht mehr gibt und der sowieso sehr zweifelhaft war, weil ja über 80 Prozent der Anträge genehmigt wurden. Hoher Verwaltungsaufwand und Umstände für den einzelnen Bürger waren die Folge hieraus. Also, ein Stück Bürokratieabbau, den man als zweiten dicken Pluspunkt sehen muss!

Des Weiteren waren durch die alte Regelung die Bürger in ihrer Selbständigkeit so eingeschränkt, dass sie sich doch kaum mehr getraut haben, Bäume oder Hecken und Buschwerk zu pflanzen, und aus Angst und Unsicherheit, sie nicht wieder wegbekommen zu können, haben sie dann eben nichts mehr gepflanzt. Das ist also der dritte Pluspunkt, denn Neuanpflanzungen haben wieder zugenommen.

Ein weiterer wichtiger Pluspunkt der neuen Baumschutzverordnung ist für mich und die CDU-Fraktion, dass den Bürgern endlich ein Stück Eigenverantwortung zurückgegeben worden ist. Glauben Sie mir bitte, liebe Kolleginnen und Kollegen von den Grünen, die Menschen haben ein wesentlich ausgeprägteres Umweltbewusstsein, als Sie es ihnen zutrauen!

(Abg. Dr. Sieling [SPD]: Das sehen wir bei der Gewosie!)

Zur Gewosie komme ich noch, Herr Dr. Sieling! Bei Ihnen kommt es mir manchmal vor, als wenn Sie ein Vater sind, der seine ältere Tochter nicht loslassen kann, obwohl Sie genau wissen, dass sie auch allein zurechtkommt. Sie sind doch immer diejenigen, die von Eigenverantwortung und von Bürgerwillen mit Selbstbestimmung reden. Doch wie heißt es immer so schön: Nicht immer nur reden, sondern auch einmal machen und machen lassen! Das müssen die Grünen dabei auch einmal lernen.

Wir haben von der großen Koalition den Schritt gewagt, und nun verlangen Sie bitte nicht, dass wir Ihrem Antrag folgen, die alte Baumschutzverordnung wieder einzusetzen

(Abg. Frau Hövelmann [SPD]: Schade!)

und einen Rückschritt in die falsche Richtung zu machen! Das können Sie ja machen, wenn Sie vielleicht irgendwann einmal wieder an die Regierung kommen, mit uns so jedenfalls nicht!

(C)

(D)

(A) In der Einleitung Ihres Antrags sagen Sie, dass viele Bäume der Säge zum Opfer gefallen sind. Natürlich war uns von der CDU-Fraktion klar, und ich glaube, das war auch jedem klar, dass es mit In-Kraft-Treten der neuen Verordnung im ersten Moment zu vermehrten Fällungen kommen würde. Das ist ja auch passiert, und jeder, der etwas anderes geglaubt hat, der war, denke ich, auch blauäugig. Doch mittlerweile sind diese vermehrten Fällungen, die sich angestaut hatten, sozusagen von den Bürgern abgearbeitet worden.

(Heiterkeit beim Bündnis 90/Die Grünen)

Da können Sie ruhig lachen, weil ich das eben nicht so ideologisch anfasse wie Sie. Ich fasse es mehr real an.

(Beifall bei der CDU)

(B) Meine Damen und Herren, ich komme noch einmal zur Gewosie! Bitte werfen Sie die Rodung dieses Waldes in Bremen-Nord nicht in einen Topf mit der Baumschutzverordnung! Es gibt in Bremen leider keine rechtliche Handhabe, die Abholzung eines Waldes zu verhindern. Das liegt daran, dass wir das Bundeswaldgesetz noch nicht in Bremen umgesetzt haben. Meines Erachtens ist das ein Zustand, der so nicht in Ordnung ist und der schon seit Jahren hätte geändert werden müssen. Deswegen möchte ich Sie, Herr Eckhoff, auffordern, jetzt zu handeln und das Bundeswaldgesetz auch auf Landesebene zu verankern, damit es solche Rodungen wie in Bremen-Nord in Zukunft nicht mehr gibt.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD –
Zuruf des Abg. Dr. Sieling [SPD])

Wie bitte?

(Abg. Dr. Sieling [SPD]: Die Gesetze beschließen wir als Parlament, und nicht der Senator!)

Ja, er muss es vorschlagen, und wir beschließen es. Wir bekommen das schon hin.

Der zweite Punkt Ihres Antrags, Frau Dr. Mathes, geht auch vollkommen ins Leere. Darin fordern Sie, dass das Baumkataster bis Ende der Vegetationsperiode in diesem Jahr fertiggestellt sein soll. Sie selbst sind doch mit in die Expertenrunde eingeladen, die sich jetzt im Februar zusammensetzt und das Versuchspilotprojekt „Baumkataster“ bewertet, um dann Schlüsse daraus zu ziehen, wie wir den Baumschutz in Bremen noch verbessern können. Wenn Sie mit Ihrem Antrag meinen sollten, dass wir noch in diesem Jahr das Baumkataster für ganz Bremen anlegen sollten, dann kann das kein ernst gemeinter An-

trag sein, denn so etwas ist in dem Zeitraum nicht möglich. (C)

(Abg. Frau Linneert [Bündnis 90/Die Grünen]: Aber dann können Sie ja schon einmal anfangen!)

Im dritten Punkt fordern Sie dann, dass es auf Grundlage des Baumkatasters eine neue Baumschutzverordnung geben muss. Dazu kann ich nur sagen, dass wir doch eine neue Baumschutzverordnung haben und dass diese in ihren Grundsätzen auch vollkommen in Ordnung ist. Mit einem Pilotprojekt „Baumkataster“ werden wir wahrscheinlich zu Erkenntnissen kommen, die uns Verbesserungen der neuen und jetzt geltenden Baumschutzverordnung aufzeigen. Wenn das so ist, dann sind wir die Letzten, mit denen man nicht reden kann, um dann die Verordnung dahingehend zu verändern. So haben wir es in der Deputation abgesprochen, und wir halten uns auch daran.

Meine Damen und Herren, in der letzten Zeit ist die öffentliche Diskussion um Baumfällungen oder um die Baumschutzverordnung neu entfacht. Es wird jetzt so getan, als ob jeder Baum oder jede Hecke, die vernichtet wird, ein Opfer der jetzt geltenden Baumschutzverordnung ist. Dem ist nicht so! In der vegetationsarmen Zeit, also jetzt im Winter, hat man immer Bäume beschnitten und auch gefällt. Sicher sind jetzt Bäume gefallen, für die es früher auch einer Genehmigung bedurfte, doch da früher ohnehin 80 Prozent genehmigt worden sind, wären sie sowieso gefallen. (D)

(Zuruf der Abg. Frau Hövelmann [SPD])

Frau Hövelmann, Ihre Zahlen im Bildungsbereich fallen ja auch manchmal, und insofern sollten Sie sich da vielleicht etwas zurückhalten!

(Abg. Frau Hövelmann [SPD]: Ach, lieber Herr Imhoff!)

Nein, ich bin nicht Herr Eckhoff!

(Abg. Kleen [SPD]: Sie hat Imhoff gesagt!)

Okay, gut!

Wie will also die CDU in Bremen gewährleisten, dass es einen guten Baumschutz gibt?

(Abg. Dr. Sieling [SPD]: Das fragen wir uns auch!)

Wir werden schnell und zügig das Pilotprojekt der Baumkartierung bewerten und schauen, ob wir so

- (A) vor allem Baumaltbestände besser sicher können, und damit fangen wir ja schon im Februar an.

Zweitens werden wir die Arbeitsgruppe „Verbesserung zum Schutz der Bäume im öffentlichen Raum“ genau beäugen, und wir erwarten, dass dort schnellstmöglich Vorschläge kommen. Außerdem muss man schauen, ob man das Gesetz für Naturdenkmäler, das schon uralt ist, überarbeiten kann, damit es praxisnah und handelbar einen guten Schutz darstellt. Das sind alles Aufgaben, die in der Umweltdeputation abgearbeitet werden können und die wir auch angehen. Das ist seit In-Kraft-Treten der neuen Verordnung bekannt, doch die Diskussion, die wir hier heute führen, verunsichert die Menschen nur und ist eine Panikmache.

Frau Dr. Mathes, wenn Sie hier nur von einer Baumfällverordnung sprechen und uns erklären, dass bald in Bremen kein Baum mehr stehen wird, dann ist das Panikmache. Sie verunsichern die Menschen draußen, weil sie nämlich Angst haben, dass sie eventuell keinen Baum mehr fällen können, der zu nah am Haus steht. Sie verunsichern sie dermaßen, dass Sie jetzt auch ein Stück weit Mitverantwortung für neue Fällungen tragen.

(Abg. Frau Dr. Mathes [Bündnis 90/
Die Grünen]: Etwas Besseres fällt Ihnen
nicht dazu ein?)

- (B) Aber hundertprozentig, daran geht kein Weg vorbei!

Meine Damen und Herren, die CDU steht für bürgerfreundlichen Baumschutz. Lassen Sie sich da nichts anderes einreden, denn Umweltschutz, also auch Baumschutz, hat für die CDU einen hohen Stellenwert! – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Nächster Redner ist der Abgeordnete Tittmann.

Abg. **Tittmann** (DVU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Naturschutz und der Tierschutz haben im Programm der Deutschen Volksunion einen sehr hohen Stellenwert. Darum werde ich dem Dringlichkeitsantrag mit der Drucksachen-Nummer 16/119, Baumschutz wiederherstellen, zustimmen.

Meine Damen und Herren, seit vor einem Jahr, genauer gesagt seit dem 1. Januar 2003, die neue Baumschutzverordnung in Kraft getreten ist, werden auch weiterhin viele alte Bäume, wie zum Beispiel alte Kastanien und so weiter, rücksichtslos und zum Teil auch völlig unnötig abgeholzt. Grund dafür ist, dass jetzt ohne Genehmigung einfach Bäume abgeholzt werden dürfen, die laut Baumschutzverordnung näher als fünf Meter an einem Wohnhaus oder weniger als zwei Meter von einer Grundstücksgrenze entfernt stehen.

Tatsache ist, und das habe ich hier vorhin auch schon deutlich zum Ausdruck gebracht, dass dadurch viele naturhistorische alte wertvolle Bäume zerstört werden und radikal abgeholzt worden sind. Ich sage in aller Deutlichkeit, wenn Bremen Kulturhauptstadt werden will, dann dürfen Sie es nicht weiterhin zulassen, dass solche Naturdenkmäler oft wahllos und sinnlos zerstört werden. Was ist zum Beispiel eine schöne Lindenallee ohne Linden? Bäume sind auch ein Stück Stadtkultur, und darüber hinaus sind sie extrem wichtig für das Klima, sie sind wichtige Staubfilter und Sauerstoffspender, selbst dann noch, wenn sie noch nicht einmal mehr Laub tragen.

Bäume sind ein Stück Lebensqualität. Das sollte hier auch nicht vergessen werden. Es reicht doch schon jetzt, dass auf Kosten der Menschheit das weltweit wichtige Ökosystem, die Tropenwälder, aus Profitgier rücksichtslos, skrupellos und unverantwortlich unaufhaltsam vernichtet werden. Das ist doch jetzt schon ein weltweiter ökologischer Schaden, den nicht einmal mehr unsere Kinder und Enkelkinder in Generationen wieder gutmachen, besser gesagt, aufarbeiten können.

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns darum heute wenigstens in Deutschland die noch vorhandenen wichtigen ökologischen und naturhistorisch extrem wertvollen Bäume erhalten! Darum werde ich dem Dringlichkeitsantrag mit der Drucksachen-Nummer 16/119 zustimmen. – Ich bedanke mich!

Vizepräsident Ravens: Nächster Redner ist Herr Senator Eckhoff.

Senator Eckhoff: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Dies ist sicherlich ein Thema, das jetzt nicht zum ersten Mal in der Bürgerschaft diskutiert wird. Es kann auch niemand behaupten, Frau Dr. Mathes, dass dieses Verfahren, das gewählt wurde, im Vorfeld nicht auch gründlich diskutiert wurde. Ich kann mich daran erinnern, dass die Vorschläge von meiner Vorgängerin, Frau Senatorin Wischer, bei uns ausführlichst in der Fraktion, mit mir in anderer Funktion, und in den zuständigen Gremien diskutiert, Pro und Kontra abgewogen wurden, und ich bin mir sicher, dass es auch beim Koalitionspartner ähnliche Diskussionen zu diesem Bereich gab. Das Ergebnis, das man damals gewählt hat, hat man deshalb auch in Abwägung der verschiedenen Interessen gewählt.

Eines, was man mit dieser neuen Verordnung erreichen wollte, war insbesondere auch ein Weg, der immer wieder von den Grünen propagiert wird, nämlich Deregulierung. Sie unterstellen mit diesem Antrag, Frau Dr. Mathes, dass dies vorher in irgendeiner Form effektiver war, besser organisiert oder die Bäume besser geschützt hat als das, was wir jetzt entsprechend verabschiedet haben. Da muss ich sagen, dies ist ganz merkwürdig. Auch in den frühe-

(C)

(D)

(A) ren Jahren hatten wir hier häufig Debatten über Baumfällaktionen, zumindest Anfragen in der Fragestunde – auch unter der alten Verordnung –, und immer wieder gab es Diskussionen. Ich muss Ihnen sagen, ich bin auch fest überzeugt davon, dass sich diejenigen, die Bäume fällen, zu 98 Prozent sehr gründlich darüber Gedanken machen, ob dies richtig ist, ob sie in ihrem Garten den Baum stehen lassen oder ihn gegebenenfalls fällen, weil es ihnen zu dunkel geworden ist, und ob sie dann auch entsprechend oft Neupflanzungen vornehmen.

Ich finde, dass der Ansatz, der gewählt worden ist mit den Vorschlägen im letzten Jahr, richtig ist, dass wir den Menschen mehr Verantwortung geben. Ich bin mir auch sicher, dass 98 Prozent dieser Verantwortung entsprechend gerecht werden. Nun kann man immer fragen, die zwei Prozent, die dort Frevel betreiben, hat man die mit der alten Baumschutzverordnung davon abgehalten, dies zu tun? Da sage ich ganz deutlich, das glaube ich nicht. Viele haben dann sogar in Kauf genommen, im Zweifeln ein Ordnungsgeld zu bezahlen, und haben trotzdem entsprechend agiert. Insofern bin ich mir sicher, dass diese neue Verordnung unter dem Gesichtspunkt Deregulierung, unter dem Gesichtspunkt mehr Verantwortung für den Einzelnen genau richtig ist.

(B) Natürlich ist es auch richtig, was der Abgeordnete Imhoff gerade gesagt hat, dass es aufgrund einer komplizierten Lage, eines komplizierten Antragsverfahrens eine gewisse Unsicherheit bei Bäumen gab und dass daher ein Nachholbedarf entstanden war, der, und das war auch jedem klar, das ist auch in jeder Diskussion vorher so angekündigt worden, in der ersten Zeit entsprechend nachgeholt wird. Insofern, finde ich, ist es richtig, dass man die Debatte sachlich führt, dass man sie nicht dramatisiert und dass man sich sehr wohl auch anschaut, wie man die Situation weiter verbessern kann.

Ein Stichwort, das damals diskutiert wurde, war das Thema Baumkataster. Wir werden jetzt in Ruhe die Ergebnisse der Pilotphase auswerten, und man muss sagen, man braucht natürlich auch einen gewissen Zeitraum, um die Bäume zu beobachten. Jetzt gibt es sozusagen diesen ersten Bericht während der Vegetationsphase. Normalerweise müsste man sich die Bäume auch während der Nicht-Vegetationsphase noch einmal genau anschauen, um tatsächlich beurteilen zu können, wie schützenswert sie sind, aber wir wollen jetzt auswerten.

Ich selbst glaube nach meinen ersten Einschätzungen, ich hatte das gestern in der Fragestunde gesagt, dass dieses Baumkataster nicht so effektiv ist und vor allen Dingen auch einen enormen Verwaltungsaufwand nach sich ziehen wird. Warum? Weil wir in einem Baumkataster jeden einzelnen Baum unter einen Individualschutz stellen müssen! Dies würde bedeuten, dass wir im Endeffekt für jeden einzelnen Baum nachweisen müssten, warum dieser Baum schützenswert ist. Nun kann man da-

von ausgehen, dass das heutzutage mit einem enormen Aufwand verbunden ist, weil wir es auch den Grundstückseigentümern entsprechend anzeigen müssten. Deshalb glaube ich, dass das Baumkataster nicht praktikabel sein wird und dass wir zu anderen Vorschlägen kommen müssen.

Herr Dr. Schuster hat den einen oder anderen Vorschlag unterbreitet. Ich sage das auch ganz deutlich, wir als öffentliche Hand sind in einer besonderen Verpflichtung, da entsprechende Vorschläge zu machen, denn wenn wir es nicht positiv vorleben, wie wollen wir eigentlich dort dem Privateigentümer irgendwelche Vorschriften machen!

Die dritte Bemerkung ist der Hinweis, Frau Dr. Mathes hatte in ihrer Debatte so getan, als ob das in Rezum unter der alten Baumschutzverordnung alles nicht passiert wäre. Sie wissen genau, dass die Baumschutzverordnung da für Einzelbäume auf Privatflächen galt, aber nicht für Waldgebiete. Da gibt es einen enormen Nachholbedarf, dass wir das Waldgesetz in Bremen umsetzen. Ich habe das in meiner Behörde gesagt, dass wir das jetzt in Angriff nehmen wollen. Andere Bundesländer haben dies, wir haben es in Bremen leider nicht. Wir werden mit Vorschlägen kommen, und ich hoffe, dass man sich dann auch parlamentarisch auf die entsprechenden bremischen Bestimmungen verständigt.

Insofern ist ein Handlungsbedarf vorhanden, aber den sollten wir auch ruhig und sachlich und nicht mit falschem Aktionismus ausarbeiten. Ich bin mir sicher, dass das, was jetzt in Bremen passiert ist im Januar und Februar mit Ausnahme dieses Ausfalls in Bremen-Nord, eines einzelnen privaten Grundstückseigentümers, eine normale Situation ist, die wir auch sonst im Januar und Februar häufig zu verzeichnen hatten, auch unter der alten Baumschutzverordnung. Deshalb: Dramatisieren Sie diese Debatte nicht, Frau Dr. Mathes!

Sie haben in Ihrem Redebeitrag selbst gesagt, dass die alte Baumschutzverordnung nicht effektiv und im Endeffekt überarbeitungsbedürftig war, und trotzdem fordern Sie in einem Antrag, sie jetzt wieder einzusetzen. Ich finde, das ist nun beim besten Willen falscher Aktionismus. Wenn Ihnen dieses Thema Baumschutz so am Herzen gelegen hätte, hätten Sie mittlerweile 13 Monate Zeit gehabt, uns eine neue Baumschutzverordnung vorzulegen. Das haben Sie aber nicht gemacht, und insofern zeigt sich wieder, dass die Grünen dort sehr medienwirksam auf einzelne Berichterstattungen reagieren wollen, ohne uns hier sachlich fundierte Vorschläge zu machen. Das ist genau der falsche Weg. Vor diesem Hintergrund finde ich es richtig, dass die Koalitionsfraktionen diesen Antrag entsprechend ablehnen. – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Wedler.

(C)

(D)

(A) Abg. **Wedler** (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich weiß, es ist nach 13 Uhr, Sie wollen alle in die Mittagspause beziehungsweise in die nachfolgende Sitzung der Stadtbürgerschaft, aber trotzdem, ich hatte mich vorhin schon vor dem Herrn Senator gemeldet, aber das ist wohl untergegangen, deswegen rede ich jetzt nach ihm.

Ich bin nicht Mitglied der Deputation, gleichwohl, dieser Antrag taucht in einem Landtag auf. Deswegen ist es natürlich nahe liegend, dass man sich einmal dazu positioniert und sich dazu erklärt. Ich kann das, was Herr Senator Eckhoff eben hier erläutert hat, voll unterstützen. Ich finde das richtig. Ich finde, das, was dieser Antrag zum Ausdruck bringt, kann man nicht unterstützen. Ich sehe das so, die neue Baumschutzverordnung, die geltende, ist ein Fortschritt, und wenn wir zur alten Baumschutzverordnung zurückkehrten, wäre das ein Rückschritt. Deswegen kann man den Antrag so auch nicht unterstützen.

Ich will Ihnen das einmal erläutern, warum ich so denke und warum das nach meiner Auffassung auch richtig ist. Ich bin selbst Betroffener von der alten wie auch von der neuen Baumschutzverordnung. Ich habe ein eigenes Grundstück, darauf sind auch entsprechende Bäume, wie das so ist, und da sind Bäume sehr groß gewachsen, und sie stehen zum Teil sehr dicht am Gebäude, zum Teil sind sie so, dass der Wind hineinschlagen kann und dann immer wieder die Gefahr besteht, dass etwas umkippt und dann Schäden am Haus verursacht. Das ist unstrittig.

(B) Ich habe zur Geltungszeit der alten Baumschutzverordnung damals mit der Behörde in Bremerhaven – wohlgemerkt, das ist eine Rechtsverordnung, die landesweit gilt, auch in Bremerhaven – dann einmal besprochen, was zu tun sei und welche Auflagen ich unter Umständen hätte, und da bin ich, offen gesagt, in die Knie gegangen, was alles auf mich zugekommen wäre. Nicht nur, dass ich Ersatzpflanzungen hätte machen müssen, sondern die hätten auch eine bestimmte Qualität, was Höhe und Stammumfang und so weiter betrifft, haben müssen, und darüber hinaus sollte ich noch gewährleisten, dass diese Bäume, wohlgemerkt nach der alten Baumschutzverordnung, eine mehrjährige Anwuchsgarantie hätten haben sollen.

Von drei Jahren, glaube ich, war damals die Rede, das heißt, ich hätte drei Jahre lang gegenüber der Behörde sagen müssen, das Ding steht noch, ist nicht gekippt oder eingegangen. Das war also für mich damals sehr schwierig, auf einem nicht allzu großen Privatgrundstück großgewachsene Bäume wieder anzupflanzen und dann Anwuchsgarantien zu übernehmen und so weiter. Ich hätte in einen öffentlichen Park ausweichen können, damit aber die gleiche Verpflichtung gehabt, und Sie wissen, wenn Sie zwei bis drei Meter hohe Bäume in bestimmter Qualität anpflanzen müssen und eine Anwuchsgarantie übernehmen müssen, dass das für einen Privaten unheimlich teuer ist. Nicht nur die Genehmigung, die

ich hätte einholen müssen, hätte mich Geld gekostet, sondern auch diese Ersatzpflanzung an bestimmter Stelle.

(C)

Deswegen habe ich damals bei Geltung der alten Baumschutzverordnung davon Abstand genommen, weil ich mir sagte, das ist nicht angemessen. Neben an im Park, die öffentliche Hand sägt, was das Zeug hält, und ich als Privater kann auf einem kleinen Grundstück nichts machen oder bekomme heroische Auflagen. Das war im Verhältnis unangemessen. Ich war froh darüber, dass ein paar Jahre später eine neue Baumschutzverordnung kam, die in einem bestimmten Umfang Erleichterungen brachte. Daraufhin habe ich dann das formelle Verfahren eingeleitet und entsprechend gehandelt. Das heißt, ich konnte dann handeln, zwar auch mit Verpflichtungen, was das Anpflanzen betrifft, aber die waren sehr viel moderater. Es ist ja nicht so, dass man als Privatmann keinerlei Verantwortung hat, was diese Dinge betrifft, man nimmt natürlich nicht nur die Auflagen ernst, sondern ich bin weit über die Auflagen hinausgegangen, habe mich eben nur bemüht, dass ich die Probleme in zehn Jahren nicht wieder habe, mit denen ich da gerade zu kämpfen hatte. Insofern war das eine Verbesserung. Deswegen denke ich, eine Rückkehr zu der alten Rechtsverordnung in diesem Bereich ist nicht gut und wäre insbesondere für die Privaten eine Verschlechterung.

Wertvolle Bäume über ein Kataster zu schützen, Herr Senator Eckhoff hat eben schon die Probleme gezeigt, damit bauen wir zwangsläufig Bürokratie auf. Ich kann mich damit zwar prinzipiell anfreunden, aber wenn eine ausgebaute Bürokratie entsteht, dann muss man das sehen und damit umgehen. Wir alle wollen Bürokratieabbau und Deregulierung, also fällt das auch in diese Thematik hinein. Ich glaube, das ist auch schon gesagt worden, die neue Rechtsverordnung hat zur Einschränkung und Reduzierung geführt, Bürokratie ist tatsächlich abgebaut worden, und das ist ein positiver Effekt.

(D)

Was man auch noch sehen muss, wenn man wieder Verschärfungen hineinbringt, dass man die Privaten dazu animiert, dann den Dingen aus dem Weg zu gehen. Man wird Bäume gar nicht mehr anpflanzen, die dann vielleicht solche Größenordnungen erreichen, oder sie rechtzeitig wieder fällen, bevor sie solche Größen erreicht haben. Das ist sicherlich nicht das, was man politisch haben möchte. Es geht also darum, auch die Privaten in eine solche Regelung sachgerecht einzubeziehen und die Ungleichbehandlung der Privaten gegenüber der öffentlichen Hand ein bisschen zu reduzieren. Das wollte ich zu diesem Antrag noch sagen. Ich werde diesen Antrag ablehnen. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

Vizepräsident Ravens: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Mathes.

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Es tut mir ausgesprochen Leid, meine sehr verehr-

(A) ten Damen und Herren, aber ich muss vielleicht noch vier Sätze sagen, weil hier wirklich mit Nebelkerzen geworfen wird und die Fakten auch verdreht werden. Das möchte ich noch einmal in vier Punkten zusammenfassen.

Das Erste ist, seit der neuen Baumfällverordnung sind ökologisch wertvolle Bäume in erheblichem Umfang gefallen. Wer das nicht wahrnimmt, hat wirklich keine Rückkoppelung an das, was in diesem Land passiert.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Zweitens: Ich habe deutlich betont, auch wir Grünen waren nicht für die alte Baumschutzverordnung. Sie war reformbedürftig. Nur ist hier der zweite Schritt vor dem ersten gemacht worden. Das muss man offensichtlich tausendmal wiederholen. Diese alte Baumschutzverordnung hätte man von Anfang an vernünftig reformieren müssen.

Dritter Punkt: Konstruktive Vorschläge mache ich, lieber Herr Eckhoff, die ganze Zeit in der Deputation, und ich habe auch in der Deputation gesagt, Freunde und Freundinnen von der großen Koalition, wenn ihr schon eine neue Baumschutzverordnung macht, dann bitte jetzt bei dieser. Lasst die Baumgruppen darin, nehmt die Grenzregelung heraus. Ich habe permanent und immer, wenn ich eine Sitzung hatte, mit den Einzelnen und auch in den Gremien besprochen, die Baumschutzverordnung nicht in der beabsichtigten Form zu verabschieden. Ich hätte nicht einmal von Anfang an auf diesem Kataster bestanden. Man konnte nur das nicht machen, was Sie jetzt gemacht haben, nämlich eine Verordnung, nach der im Prinzip überhaupt nichts mehr geschützt ist. Dann hätte man doch gleich sagen können, wir haben überhaupt keine Baumschutzverordnung mehr in Bremen, das wäre doch das Ehrliche gewesen!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Einen letzten Punkt muss ich noch anmerken, ich habe jetzt auch extra das Gesetzblatt noch einmal herausgesucht, weil es immer heißt, Gewosie, das wäre nicht geschützt gewesen nach der alten Baumschutzverordnung, und da zitiere ich aus der alten Baumschutzverordnung Paragraph 1, Schutzgegenstand: „Einzelbäume und Baumgruppen im Land Bremen werden außer auf Flächen, die im Flächennutzungsplan“ – Achtung, im Flächennutzungsplan! – „als Wald oder Fläche für die Forstwirtschaft dargestellt sind, in dem nachstehenden näher bezeichneten Umfang zu geschützten Landschaftsteilen erklärt.“ Also, Wald ist nur das, was im Flächennutzungsplan als Wald dargestellt ist, und das betrifft das Gelände, das die Gewosie platt gemacht hat, eben nicht. Das heißt, es wäre hier unter den Baumgruppenschutz gefallen. – Danke schön!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Meine Damen und Herren, (C) weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-Nummer 16/119 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür Bündnis 90/Die Grünen und Abg. T i t t m a n n [DVU])

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, CDU und Abg. W e d - l e r [FDP])

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Wahl eines Mitglieds der staatlichen Deputation für Kultur

Der Wahlvorschlag liegt Ihnen schriftlich vor.

Die Beratung ist eröffnet. – Wortmeldungen liegen nicht vor. – Die Beratung ist geschlossen. (D)

Wir kommen zur Wahl.

Wer entsprechend dem Wahlvorschlag wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und Abg. W e d l e r [FDP])

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

(Abg. T i t t m a n n [DVU])

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) wählt entsprechend.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der Sitzung des Landtages. Den Bremerhavenern wünsche ich einen guten Heimweg.

Wir hatten interfraktionell beschlossen, dass wir gleich im Anschluss an den Landtag die Stadtbürgerschaft machen. Ich gehe davon aus, dass wir ohne Pause weitermachen.

(Unruhe)

Ich höre erheblichen Widerspruch.

Ich unterbreche die Sitzung bis 15 Uhr.

(Schluss der Sitzung 13.30 Uhr)

